

6. Sitzung

am Dienstag, dem 20. November 2007

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung | 162 |
| Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung | 162 |
| Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung | 162 |

Fragestunde

- 2. Kostendeckende Gebühren für Leistungen der Feuerwehr**
Anfrage der Abgeordneten Tschöpe, Dr. Sieling
und Fraktion der SPD vom 16. Oktober 2007 162

- 3. „Fallbezogene Arbeitsweise“ / „Einführung PC-gestützter Sachbearbeitung“
im Amt für Soziale Dienste (AfSD)**
Anfrage der Abgeordneten Bartels, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 30. Oktober 2007 164

- 5. Eröffnung des Bauabschnitts 2/1 der Bundesautobahn 281**
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Focke, Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 30. Oktober 2007 165

- 6. Hundesteueraufkommen in Bremen**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Woltemath
und Fraktion der FDP vom 8. November 2007 167

7. Zukunft des Sendesaals von Radio Bremen
 Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Woltemath
 und Fraktion der FDP vom 9. November 2007 168

8. Jahrhundertverträge für Rennbahnhotel
 Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Stahmann
 und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2007 170

9. „Kids in die Clubs“ - ein erfolgreiches Projekt der Bremer Sportjugend
 Anfrage der Abgeordneten Grotheer, Frau Peters-Rehwinkel, Dr. Sieling
 und Fraktion der SPD vom 13. November 2007 174

Aktuelle Stunde 175

Zukunft der kommunalen Kliniken in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
 vom 1. Oktober 2007
 (Drucksache 17/30 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Oktober 2007

(Drucksache 17/39 S)

Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU) 175
 Abg. Brumma (SPD) 177
 Abg. Möllenstädt (FDP) 180
 Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen) 181
 Abg. Beilken (Die Linke) 184
 Senatorin Rosenkötter 186
 Abg. Beilken (Die Linke) 188

Stephaniquartier sichern

Antrag der Fraktion der FDP
 vom 29. Oktober 2007
 (Drucksache 17/38 S)

Abg. Richter (FDP) 189
 Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen) 190
 Abg. Pohlmann (SPD) 191
 Abg. Rupp (Die Linke) 192
 Abg. Focke (CDU) 193
 Senator Dr. Loske 193
 Abstimmung 194

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen 194

Finanzierung der Innenstadt- und Stadtteilinitiativen sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
 vom 9. November 2007
 (Drucksache 17/41 S)

| | |
|--|-----|
| Abg. Kau (CDU) | 194 |
| Abg. Liess (SPD) | 196 |
| Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen) | 197 |
| Abg. Rupp (Die Linke) | 198 |
| Abg. Richter (FDP) | 199 |
| Staatsrat Dr. Heseler | 200 |
| Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen) | 201 |
| Abg. Richter (FDP) | 202 |
| Abstimmung | 202 |

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4
 vom 13. November 2007**

(Drucksache 17/46 S) 202

Weihnachtsbeihilfe für Arbeitslosengeld-II-Empfänger/-innen

Antrag der Fraktion Die Linke
 vom 15. November 2007
 (Drucksache 17/47 S)

| | |
|--|-----|
| Abg. Frau Nitz (Die Linke) | 202 |
| Abg. Grotheer (SPD) | 203 |
| Abg. Dr. Buhlert (FDP) | 205 |
| Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann (CDU) | 206 |
| Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen) | 207 |
| Abg. Beilken (Die Linke) | 208 |
| Senatorin Rosenkötter | 209 |
| Abstimmung | 209 |

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bartels, Frau Busch, Frau Schmidtke.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes**
Vizepräsident Ravens**Schriftführerin Ahrens**
Schriftführerin Cakici
Schriftführerin Marken

Bürgermeister **Böhrnsen** (SPD), Präsident des Senats, Senator für Kultur und für kirchliche Angelegenheiten

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Staatsrat **Golasowski** (Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Schulte-Sasse** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die 6. Sitzung der Stadtbürgerschaft.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine Gruppe Kommissaranwärter aus Hagen/Ruhrgebiet, Senioren der IG Metall und eine Gruppe des Betriebsrats Klinikum Bremen-Mitte. - Seien Sie alle ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Die Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Teilprivatisierung der kommunalen Kliniken stoppen!
Gesundheitsversorgung durch Klinikverbund der Maximalversorgung an vier Standorten sichern!
Große Anfrage der Fraktion Die Linke
vom 6. November 2007
(Drucksache 17/40 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Umsatzsteigerung und Erhöhung der Passagieranzahl am Flughafen Bremen durch Stärkung des sogenannten Non-Aviation-Bereichs
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 2. Oktober 2007
Dazu
Antwort des Senats vom 13. November 2007
(Drucksache 17/43 S)
2. Energetische Sanierung des Siemens-Hochhauses
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Oktober 2007
Dazu
Antwort des Senats vom 13. November 2007
(Drucksache 17/44 S)
3. Auslastung der Kliniken mit Notfallpatienten
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. Oktober 2007
Dazu
Antwort des Senats vom 13. November 2007
(Drucksache 17/45 S)
4. Hauptamtliche Streetworker in Bremen
Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke
vom 14. November 2007

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Schreiben von Herrn Klaus-Dieter May zur Unterstützung der Bürgerinitiative BAKI - MEINE SCHULE.

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes 4, Gewerbsmäßige Arbeitnehmerüberlassung des Vereins Stadtteilschule, und zur Vereinbarung von Redezeit bei einem Tagesordnungspunkt.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft liegen 9 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die Anfragen Nummer 1 und Nummer 4 wurden inzwischen von den Fragestellern zurückgezogen.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Kostendeckende Gebühren für Leistungen der Feuerwehr**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Tschöpe, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Tschöpe!

Abg. Tschöpe (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Deckt die derzeitige Gebühren- beziehungsweise Entgelthöhe für Leistungen der Feuerwehr bei der Brandbekämpfung, der technischen Hilfeleistung, beim Rettungsdienst und beim vorbeugenden Gefahrenschutz den auf die Amtshandlung entfallenden durchschnittlichen Personal- und Sachkostenaufwand, Paragraph 3 Satz 2 Verwaltungskostengesetz?

Zweitens: Wird bei der Ermittlung des Personal- und Sachkostenaufwands eine Vollkostenrechnung vorgenommen, in die auch zukünftige Pensionslasten, Aufwendungen für freie Heilfürsorge, Beihilfeleistungen und Finanzierungskosten eingerechnet werden?

Drittens: Wird für Leistungen der Feuerwehr Bremen für andere kommunale Dienststellen, für das Land oder kommunale Gesellschaften eine Kostenerstattung in Höhe einer angemessenen Gebühr geleistet?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Zunächst muss festgehalten werden, dass eine nicht geringe Anzahl an Einsätzen der Feuerwehr nicht gebührenpflichtig ist. Dies gilt etwa bei den Brandeinsätzen der Feuerwehr, bei der Befreiung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen, bei technischen Hilfeleistungen aus Anlass von öffentlichen Notständen, Unglücksfällen oder Umweltschäden durch Naturereignisse oder Explosionen oder der Überwachung feuergefährlicher Arbeiten in den Häfen und des Gefahrgutumschlags im Rahmen der Bremischen Hafenordnung, Paragraph 57 Absatz 1 Bremisches Hilfegesetz. Für alle übrigen Einsätze der Feuerwehr können entsprechend der Feuerwehrkostenordnung sowie anderer gebührenrechtlicher Vorschriften Gebühren erhoben werden.

Grundsätzlich sollen Gebühren die Kosten für eine Leistung ganz oder teilweise decken. Gleichwohl ist bei der Festsetzung einer Gebühr ein angemessenes Verhältnis herzustellen zwischen Verwaltungsaufwand und dem wirtschaftlichen oder sonstigen Nutzen, den der Gebührenschuldner durch die Amtshandlung erlangt hat. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte sind in der Vergangenheit für die kostenpflichtigen Leistungen der Feuerwehr Gebühren festgesetzt worden. Dabei ist selbstverständlich angestrebt worden, weitestgehend kostendeckende Gebühren festzusetzen.

Im Bereich der Personalkosten richtet sich die Gebührenhöhe nach der Allgemeinen Kostenverordnung, die von der Senatorin für Finanzen errechnet und festgesetzt wird. Bei der Gebührenfestsetzung im Rettungsdienst verhält es sich grundsätzlich anders, da hier Gebührenschuldner die Sozialversicherungsträger sind. Da im Rettungsdienst eine Vollkostenrechnung vorgenommen wird, ist die Gebühr dort grundsätzlich kostendeckend.

Zu Frage 2: Grundsätzlich wird angestrebt, bei der Ermittlung des Personal- und Sachkostenaufwands eine Vollkostenrechnung vorzunehmen. Gleichwohl spiegelt sich - wie bereits oben gesagt - diese Vollkostenrechnung nicht immer in der

Gebührenhöhe wider, da hierbei auch die Angemessenheit der Gebührenhöhe einzubeziehen ist.

Bei der Berechnung der Rettungsdienstgebühren werden sowohl bei den Sachkosten als auch bei den Personalkosten alle Kosten einbezogen. Bei den Personalkosten gehören hierzu auch zukünftige Pensionslasten, freie Heilfürsorge et cetera.

Zu Frage 3: Bisher hat eine Kostenerstattung anderer Behörden oder Ähnliches für Leistungen der Feuerwehr nicht stattgefunden. Es wird derzeit geprüft, ob eine solche Kostenerstattung - insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Amtshilfe - in Betracht kommt. Darüber hinaus sind bereits Gespräche mit den betroffenen Behörden in die Wege geleitet worden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Behörden des Landes und der Stadtgemeinden nach Paragraph 7 Bremisches Gebührenbeitragsgesetz von der Zahlung von Verwaltungsgebühren befreit sind. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Herr Senator, sind Sie mit mir einer Meinung, obwohl es die allgemeine Gebührenbefreiung für Ämter der Stadtgemeinde Bremen gibt, dass es im Interesse von Haushaltswahrheit und Haushaltklarheit wäre, wenn irgendeine Form von Verrechnung unabhängig von ihrer Rechtsnatur für Leistungen der Feuerwehr erfolgen würde?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist richtig, da teile ich Ihre Auffassung!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Da wir uns so einig sind: Wann kann denn damit gerechnet werden, dass dieses Problem einer Lösung zugeführt wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich habe soeben ja gesagt, dass ich, was die Haushaltswahrheit angeht, Ihnen zustimme, aber wenn ich mir vorstelle, dass wir jede einzelne Amtshandlung - und theoretisch wäre es so - genau festlegen würden, dann müsste man sich zwischen den Behörden ja entsprechende Rechnungen schreiben und sagen: Für den Einsatz des Wasserschutzbootes an der Stelle im Vollzug einer Amtshilfe berechnen wir jetzt zum Beispiel dem Senator für Wirtschaft und Häfen 1300 Euro. Ich befürchte, dass dann der bürokrati-

tische Aufwand sehr viel größer wäre als der Ertrag, denn ich habe natürlich auch ein gewisses Konzerndenken.

Wohl wissend, dass ich das, was Sie eben in Ihrer ersten Zusatzfrage gefragt haben, nachvollzogen habe, was die Haushaltswahrheit und die Klarheit angeht, hier haben wir auch einen Auftrag, muss ich aber trotzdem als derjenige, der das zu verantworten hat, auch im Senat darauf achten, dass wir uns nicht in einem unglaublichen bürokratischen Aufwand verzetteln. Ich bin ja schon froh und glücklich, wenn wir mit den zurückgehenden Personalressourcen unsere eigentlichen Aufgaben erfüllen. Wenn wir uns jetzt noch massiv bemühen, diese Haushaltsklarheit zu bekommen, und ich in das Parlament komme und sage, ich brauche dafür aber so und so viel Mitarbeiter mehr, sind wir möglicherweise überfordert. Das umzusetzen, halte ich für sehr schwierig.

(Abg. Beilken [Die Linke]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Tschöpe** (SPD): Sind Sie mit mir der Auffassung, dass - unabhängig davon, dass wir beide und, ich glaube, das gesamte Haus keinen zusätzlichen Verwaltungsaufwand brauchen - eine Profit-Center-Rechnung für Leistungen der Innenverwaltung trotzdem hilfreich sein könnte und dass wir das auch trotzdem kurzfristig umsetzen können?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Da haben Sie hundertprozentig recht, ich stimme dem zu, aber dass ich das kurzfristig umsetzen kann, kann ich Ihnen nicht versprechen.

(Abg. Tschöpe [SPD]: Dann habe ich keine Fragen mehr!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Fallbezogene Arbeitsweise**“, „**Einführung PC-gestützter Sachbearbeitung**“ im Amt für Soziale Dienste (AfSD). Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bartels, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wir fragen den Senat:

Frage 1: Wann wird die Einführung der PC-gestützten Sachbearbeitung im Amt für Soziale Dienste unter Berücksichtigung der vorzunehmenden Eingaben von nicht migrierbaren Falldaten aus Altverfahren in das neue Software-Programm im Bereich SGB VIII und XII nicht nur eingeleitet, sondern das Arbeitsprinzip voll funktionsfähig sein?

Frage 2: Welche Auswirkungen haben die verzögerte Einführung der PC-gestützten Sachbearbeitung und die unterschiedlichen Zeitpunkte der Einführung im Bereich SGB VIII und SGB XII auf die alltägliche Arbeit der Casemanager?

Frage 3: Welche Kosten entstehen durch den Aufbau eines Referats IT-Fachadministration?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Amt für Soziale Dienste hat für den Arbeitsbereich des SGB VIII das Programm OK.JuG und für den Arbeitsbereich des SGB XII das Programm OPEN/Prosoz. Beide Programme sind bereits mit wesentlichen Funktionen im Echtbetrieb. Voll funktionsfähig werden beide Programme arbeiten, wenn unter anderem erstens alle Falldaten aus Altverfahren und händisch geführten Akten sowie alle Neufälle eingegeben sind und zweitens die Maßnahmen zur Qualifizierung der Hilfeplan- beziehungsweise Diagnoseverfahren umgesetzt sind. Das Amt für Soziale Dienste geht davon aus, dass diese Prozesse Mitte nächsten Jahres abgeschlossen werden können.

Zu Frage 2: Bis zur Herstellung der vollen Funktionsfähigkeit der beiden Programme gelten die bisherigen Arbeitsverfahren weiter, das heißt, die zu erwartenden Effizienzsteigerungen werden erst verspätet eintreten. Besondere Auswirkungen für die alltägliche Arbeit der Casemanager ergeben sich darüber hinaus nicht.

Zu Frage 3: Das neu zu gründende Referat IT-Fachadministration wird sich zusammensetzen aus der für die Fachverfahren zuständigen ADV-Verbindungsstelle und den Netzwerk-Administratoren. Die Kosten lassen sich derzeit noch nicht beziffern. Planungsprämisse ist Personalumschichtung statt Personalausbau. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Frau Senatorin, wir haben diese Frage in der Fragestunde gestellt, weil wir uns ein wenig darüber gewundert haben, wie lange das Ganze dauert. Sie haben in der Sozialdeputationsvorlage beschrieben, dass es seit 2005 diese Überlegung der PC-gestützten Arbeitsweise gibt und dass wir es darüber hinaus - Sie haben einige Schwierigkeiten angeführt in der Vorlage - noch nicht geschafft haben, das umzusetzen. Könnten Sie uns diese Schwierigkeiten noch einmal benennen, und könnten Sie uns sagen, welche dieser Schwierigkeiten inzwischen abgearbeitet sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja, das will ich gern tun! Es ist in der Tat so, dass dieses Verfahren längerfristig läuft. Es handelt sich hier um einen Prozess, der zum einen beinhaltet, die alltägliche Arbeit weiterzutreiben und weiter voranzubringen. Auf der anderen Seite - aber so ist es auch in der Antwort beschrieben worden - ist hier erforderlich, die Daten und die Unterlagen der Altakten einzugeben, und ich darf Ihnen einmal so eine Größenordnung geben: In den einzelnen Systemen sind das 6000 bis 8000 Fälle, die dort eingegeben werden müssen, und ich glaube, daraus wird sicher deutlich, wie auch aufgrund der angespannten Arbeitssituation in diesem Bereich hier ein längerer Prozess anzulegen war, als wir ihn ehrgeizigerweise vorher vorgesehen hatten.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Sie sprachen soeben davon, dass 6000 bis 8000 Fälle einzugeben sind. Könnten Sie uns mitteilen, wie viele Fälle schon erfasst worden sind, damit wir wissen, welchen Bug wir noch vor uns herschieben, und könnten Sie auch noch dazu Stellung beziehen, ob das nur von dem vorhandenen Personal gewährleistet werden soll oder ob es darüber hinaus in Form von Hilfsaktionen andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes oder der senatorischen Behörde gibt, die ebenfalls mithelfen bei der Erfassung?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben für diesen sehr ehrgeizigen Plan um Unterstützung gebeten und dort 5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die hier in diesem Prozess über die normal vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einbezogen sind, eingesetzt. Ich kann Ihnen sagen, dass

zum Beispiel - ich habe hier allerdings nicht alle Daten vorliegen - im Bereich der Heimhilfe 88 Prozent eingegeben worden sind, sodass wir spätestens Ende 2007 hier auch alles eingegeben haben.

Die Wirtschaftliche Jugendhilfe hat nach dem Stichtag 22. Oktober 70 Prozent der Fälle eingegeben. Hier ist geplant, für Anfang Dezember den gesamten Stand erreicht zu haben. Hieran mögen Sie erkennen, dass ein Großteil der Fälle auch bereits eingegeben worden ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Eine abschließende Frage und auch Bemerkung! Würden Sie mir beipflichten, dass das etwas länger gedauert hat, als es dauern sollte, und dass wir erst eine Optimierung erfahren, wenn das ganze Verfahren abgeschlossen ist, das heißt, wir zurzeit eher eine Doppelbelastung haben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Sie haben gesagt, Sie wollten auch eine Bemerkung dazu machen. Ich habe darin auch eine Frage erkannt. Es ist in der Tat so; es ist ein nicht ganz einfacher und sehr arbeitsaufwendiger Prozess, der aus unterschiedlichen Gründen länger als bisher vorgesehen gedauert hat. Gleichwohl werden wir hier erste Teile in diesem Jahr und dann endgültig Mitte nächsten Jahres abgeschlossen haben und dann voll funktionsfähig sein und somit auch eine gute Grundlage für die Arbeit haben.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Eröffnung des Bauabschnitts 2/1 der Bundesautobahn 281**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Pflugradt, Focke, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Pflugradt!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann beabsichtigt der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa, den Bauabschnitt 2/1 der BAB 281 zu eröffnen?

Zweitens: Welcher Vertreter beziehungsweise welche Vertreter des Bundesverkehrsministeriums werden an der Eröffnung teilnehmen?

Drittens: Bis wann rechnet der Senat mit der Vollendung und Betriebsnahme der weiteren Bauabschnitte der BAB 281?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordneten! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Bauabschnitte 2/1 und 3/1 sollen am 30. Januar 2008 dem Verkehr übergeben werden.

Zu Frage 2: An der feierlichen Eröffnung wird Herr Staatssekretär Jörg Hennerkes vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung teilnehmen.

Zu Frage 3: Der Bauabschnitt 2/2, Neuenlander Ring bis Kattenturmer Heerstraße, soll Ende 2012 in Betrieb gehen. Die Bauabschnitte 3/2 und 4, Anschlussstelle Bremen-Neustädter Häfen bis Anschlussstelle Bremen-Gröpelingen, sollen Ende 2013 dem Verkehr übergeben werden.

Präsident Weber: Herr Kollege Pflugradt, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Werden Sie an der Eröffnung am 30. Januar persönlich teilnehmen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich selbst werde mich dort am 27. Januar, am Tag der offenen Autobahn, unter die Menschen mischen und mit ihnen gemeinsam die Autobahn begehen, sie mir ansehen. Am 30. Januar selbst bin ich verhindert.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Herr Kollege Pflugradt? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Das konnten wir bereits der Presse entnehmen, dass Sie an diesem Tag verhindert sind, deswegen auch meine Frage: Können Sie dem Hohen Hause mitteilen, welchen anderen bedeutenden Termin Sie haben, weswegen Sie an dieser Eröffnung der Autobahn nicht teilnehmen können?

(Zurufe: Oh! - Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Pflugradt, was haben Sie denn am Sonntag vor?)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Wenn Sie mich das fragen würden, könnte ich Ihnen das mitteilen, ja!

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Ja, ich frage Sie: Welchen anderen bedeutenden Termin haben Sie?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich bin am 30. Januar bei einem Fachgespräch zum Thema Klimawandel und Küstenschutz, ein Thema, das für Bremen von allerhöchster Relevanz ist, denn wie Sie ja wissen, haben wir im April in diesem Hohen Hause den Generalplan Küstenschutz beschlossen, und wir laborieren im Moment an einer eklatanten Unterfinanzierung desselben. Er kostet nämlich über 110 Millionen Euro, und wir haben bis jetzt nach Lage der Dinge erst ungefähr 13 Millionen Euro zusammen. Ich beschäftige mich an dem Tag ausgiebig mit der Frage von Finanzierungsmodalitäten für den Küstenschutz auch in unserem schönen Land Bremen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Es ist ja üblich, dass solche Termine zwischen dem entsprechenden Bundesministerium und dem zuständigen Senatsresort abgestimmt werden, und Sie wussten ja um diese Termschwierigkeit. Haben Sie denn versucht, einen Alternativtermin zu finden, um an dieser Eröffnung teilnehmen zu können?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Solche Probleme möchte man gern einmal haben!)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Also, vielleicht noch einmal generell zur Lage: Am 30. Januar, zur offiziellen Einweihung, also drei Tage, nachdem die Bevölkerung gewissermaßen diese Autobahn in Beschlag genommen hat, schickt die Stadt Bremen ihren allerhöchsten Vertreter, nämlich den Bürgermeister, und mehr haben wir wirklich nicht zu bieten. Das müssten auch Sie einsehen!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken - Zuruf von der FDP: Herr Weber hätte sie auch gern eingeweiht!)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Mich würde interessieren, welchen Stellenwert Sie dieser A 281 eigentlich beimessen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das bezieht sich auf die Frage 3, nehme ich an, denn der vorhandene Bauabschnitt ist ja fertig. Bei den Bauabschnitten 2/2, die jetzt in der Planung sind - dazu stellen Sie ja auch Fragen -, sind die Inbetriebnahmen, die ich mir von der GPV noch einmal habe darlegen lassen, genannt. Insofern ist das ein Infrastrukturprojekt, das für Bremen von hoher Bedeutung ist.

Präsident Weber: Herr Pflugradt, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Pflugradt** (CDU): Meinen Sie nicht auch, dass - auch wenn der Bürgermeister dabei ist, was natürlich anerkennenswert ist - es sinnvoll gewesen wäre, dass Sie einen Termin finden, so dass der Bausenator auch durch seine Anwesenheit der Bedeutung dieses Bauprojekts Rechnung trägt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich glaube, dass ich die Frage beantwortet habe, wenn auch vielleicht nicht zu Ihrer Zufriedenheit!

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Hundesteueraufkommen in Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Buhlert, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Buhlert!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch ist das Aufkommen der Hundesteuer in der Stadtgemeinde Bremen im Vergleich zu den Kosten für die Erhebung?

Zweitens: Welche Kosten entstehen für die Steuererhebung bei säumigen Zahlern und die Suche nach nicht angemeldeten Hunden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Das Aufkommen der Hundesteuer in der Stadtgemeinde Bremen betrug im Kalenderjahr 2006 insgesamt 1 198 000 Euro. Die Kosten

für die Erhebung der Hundesteuer betragen jährlich etwa 200 000 Euro.

Zu Frage 2: Die Kosten für die Steuererhebung bei säumigen Zahlern und die Suche nach nicht angemeldeten Hunden betragen jährlich etwa 35 000 Euro.

Präsident Weber: Herr Dr. Buhlert, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Frau Bürgermeisterin, ist seitens des Senats geplant, die Suche nach säumigen Zahlern und nicht angemeldeten Hunden zu intensivieren?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Dazu gibt es immer wieder Gespräche auf Arbeitsebene, wie man es erreichen kann, wie die Dunkelziffer vermindert werden kann, bei der wir davon ausgehen, dass wir uns im Großstädtevergleich bewegen. Ziemlich wirkungsvoll ist auch - das kann man aus dem Verlauf der Einnahmen der letzten Jahre sehen -, wenn der Senat in regelmäßigen Abständen eine Hundebestandsaufnahme ankündigt. Dann erinnert das auch eine Reihe von Menschen daran, dass sie ihren Hund anmelden müssen.

Wir überlegen das ständig, aber - das ist ja sicherlich auch der Hintergrund der Frage - Aufwand und Ergebnis müssen in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. Ganz wichtig ist vor allen Dingen auch in diesem Zusammenhang die Polizei, von der wir sehr viele Meldungen bekommen. Darum werden wir auch regelmäßig bitten, dass man an uns denkt, wenn Hunde aufgegriffen, gefunden oder entdeckt werden, die keine Marke haben.

Präsident Weber: Herr Dr. Buhlert, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Frau Bürgermeisterin Linnert hat ja gerade die Verhältnismäßigkeit angesprochen. Der Senat ist also der Meinung, dass es noch verhältnismäßig ist?

Präsident Weber: Bitte, Frau Bürgermeisterin!

Bürgermeisterin Linnert: Ja, auf jeden Fall! Ich habe ja die Zahlen vorgetragen. Wir haben im Jahr 2006 fast 1,2 Millionen Euro eingenommen, an Kosten hatten wir 200 000 Euro und 35 000 Euro für die säumigen Zahler. Das ist auf jeden Fall verhältnismäßig. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass in allen Städten Hundesteuer erhoben wird, und es wäre sehr schwer zu vermitteln, wenn wir jetzt darauf verzichten würden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Zukunft des Sendesaals von Radio Bremen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Buhlert, Woltemath und Fraktion der FDP.

Bitte, Herr Kollege Dr. Buhlert!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat die Chancen für einen rein privat finanzierten Erhalt des denkmalgeschützten Sendesaals von Radio Bremen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Böhrnsen.

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat würde begrüßen, wenn es eine private, wirtschaftlich tragfähige Nutzungsmöglichkeit für den Sendesaal von Radio Bremen gäbe.

Nach ausführlicher Prüfung der bislang vorgelegten Konzepte und nach vielfachen Bemühungen, eine wirtschaftliche Alternative zum Abriss des Sendesaals zu finden oder zu entwickeln, hat sich ergeben, dass die Investoren keine Möglichkeiten für einen rein privat finanzierten Erhalt des Sendesaals sehen. In allen Konzepten gab es erhebliche Finanzierungslücken im Millionenbereich, die zulasten der anderen Kulturmittel hätten finanziert werden müssen. Zudem sahen die Konzepte vor, dass zu der einmaligen Zahlung einer Anschubfinanzierung durch den Senat eine dauerhafte Subventionierung des Betriebs zu leisten gewesen wäre. Für beides sieht der Senat keine finanziellen Spielräume.

Vor diesem Hintergrund ist das Landesamt für Denkmalpflege davon ausgegangen, dass es den privaten Investoren, an die Radio Bremen das Gelände verkauft hat, aus wirtschaftlichen Gründen nicht zuzumuten ist, den Sendesaal aufrechtzuerhalten. Der Denkmalschutz wurde daher auf Antrag der Investoren aufgehoben. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Dr. Buhlert, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Herr Bürgermeister, ich frage Sie: Ist Ihnen bekannt, dass es auch andere Investoren gibt, die bereit sind, dort zu investieren, und wie beurteilen Sie die dort vorgelegten Absichtserklärungen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Dr. Buhlert, ich kann nur über das sprechen, was mir bekannt ist. Da Sie mir jetzt keine Namen nennen, kann ich darüber auch nicht spekulieren. Nach dem, was mir bekannt ist, ergibt sich das, was ich Ihnen eben als Antwort des Senats vorgetragen habe, dass wir nämlich über eine Finanzierungslücke von etwa 2 Millionen Euro reden und dass dazu jährliche Betriebskostenzuschüsse kommen, die sich auch an der Grenze von einer halben Million Euro bewegen. Das ist der Stand, was mir potenzielle Investoren vorgestellt haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Ich spielte an auf die von den Freunden des Sendesaals unterstützten Initiativen, versehen mit den entsprechenden Schreiben, die ja an Radio Bremen, aber auch an das Rathaus gegangen sind, wenn ich es richtig weiß. Dazu die Frage: Mir ist versichert worden, dass das ohne Dauersubventionen seitens des Staates auskommen würde. Beurteilen Sie das anders?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Noch einmal, Herr Dr. Buhlert: Ich muss mich auf das beziehen, was ich auch mit den Freunden des Sendesaals besprochen habe. Ich habe am 28. September mit dem Verein Freunde des Sendesaals e. V. und mit dem von den Freunden des Sendesaals präsentierten potenziellen Investor zusammengesessen, gemeinsam mit den kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der beiden Koalitionsfraktionen, und in diesem Gespräch sind die Zahlen genannt worden, die ich Ihnen eben vorgetragen habe. Andere Zahlen habe ich nicht, und deswegen kann ich mich dazu auch nicht äußern.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Die Frage ist: Ist denn jetzt schon ein Abrissantrag gestellt worden, und wie wird damit umgegangen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Einen Antrag auf Erteilung einer Abrissgenehmigung gibt es seit lan-

ger Zeit, ich sage es unter Vorbehalt, aber nach meiner Kenntnis bereits aus dem Jahr 2004. Über einen solchen Abrissantrag ist nach Recht und Gesetz zu entscheiden. Ich will noch einmal wiederholen, damit es unmissverständlich klar wird: Der Senat würde es begrüßen, wenn es eine private Initiative zur Erhaltung des Sendesaals gäbe, wenn eine solche Initiative die Erhaltung des Sendesaals erreichen könnte. Dazu gehört aber, dass die private Finanzierung - und das füge ich ausdrücklich hinzu! - in den nächsten Wochen sichergestellt werden kann.

Ich füge weiter hinzu: Der Senat hält es für ausgeschlossen, dass für den Erhalt oder den Betrieb des Sendesaals öffentliche Mittel eingesetzt werden. Wenn von privater Seite kein tragfähiges, finanziell abgesichertes Konzept vorgelegt werden kann, wird dem Senat keine andere Möglichkeit bleiben, als die beantragte Abrissgenehmigung zu erteilen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Beilken** (Die Linke): Herr Bürgermeister, sind Sie nicht auch der Meinung, gerade vor dem Hintergrund, dass wir alle in unseren Wahlprogrammen den Stellenwert von Kultur im Land Bremen auf die nur erdenklichste deutliche Weise betont haben und wir wissen, dass sie für die Lebensqualität, aber auch für die Wirtschaft im Land wichtig ist, dass man eigentlich sagen müsste, Kultur und Abrissbirne passen nicht zusammen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Abgeordneter, ich darf noch einmal wiederholen, was ich, glaube ich, bereits zweimal hier gesagt habe: Wir würden es begrüßen, wenn eine private Initiative die Erhaltung des Sendesaals erreichen könnte. Wenn es eine solche private Initiative gibt und sie ein finanziell tragfähiges Fundament liefern könnte, dann kann ich mir niemanden in Bremen vorstellen, der damit nicht zufrieden wäre.

Die ganz andere Frage, die ich jetzt aber nur vor dem Hintergrund beantworten kann, dass es einer solchen Initiative eben nicht erfolgreich gelingen würde, dies zu erreichen, ist: Kann sich die öffentliche Hand in einer Situation wie dieser erlauben, einen Erhalt und Investitionen zu finanzieren und eine ständige Finanzierung von Betriebskosten zu übernehmen? Diese Frage habe ich Ihnen nach Blick auf den Haushalt für den Senat beantwortet mit: Wir glauben nicht, dass das möglich ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Beilken** (Die Linke): Herr Bürgermeister, sind Sie bereit, diese Entscheidung oder diese Planung, unter keinen Umständen absolut kein Geld für die Erhaltung des Sendesaals bereitzustellen, im Laufe der nächsten Wochen noch einmal in Betrachtung der Gesamtfinanzplanung zu überdenken?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Abgeordneter, mir geht es darum, dass die Initiative, die angekündigt hat, sich weiter engagieren zu wollen, die Zeit nutzt. Dem würde ich mit Freude entgegensehen, es muss aber in den nächsten Wochen passieren, weil wir nun schon sehr viel Zeit ins Land haben streichen lassen und immer wieder appelliert haben, wenn es ein solches Konzept gibt, legt es uns vor!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Beilken [Die Linke]: Nein, vielen Dank!)

Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Dr. Sieling! - Bitte!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Bürgermeister, nach den Zwischenfragen möchte ich mich noch einmal vergewissern, ob der Kaufvertrag und die Notwendigkeiten der Finanzierung des Umzugs von Radio Bremen so strukturiert sind, dass wir bis Ende des Jahres die Entscheidung haben und die Freunde des Sendesaals Investoren finden müssten.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Herr Dr. Sieling, ich kann Ihnen diese Frage nicht beantworten, weil ich den Vertrag zwischen Radio Bremen und dem Käufer dieses Geländes nicht vorliegen habe. Es ist ein Kaufvertrag zwischen zwei Privaten, er hat keine Beteiligung der Freien Hansestadt Bremen oder der Stadtgemeinde Bremen, und deswegen wäre diese Frage an Radio Bremen beziehungsweise an den Käufer zu richten.

Präsident Weber: Herr Dr. Sieling, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Dann darf ich meine zweite Frage hypothetisch formulieren! Wenn es so ist, wie die bisherigen Informationen sind, dass dies bis Ende des Jahres abgewickelt werden muss und, ich will es auch zum Ausdruck bringen, leider keine privaten Investoren gefunden werden können, um den Sendesaal zu retten: Wird dann der vorhin von Ihnen angesprochene Abrissantrag

vom Senat noch bis Ende des Jahres beschieden, denn dahinter steht ja, dass das Geld für den Umzug von Radio Bremen fließen muss?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Mir ist sehr wohl bewusst, dass der Kaufpreis, den Radio Bremen erzielen muss, ein wichtiger Bestandteil des Finanzierungskonzepts für den Umzug von Radio Bremen ist, es ist dem Senat insgesamt bewusst, und daraus folgt auch eine Verantwortung. Ich kann jetzt aber, wie eben schon einmal unterstrichen, keine Vermutung über den Inhalt des Vertrages zwischen Radio Bremen und den Käufern anstellen. Uns geht es jetzt darum, der Initiative noch Zeit einzuräumen, um das zu ermöglichen, was sie sich vorgenommen hat, nämlich ein privates Finanzierungskonzept auf die Beine zu stellen.

Präsident Weber: Herr Dr. Sieling, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Dann muss ich doch noch einmal insistieren! Ich verstehe es aber so, egal, wann das Datum ist, wenn es erforderlich ist und das Schlussdatum erreicht ist, dann werden vom Senat auch im Hinblick auf diesen Abriss zeitgerecht die Bedingungen geschaffen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Böhrnsen: Wir sind uns unserer Verantwortung, auch Radio Bremen gegenüber, bewusst. Ich habe soeben aber sehr überlegt formuliert, wir erwarten, dass in den nächsten Wochen eine private Finanzierung sichergestellt werden muss, wenn die Chance noch genutzt werden soll.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Jahrhundertverträge für Rennbahnhotel**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Stahmann und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Mietverträge mit dem Investor des Atlantic Hotels Galopprennbahn wurden für welche Mietobjekte und mit welchen Laufzeiten im Einzelnen geschlossen?

Zweitens: Mit welcher Begründung wurden in der Vergangenheit Mietverträge der Rennbahngesellschaft mit dem Investor des Atlantic Hotels Galopprennbahn geschlossen, die weit über das Jahr 2070 hinausgehen?

Drittens: In welcher Form war Bremen direkt oder indirekt am Abschluss, der Prüfung und der Genehmigung dieser Verträge beteiligt, und inwieweit haftet Bremen für die Verpflichtungen aus diesen Verträgen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Es wurden folgende Mietverträge abgeschlossen: Sitztribünenmietvertrag zur Vermietung der Sitztribüne mit einer Laufzeit bis zum 30. April 2032 an die Bremer Rennbahn GmbH, Hotelräumemietvertrag zur Vermietung von veranstaltungsbezogenen Räumlichkeiten im Hotel sowie Geschäftsräumen, die an einen Buchmacher und einen Golfshop weitervermietet sind, mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2077 an die Bremer Rennbahn GmbH!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Da sind wir schon unter der Erde!)

Für die im Hotel angemieteten Räume ist ab dem 26. Mietjahr, 2029, eine mietfreie Nutzung durch die Bremer Rennbahn GmbH vorgesehen.

Vertragspartner für beide genannten Verträge sind die Bremer Rennbahn GmbH mit den Gesellschaftern Hanseatische Veranstaltungen-GmbH, 60 Prozent, und Bremer Rennverein von 1875 e. V., 40 Prozent, sowie die vom Investor gegründete Grundstücksgesellschaft Galopprennbahn mbH.

Zu Frage 2: Die Mietverträge und andere Verträge sollten einen Beitrag dazu leisten, die Beschlüsse der Wirtschaftsförderungsausschüsse vom 25. Mai 2000 zur „Tourismusorientierten Perspektivplanung“ unter Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen umzusetzen. Die Laufzeit der Mietverträge ist dabei an die Laufzeit der jeweiligen Erbbaurechte für Sitztribüne und Hotel angepasst.

Zu Frage 3: Die Verträge wurden von der Bremer Rennbahn GmbH und der Hanseatischen Veranstaltungen-GmbH entwickelt und unter Hinzuziehung von externen bremischen Kanzleien und Wirtschaftsprüfern vergaberechtlich, steuerrechtlich und beihilferechtlich geprüft. Die Verträge wurden mit dem Senator für Wirtschaft und Häfen

abgestimmt. Hinsichtlich baufachlicher Fragen wurde die Gebäude- und TechnikManagement Bremen einbezogen.

Der Deputation für Wirtschaft und Häfen wurde über den Stand der Vertragsverhandlungen am 6. März 2002 mit dem zweiten Sachstandsbericht „Umsetzung Maßnahmen Galopprennbahn“ und über die Inhalte und Laufzeiten der Verträge am 10. März 2004 mit dem dritten Sachstandsbericht „Umsetzung Maßnahmen Galopprennbahn“ berichtet. Der Bremischen Bürgerschaft wurde weiterhin im Rahmen der Beantwortung der Kleinen Anfrage „Verträge und öffentliche Zuschüsse zu Rennbahn und Trainingsrennbahn“ im Jahr 2004 über die Inhalte und damit auch die Laufzeiten der Verträge berichtet. Bremen haftet mit dem von der Hanseatischen Veranstaltungs-GmbH gehaltenen Gesellschaftsanteil, 60 Prozent von 25 000 Euro. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Dr. Güldner, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, danke, Herr Präsident! Vielen Dank für die Antwort, Herr Staatsrat! Nachdem der Senat die Fragen zu den Fakten beantwortet hat, die gestellt wurden, möchte ich noch einmal auf Ihre Antwort zurückkommen. Sie sagten soeben, es sei im Konzept „Tourismusorientierte Perspektivplanung“ verankert gewesen, und so war auch die Zielstellung. Wie würden Sie aus heutiger Sicht die Erfolge dieses Konzepts bewerten, besonders im Zusammenhang mit der Bremer Galopprennbahn?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Die Bremer Rennbahn ist unter den deutschen Rennbahnen sicherlich eine der modernsten. Auf der anderen Seite muss man, glaube ich, auch zur Kenntnis nehmen, dass die Besucherzahlen zum Teil nicht den Erwartungen entsprochen haben, wir relativ hohe Aufwendungen damit haben.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Das ist euphemistisch!)

Deswegen sucht der Senator für Wirtschaft und Häfen nach Wegen, um einen privaten Betrieb der Rennbahn zu ermöglichen und damit öffentliche Kosten für eine weitere Unterstützung der Rennbahn zu vermeiden. Wir werden dies ab dem nächsten Jahr beginnen. Insofern würde ich sagen, die Erwartungen, die damals gehegt worden sind, sind nicht in vollem Umfang erfüllt worden. Das hängt auch zum Teil mit einer sehr negativen öffentlichen Diskussion zusammen.

(Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie bewertet der Senat die dort geschlossenen Verträge? Sie sagten, sie seien von externen Kanzleien, Wirtschaftsprüfern geprüft und mit dem damaligen Senator für Wirtschaft und Häfen abgestimmt worden. Wie bewerten Sie diese Verträge, die dort geschlossen worden sind, denn schließlich, Sie haben es gerade vorgetragen, sind wir über die HVG dort wesentlich beteiligt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Diese Verträge haben letztlich dazu geführt, dass Verluste aufgelaufen sind. Diese Verluste sind für den Haushalt unter den heutigen Bedingungen so nicht tragbar. Deswegen gehen wir auch dazu über, eine private Lösung zu finden. Ich hoffe, dass wir diese im Laufe des nächsten Jahres finden und keine Verluste mehr tragen müssen. An die vertraglichen Verpflichtungen, die zum Teil noch älter sind, zum Teil aus dem Jahr 1979 kommen, sind wir gebunden.

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, Sie haben Ihr Konzept erwähnt, dass Sie ab dem nächsten Jahr in Richtung einer Privatisierung, einer Weiterentwicklung dort nachdenken. Welche Rolle spielen diese Mietverträge, die damals geschlossen worden sind, jetzt bei dem Versuch, sozusagen dort zu einer Privatisierung und zu einer Reduzierung der hohen Kosten für die Freie Hansestadt Bremen zu kommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Man muss unterscheiden! Was die Verluste angeht, da gehen wir davon aus, dass wir sie im nächsten Jahr drastisch reduzieren können dadurch, dass wir eine zentrale Vermarktung des Galopprennsports in Deutschland haben. Was die Verträge angeht, werden wir wahrscheinlich keinen privaten Investor finden, der ohne Zahlung Bremens dort einsteigen wird. Darüber werden wir aber mit dem privaten Investor verhandeln, und letztlich ist es dann Sache des Senats und des Parlaments zu entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen eine solche Privatisierung möglich ist.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, eine letzte! Würde der Senator für Wirtschaft und Häfen, der Senat insgesamt nach heutigem Kenntnisstand solchen Verträgen, die bis in das Jahr 2077 reichen wie die hier in Rede stehenden Verträge, heute noch seine Zustimmung geben, wenn sie zur Abstimmung vorgelegt würden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das ist schwer zu sagen! Ich würde aus heutiger Sicht sagen, gerade unter den Bedingungen der Haushaltsnotlage Bremens, dass wir solche Verträge nicht mehr eingehen würden. Man muss allerdings auch sagen, dass man bei solchen Verträgen wegen des Erbbaurechts, das wir damals geschlossen haben, auch relativ langfristige Verträge braucht. Ich würde unter heutigen Bedingungen sagen, wir würden wahrscheinlich auch in Kenntnis der Entwicklung, die wir inzwischen haben, keinen solchen Vertrag mehr eingehen. Ich muss allerdings auf der anderen Seite auch sagen, dieser Vertrag ist nach den mir vorliegenden Informationen in allen Gremien ordnungsgemäß abgestimmt worden.

Präsident Weber: Herr Dr. Güldner, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank!)

Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Möllenstädt! - Bitte sehr!

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident! Teilt der Senat die Auffassung, dass mit dem Abschluss von Verträgen mit einer derartig langen Laufzeit die Gefahr entsteht, dass das Haushaltsrecht des Parlaments in unverantwortlicher Weise ausgehebelt wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Man muss dazu sehen, erstens, es ist in den parlamentarischen Gremien beschlossen worden. Zum Zweiten, wenn man den Vertrag sieht, der bis zum Jahre 2077 geht, dann sind Zahlungen nur bis zum Jahr 2029 erforderlich.

(Abg. Grotheer [SPD]: Das ist ja nicht mehr lang!)

Diese Zahlungen richten sich, und sie sind ja von Experten steuerrechtlich, finanzrechtlich bewertet worden, nach den Herstellungskosten. Ab dem Jahr 2029 ist die Nutzung der Räume mietfrei.

Vor diesem Hintergrund muss ich sagen, dies müssen natürlich der Senat und das Parlament beurteilen, und sie haben damals beurteilt, dass es ein sinnvoller Weg ist. Das muss ich so sagen. Natürlich ist die Laufzeit bis 2029, was die Zahlungen angeht, sehr lang, bis 2077 sind wir eigentlich diejenigen, die es in den Jahren kostenlos nutzen können, das war als langfristige Investition geplant!

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Welche Konsequenzen hat der Senat aus dem vorliegenden Fall gezogen mit dem Ziel, zukünftig den Abschluss langfristiger, risikobehafteter Verträge zulasten der Freien Hansestadt Bremen zu verhindern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Der Senat hat aus diesem Fall eine konkrete Schlussfolgerung gezogen, nämlich den Senator für Wirtschaft und Häfen damit zu beauftragen, einen privaten Betreiber der Rennbahn zu finden. Die HVG und die Bremer Rennbahngesellschaft sind sehr intensiv - davon haben wir uns gerade letzte Woche noch überzeugt - an der Erarbeitung eines Privatisierungskonzepts. Dies wird nach unserer Auffassung dazu führen, dass die Kosten in den nächsten Jahren deutlich verringert werden und langfristig keine öffentlichen Mittel mehr für den Betrieb einer Galopprennbahn in Bremen aufgewendet werden müssen.

Präsident Weber: Herr Kollege Möllenstädt, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Ja, bitte, eine letzte! Wurde geprüft, ob im vorliegenden Fall gegen die verantwortlichen Mitglieder des Senats und deren Beauftragte ein begründeter Anfangsverdacht für den Tatbestand der Untreue zum Nachteil der Freien Hansestadt Bremen vorliegt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich will jetzt nicht aufzählen, in welchen Gremien dies alles mehrfach geprüft worden ist. Wir, der Senator für Wirtschaft und Häfen, haben mehrfach umfassend berichtet, zuletzt im Jahr 2004 sehr detailliert den Inhalt der Verträge mitgeteilt. Darüber hinaus haben sich die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft in diversen Untersuchungen, Ermittlungsverfahren mit dem Rennbahnprojekt befasst. Es hat keine Ergebnisse gegeben, dass sich dort Mitarbeiter der Verwaltung falsch verhalten haben sollten.

(Abg. Möllenstädt [FDP]: Vielen Dank!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch die Abgeordnete Frau Winther! - Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Staatsrat, Sie sprachen soeben die Perspektivplanung für die Rennbahn an. Diese Perspektivplanung ist unter anderem deswegen auch so schwierig, weil wir durch einen alten, unbefristeten Nutzungsvertrag mit dem Rennverein gebunden sind. Können Sie mir sagen, wann dieser Nutzungsvertrag abgeschlossen worden ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Dieser Nutzungsvertrag ist im Jahr 1979 abgeschlossen worden. Man muss sogar, wenn Sie erlauben, noch eines hinzufügen: Natürlich haben sich seit dem Jahr 2000 die Bedingungen auf dem Markt grundlegend verändert. Das Internet hat zu einer völligen Umgestaltung des Wettmarktes geführt. Wir haben heute die Situation, dass wir gerade im Galopprennsport viele externe in Malta und anderen Ländern sitzende Unternehmen haben und damit die Einnahmen für die Rennbahnen in Deutschland insgesamt drastisch zurückgegangen sind. Der Vertrag ist im Jahr 1979 geschlossen worden.

Präsident Weber: Frau Kollegin Winther, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Winther** (CDU): Würden Sie mir zustimmen, dass es vielleicht falsch war, einen unbefristeten Vertrag abzuschließen, so wie Herr Koschnick es damals getan hat oder es unter seiner Regierung geschehen ist?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Ich vermute, dass man dabei die Verdienste von Walther Jacobs mit würdigen muss und dass dies zur damaligen Zeit unter den damaligen Bedingungen möglicherweise eine sehr vernünftige Arbeitsteilung zwischen öffentlicher Hand und Privaten gewesen ist. Ich kann das aber heute nicht mehr ganz eindeutig beurteilen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr?

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, ist Ihnen bekannt, dass die Fragen der Rennbahn in der Deputation selbst nie beschlossen, sondern nur zur Kenntnis gegeben wurden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Nein, aber wenn Sie das sagen, wird es stimmen! Sie sind doch, glaube ich, Mitglied der Deputation.

Präsident Weber: Herr Kollege Möhle, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Das wird nicht nur stimmen, sondern das stimmt so! Das Problem ist, aktuell wird jetzt sozusagen versucht, wie Sie es angedeutet haben, eine Privatisierung hinzubekommen. Das heißt aber, dass man aus den alten Verträgen nicht mehr herauskommt - das habe ich richtig verstanden -, aber ansonsten ist der ernsthafte Versuch, eine öffentliche Förderung der Rennbahn einzustellen, sozusagen auch Ihr Handlungsrahmen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Unser Ziel ist, die öffentliche Finanzierung der Galopprennbahn in jeder Hinsicht auf Null zu führen und einen ernsthaften privaten Investor zu finden, das ist ganz eindeutig. Ich habe auch den Eindruck, dass die Mitarbeiter der HVG und der Bremer Rennbahn, die das im Moment betreiben, sehr ernsthaft dort daran sind. Wir werden im nächsten Jahr, das hat der Senat in den Haushaltsplanungen vorgesehen, bereits keine Zuschüsse mehr an die Galopprennbahn leisten. Darüber hinaus werden auch die Verluste, die die Rennbahn derzeit noch trägt, im nächsten Jahr deutlich reduziert, diese muss die HVG tragen. Ich hoffe also, dass wir relativ schnell mit einem überzeugenden Konzept dahin kommen, dass wir keine öffentlichen Aufwendungen mehr für den Galopprennsport haben.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte! Ich möchte gern noch wissen, welche negativen Diskussionen denn stattgefunden haben.

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Das kann man dann feststellen, wenn man die Zeitung liest, und das hat dazu geführt, wie mir der Geschäftsführer der Bremer Rennbahn glaubhaft versichert hat, dass ihn vermehrt Kunden und Sponsoren angesprochen und gesagt haben, wir dachten, euch gibt es gar nicht mehr. Dass dies zu negativem Sponsoring geführt hat, ist, glaube ich, nachvollziehbar. Das ist eine öffentliche Diskussion innerhalb der Presse gewesen, die der Rennbahn nicht gerade gedient hat. Das will ich auch gar nicht verurteilen, aber so ist die Welt nun einmal, und das führt dann dazu, dass sich Sponsoren - und Galopp-

rennsport geht nicht ohne Sponsoren - zurückziehen. Deswegen sind die Einnahmen, glaube ich, auch weiter zurückgegangen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, aber der Einfluss der Internetgeschichte ist dann wohl doch größer als eine negative Diskussion!

Präsident Weber: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Heseler: Eindeutig! Das muss man ganz klar sehen: Der entscheidende Faktor am Markt ist die Veränderung des Marktes selbst, die dazu geführt hat, dass heute der größte Teil der Umsätze am Totalisator direkt in das Ausland fließt und Bremen oder alle deutschen Galopprennbahnen damit drastische Einnahmeeinbrüche haben.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte und damit letzte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Kids in die Clubs' - ein erfolgreiches Projekt der Bremer Sportjugend**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Grotheer, Frau Peters-Rehwinkel, Dr. Sieling und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Grotheer!

Abg. **Grotheer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Arbeit und die bisherigen Erfolge des von der Bremer Sportjugend durchgeführten und bislang ausschließlich über Sponsorengelder finanzierten Projektes „Kids in die Clubs“, mit dem den Kindern von Eltern mit geringem Einkommen die Mitgliedschaft in Sportvereinen ermöglicht wird?

Zweitens: Wie beurteilt der Senat den Bedarf für dieses Projekt, und wie viele Kinder könnten nach Auffassung des Senats über dieses Projekt zusätzlich gefördert werden, falls es gelingt, die finanzielle Ausstattung hierfür zu verbessern?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Durch das Projekt „Kids in die Clubs“ konnten seit dem Start vor zwei Jahren rund 280

Kinder jeweils ein Jahr lang unterstützt werden. Ziel des Projekts ist es, Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien die aktive Mitgliedschaft in einem Sportverein zu ermöglichen. Die Sportvereine sollen unterstützt werden, Kindern und Jugendlichen, die ihren Vereinsbeitrag nicht bezahlen können, aufzunehmen und zu fördern.

Darüber hinaus ist das Ziel des Projekts, an dem sich inzwischen 57 Vereine beteiligen, Kindern und Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven aus schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Möglichkeit zu eröffnen, an den vielfältigen Sportangeboten der Vereine teilnehmen zu können. Für dieses Projekt engagieren sich zahlreiche Sponsoren und Spender. Der Senat hält die Fortführung dieses Programms für dringend erforderlich, sowohl aus jugend- und sozial-politischen Erfordernissen als auch aus Gründen der Mitglieder-gewinnung für die Vereine.

Zu Frage 2: Im Jahr 2007 wurden bisher 123 Kinder gefördert. Weitere 116 Kinder stehen auf der Warteliste, weil momentan noch finanzielle Mittel fehlen. Der Bedarf wird vonseiten des Landessportbundes bei mindestens 500 Kindern gesehen, für die jährlich eine Unterstützung notwendig ist. Derzeit beträgt die Förderungsdauer pro Kind maximal 12 Monate. Im Sinne einer Nachhaltigkeit wäre es notwendig, die Förderungsdauer zu verlängern. Die Förderung beträgt 96 Euro pro Kind und Jahr.

Der Senator für Inneres und Sport plant gemeinsam mit Bremen Marketing und anderen Organisationen, weitere Sponsoren für das Projekt „Kids in die Clubs“ zu gewinnen und das Projekt bei der Erstellung eines Sponsorenkonzeptes zu beraten, um möglichst vielen Bremer Kindern die Mitgliedschaft in einem Sportverein zu ermöglichen. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Grotheer, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Senator, teilen Sie die Auffassung, dass dieses Projekt nicht nur sportpolitisch wichtig ist, sondern dass es auch gerade für Kinder mit Migrationshintergrund ein wichtiges Projekt ist, mit dem die Integration, also die Mitgliedschaft in Sportvereinen, entscheidend gefördert werden kann?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Da teile ich Ihre Auffassung. Ich halte das für einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen und sozialen Teilhabe der Kinder aus benachteiligten Familien.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Grotheer** (SPD): Wir haben eigentlich niemanden getroffen, der dieses Projekt nicht gut findet, der es nicht begrüßt. Das ist eine tolle Sache, die die Bremer Sportjugend dort mit bislang ausschließlich privaten Geldern organisiert. Allerdings reichen die Mittel nicht aus, um dort alle Kinder einzubeziehen, die sich gemeldet haben. Deshalb die Frage an Sie als Sportsenator: Herr Senator, können Sie sich vorstellen, dass Sie sich gemeinsam mit der Sozialsenatorin auf die Suche nach öffentlichen Mitteln machen, um für das nächste Jahr eine Anschubfinanzierung ausfindig zu machen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Selbstverständlich kann ich mir das vorstellen, aber Sie wissen, wie groß die Not in beiden Ressorts ist. Wir haben jetzt aber einen Termin, ich glaube, in den nächsten 14 Tagen, zu dem wir zusammenkommen, um zu sehen, ob es nicht in unserer Stadt, in unserem Land noch weitere engagierte Menschen mit einem großen Herzen gibt, die wir dort befragen werden. Ich persönlich halte das für erfolgreicher, so gern ich mich mit meiner Kollegin hinsetze und noch einmal überlege, woher wir noch irgendwo Geld dafür bekommen könnten.

Ich finde den Gedanken unerträglich, dass wir 116 Kinder aus Familien haben, die nur deswegen nicht in den Sportverein gehen können, weil ihnen die Eltern die 9 oder 10 Euro Mitgliedsbeitrag nicht bezahlen können. Ich denke, das ist auch ein Auftrag, das nehme ich als Sportsenator und ehemals auch Beschaffer von Mitteln für einen etwas größeren Verein in dieser Stadt sehr ehrgeizig an mich, das aufzugreifen und dafür zu sorgen, dass diese Kinder in die Clubs aufgenommen werden. Das sage ich Ihnen zu, darum werde ich mich kümmern.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt 3, Zukunft der

kommunalen Kliniken in Bremen, aufrufe, darf ich auf Folgendes hinweisen: Die Fraktion Die Linke hat mitgeteilt, dass der Abgeordnete Erlanson beabsichtigt, zum Tagesordnungspunkt 3, Zukunft der kommunalen Kliniken, Große Anfrage der Fraktion der CDU, zu sprechen.

Der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft hat hierzu in seiner Sitzung am 15. November 2007 entschieden, dass die Voraussetzungen nach Artikel 84 Absatz 1 Ziffer 2 der Landesverfassung mit der Folge vorliegen, dass der Abgeordnete Erlanson an der Beratung und Entscheidung nicht mitwirken darf. Der Abgeordnete Erlanson hat daher nach Artikel 84 Absatz 4 der Landesverfassung während der Debatte den Plenarsaal zu verlassen.

Lieber Herr Kollege Erlanson, ich bitte Sie, den Plenarsaal zu verlassen!

Zukunft der kommunalen Kliniken in Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 1. Oktober 2007
(Drucksache 17/30 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Oktober 2007
(Drucksache 17/39 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Meine Damen und Herren, gemäß Paragraf 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Sehr geehrte Frau Senatorin, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten wollen.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unsere Große Anfrage heißt „Zukunft der kommunalen Kliniken in Bremen“. Auch nach dieser Antwort, liebe Kollegen, die uns hier heute vorliegt, mache ich mir weiterhin große Sorgen um die Arbeitsplätze und die Gesundheitsversorgung unserer stadtbremischen kommunalen Kliniken. Ich habe den Eindruck, dieser Senat verspielt die Zukunft unserer Kliniken.

(Beifall bei der CDU)

Seit Monaten und Jahren verspricht der Senat, die Zukunft der Kliniken zu sichern. Zahlreiche Beschlüsse liegen uns vor, aber kaum einer wird konsequent umgesetzt. Jede Antwort, die uns hier vorliegt, beinhaltet ganz allein Absichtserklärungen, in denen sich der Senat seit ewigen Zeiten berauscht, aber ich finde hier keinen Hinweis auf Umsetzung, keinen konkreten Zeitplan, wann endlich mit der Sicherung der Wirtschaftlichkeit und all den Maßnahmen begonnen wird, die Sie uns hier seit Jahren versprechen.

(Beifall bei der CDU)

In den letzten Antworten auf unsere Kleinen Anfragen im Juli 2007 heißt es - übrigens nicht nur einmal -: Wenn nicht erhebliche Gegensteuerungsmaßnahmen erfolgen, dann droht 2010 die Insolvenz. Ein weiterer Hinweis ist: Ein wesentlicher Baustein zum Erreichen der schwarzen Zahlen ist - übrigens auch mehrfach erwähnt - der Masterplan.

Nun heißt es in der Antwort auf dieses Anfrage vom Oktober 2007, ab 2011 werden für das Klinikum Bremen-Mitte positive Jahresergebnisse erwartet. Dann schreibt der Senat: Positive Jahresergebnisse werden erwartet, wenn folgende Maßnahmen ergriffen werden, zum Beispiel, wenn Personalreduzierung erfolgt. Ein paar Seiten weiter allerdings können wir dann lesen: Seit 2006 haben wir einen Zuwachs an Personal zu verzeichnen, Stand 30. Juni 2007.

Ich halte das für einen Widerspruch, liebe Kollegen. Ich finde es unerträglich, wie widersprüchlich hier Aussagen gegenüber Parlamentarier gemacht werden. Wir werden nicht ernst genommen, man will die Wahrheit offensichtlich nicht beschreiben, aber eines dürfte uns hier wohl allen klar sein: Lange können wir uns die Gegenwart nicht mehr leisten!

(Beifall bei der CDU)

Immer wieder finden wir den Hinweis in den Antworten, Projekte befinden sich in der Umsetzungs- und Entscheidungsphase. Ja, meine Damen und Herren, eben, aber seit Jahren! Doch ich möchte auch betonen, dass ich mit dieser Meinung nicht allein dastehe, wir können nun auch direkt aus den Häusern Meinungen hören. Nicht nur, dass die Mitarbeiter verunsichert sind, wohin die Reise geht, sie stellen sich natürlich die Frage, wie sicher ihr Arbeitsplatz ist und wie lange sie hier überhaupt noch überleben.

Auch der Geschäftsführer vom Klinikum Bremen-Mitte, Herr Premm, schreibt vor einigen Tagen einen Brief an die Senatorin und beklagt das Ver-

fahren. Bremermann, Hilker, die Betriebsräte, alle melden sich zu Wort und sind beunruhigt darüber, dass der Senat nichts unternimmt, die Kliniken strategisch neu aufzustellen. Ich höre jetzt schon wieder, wenn Sie berichten, was Sie alles auf den Weg gebracht haben. Ich kann nur sagen, alles Absichten, nichts ist bisher umgesetzt!

(Beifall bei der CDU)

Gehen Sie, liebe Kollegen, einmal in die Häuser! Überzeugen Sie sich bitte einmal von der Stimmung, und sehen Sie sich die Projekte an, die umgesetzt sein sollen. Interessieren Sie sich für die Gespräche, die geführt werden, erkundigen Sie sich! Sie werden so wie ich feststellen: nichts passiert seit Jahren! Ich nenne das verantwortungslos. Wir bewegen uns auf dünnem Eis, und ich kann nur sagen, der Höhepunkt der Fieberkurve ist längst erreicht.

(Beifall bei der CDU)

Alle vier Kliniken stehen nach wie vor in harter Konkurrenz, sie lassen sich nicht zusammenführen. Es fehlt die führende Hand, es fehlt der Eigentümer, der einmal auf den Tisch klopft, wenn einmal wieder drei gegen eine, zwei gegen eine, eine gegen zwei Kliniken kämpfen. Warum werden Beschlüsse wie die Zusammenlegung der EDV, die IT-Zentrale, die gebildet werden soll, um Kosten zu sparen, nicht umgesetzt? Weil wieder der Konkurrenzgedanke vor dem Einheitsgedanken vorherrscht?

Wir brauchen als Parlamentarier nicht länger Hinweise darüber, was Sie alles tun wollen, was Sie übrigens auch schon alles einrechnen, damit das wirtschaftliche Ergebnis 2011 schöngerechnet ist, wir brauchen Ergebnisse! Setzen Sie die Beschlüsse um! Ansonsten legen Sie neue vor, die Zahlen stimmen ohnehin nicht mehr. Die Effekte aus dem Masterplan sollten Sie vielleicht so langsam herausrechnen, die können sich nämlich zeitnah gar nicht mehr einstellen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Erinnerung möchte ich auch noch einmal auf einen Beschluss einer Senatsvorlage vom 27. Juni 2006 hinweisen. Darin steht, dass das Ressort von Frau Rosenkötter eine aktualisierte Vorlage vorlegen muss, wenn die Ziele - die dort übrigens eindeutig formuliert sind - nicht erreicht werden, wenn das Ergebnis gefährdet ist. Ich sehe nicht, dass Sie hier Ihrer Verpflichtung nachgekommen sind.

Wie immer beschreibt der Senat in der uns hier nun vorliegenden Antwort auf die Frage nach der

Zukunft der Kliniken lediglich Absichten. Er verspricht seit Monaten, übrigens nachzulesen in vielen Protokollen von Ausschüssen und auch in den Plenarprotokollen, dass die Geschäftsführungspositionen nachbesetzt werden. Dass das kurz bevorsteht, das kann man bereits 2006 nachlesen. Frau Senatorin Rosenkötter, teilen Sie uns einmal mit, wann Sie die Geschäftsführungsposition nachbesetzen werden! Wie viele Kandidaten haben Sie? Es heißt, Sie besetzen noch im November. Vielleicht können Sie dazu heute einmal Stellung nehmen, Ihr Ressort hatte doch jetzt 20 Monate Zeit dazu.

(Beifall bei der CDU)

Wir können ebenfalls in einer Reihe von Protokollen nachlesen, dass das PPP-Modell der einzige Weg für die Zukunft ist, die Standortsicherungserklärung in Arbeit ist, dass der Masterplan der notwendigste Baustein im Gesamtkonzept ist. Genau dazu - zum PPP-Modell und auch zum Personalbinnenmarkt - möchte ich noch ein paar Sätze sagen.

Zum PPP-Verfahren ist Folgendes zu sagen: Im Februar 2007 kündigte Frau Senatorin Rosenkötter in einem Schreiben an, dass die Ergebnisse des Bieterverfahrens im Juni 2007 vorliegen werden. Im selben Schreiben spricht sie sich dafür aus, die Holding zu stärken und weiterzuentwickeln, es gebe zu wenig Miteinander der Einzelkliniken, die Rolle des Holding-Geschäftsführers müsste gestärkt werden, und im Mittelpunkt steht der Personalbinnenmarkt. - Ja, recht hat Sie! Und was ist Ihre Konsequenz aus dieser Erkenntnis, sehr geehrte Frau Senatorin Rosenkötter? Sie vertreten den Eigentümer, der hat Pflichten, der kann, wenn er will!

(Beifall bei der CDU)

Zum Personalbinnenmarkt bleibt zu sagen: Bis heute sind die Kliniken nicht in der Lage, Personal von einer Klinik in die andere zu versetzen. Wie sollen Konzentration und Synergien bitte erfolgen, wenn der Personalbinnenmarkt sich nicht realisieren lässt? Am 24. Januar 2006 hat Frau Senatorin Röpke in ihrer Rede gesagt, dass sie ein Gesamtkonzept, einen Personalentwicklungsplan verabschiedet habe, und die Vorbereitungen für einen Personalbinnenmarkt liefen. Am 1. Dezember 2006 wurden dann die Tarifverhandlungen ergebnislos auf unbestimmte Zeit verschoben.

Sie, Frau Senatorin Rosenkötter, haben im Dezember 2006 auf eine Anfrage in der Fragestunde gesagt, dass Sie in Gesprächen mit dem Klinikum Bremen-Mitte ein wesentliches Stück weiter gekommen seien. Heute in Ihrer Antwort auf Anfrage

7, die uns heute vorliegt - Stand Oktober 2007 -, sagen Sie, es würden Sondierungsgespräche geführt. Hierbei, schreiben Sie, „sollen Lösungen erarbeitet werden“. Ganz großartig, kann ich nur sagen!

Einen Punkt möchte ich noch erwähnen: In einer der letzten Anfragen habe ich immer wieder nachgefragt, was der Senat von der Konzentrierung der Krankenhäuser hält, das heißt der Einheitsgesellschaft. Darauf antwortet der Senat: Ja, die Durchgriffsmöglichkeit wäre dann gegeben. Das heißt, Entscheidungen können direkter umgesetzt werden, nur sieht der Senat das Problem darin, dass so eine Konstruktion bei den Mitarbeitern den Verlust an produktivem Engagement hervorruft. Also, ich muss wirklich fragen: Hat das jeder gelesen? Das halte ich für eine ungerechtfertigte Behauptung über die Arbeitsmoral von Mitarbeitern.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe doch sehr, dass diese Mitarbeiter immer verantwortungsbewusst arbeiten, egal, ob sie für eine Gruppe arbeiten oder für eine Gesellschaft oder für wen auch immer. Dann möchte ich noch hinzufügen: Ob die Ungewissheit über die wirtschaftliche Zukunft der Kliniken heute eigentlich die effektivere Produktivität hervorruft, das mag doch dahingestellt sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich kann nur sagen, der Senat verspielt die Zukunft und die Selbstständigkeit unserer kommunalen Kliniken. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Brumma.

Abg. **Brumma** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir kommen die Tränen, wenn ich das höre. Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Sie waren auch im Aufsichtsrat.

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Sie auch!)

Sie hatten Senatoren von Ihrer Bank dort im Aufsichtsrat; Herr Kastendiek, Herr Eckhoff, Frau Kramer, Herr Gloystein,

(Zuruf der Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU])

sie waren alle im Aufsichtsrat, sie hätten dort ja auch mehr bewegen können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe von der CDU)

Aber worum geht es Ihnen? Ihnen geht es doch permanent um eine Skandalisierung, bei jedem Wort im letzten Krankenhausausschuss, in der Presse fiel das Wort „Skandal“. Ich finde, Sie sollten von diesen Inszenierungen abrücken, denn sie nutzen sich auf Dauer ab, und der Schaden bleibt bei den kommunalen Krankenhäusern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber vielleicht ist das Ihre Langfriststrategie, die kommunalen Krankenhäuser in eine materielle Privatisierung zu treiben. Dieses Ziel wurde bereits im Februar von Herrn Eckhoff im Untersuchungsausschuss genannt und bestätigt. Anderslautende Wahlaussagen kann ich hier nur als Lippenbekenntnisse sehen. Wir als Sozialdemokraten wollen keine materielle Privatisierung!

(Beifall bei der SPD)

Privatisierung löst keine Probleme, sondern sie werden nur kurzfristig verkauft.

(Zuruf von der CDU: Thema!)

Das ist das Thema! Das ist Ihre Langfriststrategie!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Müssen Sie ja wissen!)

Schauen Sie doch nach Hamburg, da haben wir das Chaos par excellence! Die Beschäftigten laufen den privatisierten Kliniken weg, der Staat muss für sie Tausend Stellen in der Verwaltung schaffen, und die Kliniken bekommen Qualitätsprobleme. Der Verkauf der Kliniken hat dort der Gemeinde nichts gebracht, zukünftige Investitionen wurden gegengerechnet, und der Hamburger Senat muss die Pensionslasten tragen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: In Saudi-Arabien!)

Ja, in Saudi-Arabien haben wir auch Patienten, Herr Röwekamp. Doch nun zur Zukunft unserer Kliniken!

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Sie sind in Bremen mit 8 000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber. Trotz qualitativ hochwertiger Arbeit sind sie in einer schwierigen Situation. Es ist ein bundesweites Phänomen, denn es gibt immer weniger Krankenhäuser, in denen immer mehr Patienten an weniger Tagen behandelt werden. Ich kann nur sagen, 35 Häuser wurden bundesweit geschlossen.

Die Gefahr besteht, das wollen wir nicht verneinen. Aber auf der anderen Seite wird die Versorgung in Kliniken immer besser, das sieht man in Bremen, wenn man die Qualitätsberichte liest, und nur mit der Qualität können sie auch im Wettbewerb bestehen.

Die Kostenbelastung ist überall gestiegen und wird in den kommenden Jahren weiter steigen. So sind in diesem Jahr, die höheren Kosten durch die Tarifrunde mit dem Marburger Bund, die Energiepreise, Mehrwertsteuererhöhung, auch höhere Sachkosten und ein Sanierungsbeitrag angefallen. Das ist eine Belastung auch für unsere Kliniken. Insgesamt sind die Kosten bei den Krankenhäusern im Land Bremen um 3,2 Prozent gestiegen, in Niedersachsen sogar um 4,2 Prozent. Bundesweit liegen wir mit unseren Häusern im Mittelfeld, aber, wie gesagt, das ist eine schwierige Gemengelage.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Jetzt zur Lösung!)

Im Gegensatz zu den kommunalen Kliniken werden aber auch die freigemeinnützigen Krankenhäuser mit diesen Kosten belastet. Sie haben einen Vorteil, das sind die Pensionslasten, denn diese müssen natürlich nur die kommunalen Häuser erwirtschaften.

Was wird zunächst getan? Wir haben die strafrechtlichen Aufräumungsarbeiten wegen der Lindner-Affäre durchgeführt. In diesem Zusammenhang muss gesagt werden, dass er heute zu vier Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt wurde. Es zeigt sich, dass wir gegen hochkriminelle Energie entschieden vorgehen.

(Zurufe von der CDU)

Ja, es gab einen Untersuchungsausschuss, dort wurde aufgeklärt, wir haben uns nie dagegen gestraut, wir waren für Transparenz und sind es auch heute noch. Neben diesen Aufräumungsarbeiten haben wir die Strukturen verändert. Wir haben eine bessere zentrale Steuerung etabliert mit weitgehend dezentralen Strukturen im operativen Bereich. Man muss bei dieser ganzen Sache auch steuerliche Gründe berücksichtigen.

(Zuruf der Abg. Frau Ahrens [CDU])

Meine Damen und Herren, für die zukünftigen Herausforderungen gibt es für uns sechs Punkte: Wir sagen als Fraktion, wir müssen die Produktivität insgesamt heben und auch die Qualität auf einem hohem Niveau absichern beziehungsweise verbessern. Auch muss dies immer transparent kommuniziert werden. Hier gibt es Ansätze mit dem Klinikführer und den Zertifizierungen in den

Krankenhäusern. Personal wird nicht zusätzlich eingestellt trotz neuer Arbeitszeitverordnungen durch die EU. Also, hier wird einiges getan. Der Personalbinnenmarkt steht vor seinem Abschluss.

Zweiter Punkt: Wir müssen ambulante, stationäre und nachstationäre Sektoren verknüpfen. Wir haben Ärztehäuser links der Weser und in Bremen-Nord, hier sind andere Häuser angedockt. Hier gibt es Fortschritt, wir haben Reha-Stationen eröffnet und betreiben sie erfolgreich.

Punkt drei: Die Kliniken müssen die Leistungen gemeinsam erbringen. Es wurden Disziplinen verschmolzen, das haben wir getan, es gibt den Masterplan für das Krankenhaus Bremen-Mitte. Allerdings muss die Finanzierung juristisch noch abgeklopft werden, und wie ich weiß, wird in dieser Woche eine juristische Stellungnahme eingeholt. Dann müssen wir die Ergebnisse bewerten und entscheiden. Ich bin hier für große Sorgfalt. Wir haben immer gesagt, der Rechnungshof soll diesen Prozess begleiten, wir wollen hier keine Schnellschüsse, denn wir haben bei Großprojekten in der Vergangenheit einige Schnellschüsse erlebt, die nach hinten losgegangen sind. Hier ist äußerste Sorgfalt gefordert.

Klinikübergreifende Projekte wie Zentraleinkauf, Einkaufsverbund, Verbundradiologie, Zentral-IT befinden sich in der Umsetzungsphase,

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Wo ist es denn?)

und dort muss eben auch das Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetz berücksichtigt werden, es geht nicht einfach so. Dafür haben wir diese Gesetze!

Ein vierter Punkt, der ganz wichtig ist, ist die Verbesserung der Einnahmesituation der Häuser. Dazu sagen wir: Kaufmännisches und medizinisches Personal muss gezielt Patientengruppen, niedergelassene Ärzte und Kostenträger von seinen Einrichtungen überzeugen.

Das ist ein Weg, auch hier die Einnahmen zu stabilisieren. Dazu gibt es die ersten Maßnahmen. Sie kennen sicher die Veranstaltungen, die von der GeNo für Patienten durchgeführt werden. Ich finde, das ist erfolgreich und sollte so weitergemacht werden, damit die Einnahmesituation verbessert wird.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Niemand will eine Mauer bauen! - Abg. Dr. Sieling [SPD]: Dann nehmen Sie sie aus Ihren Köpfen!)

Dann machen Sie sich einmal frei!

Fünftens: Insgesamt sagen wir, das Management muss schnell arbeiten und muss dadurch - gegenüber den Mitbewerbern - zeitliche Vorteile erzielen, aber wie gesagt: Die Qualität muss auch immer wieder zurückgekoppelt werden, externe und interne Qualitätssicherung ist wichtig für die Patientenversorgung. Wenn wir hier auf einem hohen Niveau bleiben, können wir mit unseren kommunalen Kliniken am Markt bestehen.

Wir werden das Klinikthema im Krankenhausausschuss permanent begleiten. Dort wurde uns mitgeteilt, dass es in Bezug auf die Besetzung der Stellen im Management bis Ende des Jahres Ergebnisse geben soll, das geht nicht von heute auf morgen. Der Markt ist nicht gerade reichlich gesät, aber man muss gute Leute finden. Wir haben hier Erfahrungen gesammelt, bei denen es nicht der Fall war.

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Wer hat den damals eingestellt?)

Nun, von Ihnen wurde bei der Einstellung auch nicht widersprochen.

(Zurufe von der CDU)

Sie können ja die Protokolle nachlesen!

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben allerdings ein großes Problem, das sind die Investitionen. Nach dem gegenwärtigen dualen System sind wir als Land verpflichtet, die Investitionen in den Krankenhäusern durchzuführen, und unter den gegenwärtigen Haushaltsbedingungen ist das natürlich sehr schwierig und erfordert einen großen Kraftakt. Deswegen werden wir versuchen, der Landeskrankenhausplanung neue gesetzliche Wurzeln zu geben. Wir wollen vereinfachte, verkürzte Planungsverfahren, mehr Gestaltungsspielraum für die Krankenhäuser und Krankenkassen, eine fachlich gerechte und nachvollziehbare Krankenhausförderung und weniger Bürokratie.

Mit den Eckpunkten für ein derartiges Gesetz werden wir uns zu Beginn des Jahres beschäftigen. Gleichzeitig wird immer wieder der Masterplan für das Klinikum Bremen-Mitte und eventuell ein neuer Businessplan bis 2015 auf unserer Agenda stehen. Wir werden den Prozess begleiten, und ich hoffe, dass Sie wieder zu einer Sacharbeit zurückkehren und wir dann gemeinsam die Zukunft unserer kommunalen Kliniken positiv gestalten. - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich recht herzlich auf der Besuchertribüne eine Gruppe von Senioren der FDP.

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möllenstädt.

Abg. **Möllenstädt (FDP)*:** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Zukunft des Klinikverbundes Gesundheit-Nord unter kommunaler Trägerschaft ist zweifelsohne akut gefährdet. Ich finde es richtig, dass wir heute darüber debattieren, und ich wäre auch dankbar, wenn es sich nicht auf Aneinanderreihungen von Absichtserklärungen und Allgemeinplätzen reduzieren würde, so wie es in dem vorhergehenden Redebeitrag der Fall war.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Senat hat ein halbes Jahr Zeit ins Land gehen lassen und keines der Probleme des Klinikverbundes einer Lösung wirklich auch nur ansatzweise nähergebracht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wichtige Führungspositionen bei der GeNo sind nach wie vor nicht besetzt, im Gegenteil, der Abgang eines weiteren Geschäftsführers, man stelle es sich einmal vor, konnte nur durch das persönliche Intervenieren des Bürgermeisters abgewendet werden. Der dringend erforderliche Personalinnenmarkt ist nicht in Sicht. Der Senat führt Sondierungsgespräche, wie wir der Vorlage entnehmen dürfen, ein gemeinsames IT-Konzept steht immer noch ganz am Anfang. Es wird allerdings hier schon als Erfolg bewertet, dass sich die einzelnen Klinika überhaupt miteinander darüber unterhalten.

Im Oktober fand im Rathaus ein sogenanntes Geheimtreffen, unter Zuziehung von Juristen, statt, um zu klären, ob Bremen jetzt noch obendrein aufgrund von Fehlern im Vergabeverfahren an potenzielle Investoren Schadenersatz zahlen muss. In den Medien ist von Geheimpapieren die Rede. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist Zeit, dass wir über dieses Thema hier reden, und wir sollten das noch viel öfter in diesem Haus tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ja, Herr Kollege Brumma, wir, die liberale Partei in Bremen und Bremerhaven, sind überzeugt, dass der Weg der Privatisierung der einzelnen Klinika der einzig richtige ist, um auch auf lange Sicht Beschäftigungen und eine hervorragende medizinische Versorgung zu vertretbaren Kosten für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler und die Patienten insgesamt zu erreichen.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Da gibt es ja auch viele Beispiele!)

Zwei der vier Klinika sind bereits, das darf man auch sagen, sehr gut im Wettbewerb aufgestellt. Hier spricht überhaupt nichts gegen einen kurzfristigen Übergang der Trägerschaft zum Beispiel auf einen gemeinnützigen oder privaten Träger.

(Beifall bei der FDP)

Insbesondere die gemeinnützigen Träger sind bereits in Bremen sehr erfolgreich. Die Klinika Links der Weser und Nord sind heute nur noch zur Quersubventionierung der Verluste der beiden anderen Klinika im Verbund. Der Weg zu einer Abgabe der kommunalen Trägerschaft und der Gewinnung privater Akteure auch für den Betrieb kam für den rot-grünen Senat von vornherein nicht in Betracht. Sie wissen aber genau, dass das Klinikum Bremen-Mitte angesichts eines enormen Investitionsbedarfs und veränderter bundesgesetzlicher Rahmenbedingungen, Herr Kollege Brumma hat es eben aufgeführt, letztlich ohne private Investoren nicht einmal mehr zwei Jahre auskommt. Von mindestens 200 Millionen Euro Investitionssumme ist in Bremen offiziell die Rede, Experten rechnen aber bereits damit, dass in etwa der doppelte Betrag für den Neubau im Klinikum Bremen-Mitte erforderlich sein dürfte.

Dennoch, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, soll der private Partner im Rahmen der sogenannten PPP-Lösung nur Leistungsbereiche außerhalb der medizinischen und pflegerischen Aufgaben wahrnehmen. Jeder private Investor, der Investitionen in dieser Höhe einbringt, jedoch von sämtlichen strategischen Entscheidungen des Klinikums Bremen-Mitte ausgeschlossen wird, muss sich entsprechend absichern, was im Ergebnis dazu führt, dass einmal mehr für Bremen sehr riskante langfristige Verträge abgeschlossen werden sollen. Wir haben heute bereits über einen solchen anderen Fall gesprochen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Bremen soll für eine Dauer von 30 Jahren das Klinikum gegen alle Unwägbarkeiten dieser Welt verteidigen, um einem privaten Investor die Refinanzierung seiner Investitionen zu garantieren. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, das kann doch nicht Ihr Ernst sein!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Konsequenzen für die übrigen Häuser sind indes völlig unklar. Wir als Liberale sind überzeugt, der aufgelöste Wettbewerb im Gesundheitssektor verlangt es, dass Bremen sich von seiner Rolle als Gesellschafter der GeNo verabschiedet. Wenn dieser Senat diesen Schritt jetzt nicht geht, wird Bremen in Zukunft und in künftigen Jahren gegenüber privaten Investoren in einer noch schlechteren Verhandlungsposition sein.

Noch ein Wort zur Rolle der CDU in diesem Zusammenhang! Ohne die Entscheidungen, die während der Zeit der Großen Koalition getroffen wurden, gäbe es viele der Probleme, die wir hier heute diskutieren, gar nicht. Sie tun so, als hätten Sie von all dem nichts gewusst, als wären Sie nicht dabei gewesen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich kann Ihnen nur sagen: Mir scheint das ein Fall von kollektiver Amnesie zu sein, vielleicht sind es auch die Vorboten des demografischen Wandels, man weiß es nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich nehme Ihnen auch nicht ab, dass Sie sich ernsthaft Sorgen machen, sonst würden Sie sich in den letzten Wochen anders verhalten haben. Mit dem Klamauk, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, stehen Sie an dieser Stelle einer ernsthaften Befassung mit der Zukunft der Krankenhauslandschaft Bremens eher im Wege, als dass Sie ihr den Weg bereiten würden. Ich denke, Ihr Ziel ist eher, den Boulevardjournalismus an einer großen Regionalzeitung zu bedienen, als hier wirkliche sachliche Beiträge zur Diskussion zu liefern.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, mir ist völlig unklar, mit welchem Anspruch ausgerechnet Sie, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, sich hier derartig weit aus dem Fenster lehnen. Die Wahrheit ist doch, dass kriminelle Machenschaften stattfinden konnten, ist

auch das Versagen des Aufsichtsrates der Klinik-Holding, deutlicher: Es ist auch Ihrem fahrlässigen Verhalten in Ihrer Eigenschaft als Aufsichtsrätin der Gesundheit-Nord zuzuschreiben. Das hat auch der Untersuchungsausschuss so gesehen. Lesen Sie es doch nach! 130 Seiten!

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Ja! - Zurufe von der CDU: Ja, lesen Sie! Genauer hinschauen!)

Ich sehe einmal davon ab, hier abschnittsweise daraus zu zitieren. Während die damalige Senatorin die Verantwortung hier übernommen hat -

(Zurufe von der CDU)

ja, ja, das Geschrei hilft Ihnen jetzt auch nicht weiter! -,

versuchen Sie an dieser Stelle, sich noch als selbsternanntes gesundheitspolitisches Gewissen des Senats zu profilieren. Die Wahrheit ist, mit Ihrem Verhalten schaden Sie dem Ruf der GeNo, den Beschäftigten und der Zukunft des Gesundheitsstandortes Bremens insgesamt!

(Zuruf des Abg. Strohmann [CDU])

Gegen kluge Fragen spricht nichts, aber die Menschen erwarten zu Recht von uns Parlamentariern eine sorgfältige Debatte und Lösungen, die funktionieren, und nicht billigen Klamauk. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Tat, wie ich finde, ein für Bremen, für die Stadtgemeinde Bremen, sehr ernstes Thema, wie wir mit vier kommunalen Kliniken mit über 8000 Beschäftigten, mit sehr vielen Patienten, mit einem großen Faktor für die Gesundheitsversorgung in Bremen, aber auch natürlich als großer wirtschaftlicher und sozialer Faktor umgehen. Ich glaube, dass es in der Tat berechtigt ist, dass wir uns diese Situation in den kommunalen Kliniken noch einmal genauer ansehen.

Die Entwicklungen der Kliniken sind natürlich nicht nur durch hausgemachte Probleme - auf die komme ich gleich noch einmal zurück -, sondern

*) Vom Redner nicht überprüft.

vor allen Dingen durch eine bundesweite Entwicklung der Kosten, der Strukturen im Gesundheitswesen, der diversen Gesundheitsreformen, diversen Regierungen sozusagen völlig verändert worden.

Natürlich müssen wir uns aufstellen mit unseren kommunalen Kliniken und uns diesen Herausforderungen, die von außen auf uns zukommen - auf die anderen komme ich gleich -, stellen. Das heißt auch, dass die grüne Fraktion ganz klar dazu steht, und wir haben in unserem Wahlprogramm klare Aussagen getroffen, diese vier kommunalen Kliniken zu erhalten und sie nicht, im Unterschied zu Herrn Möllenstädt und der FDP, zu privatisieren und dass wir hier mit einer ganz klaren Position sowohl als Opposition als auch als Regierungsfraktion in diese Auseinandersetzung gehen.

Dieser Punkt heißt auch, dass wir natürlich, wenn wir sie erhalten wollen, und hier teile ich die Sorge, dass wir dann konsequent auch handeln müssen, wenn wir sie als kommunale Kliniken erhalten, sie auch in die Lage versetzen müssen, sich wirtschaftlich unter den veränderten Bedingungen am Markt zu halten. Genau an diesem Punkt stehen wir im Moment, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ein zweiter, eher hausgemachter Faktor, der die Entwicklung unserer kommunalen Kliniken sehr stark beeinflusst hat, war in der Tat der Klinikskandal. Ich finde, dass man das auch nicht vergessen darf. Wir haben hier einen von allen in Bremen, aber auch darum herum sehr gelobten Untersuchungsausschuss gehabt, der sich wirklich, und das ist jetzt der Unterschied zu dem Verlauf der Debatte bisher, ernsthaft bemüht hat, Antworten zu finden auf das, was da passieren konnte in Verantwortung der früheren Hausspitze des Senators für Gesundheit und aller derjenigen, die sozusagen Verantwortung trugen, auch aus diesem Hause hier, meine eigene Fraktion und alle anderen Fraktionen mit eingeschlossen. Diese haben sehr viel Verantwortung getragen. Diesem Thema müssen wir uns stellen.

Wir sehen heute bei der Thematisierung, Sie haben es angesprochen, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, der Besetzung der Stellen, wie weit der Klinikskandal in seinen Folgen reicht. Es ist natürlich klar, dass eine solch lange Vakanz von Geschäftsführerstellen, wie wir sie im Moment haben, nur zu erklären ist vor dem konkreten Hintergrund, was hier in Bremen passiert ist. Wir haben gehört, dass heute das Urteil gesprochen wurde. Es ist ein individuelles Urteil für jemanden, der

sich dort strafbar gemacht hat, aber die Konsequenzen, die wir heute noch zu tragen haben - das ist natürlich jetzt diese Regierung, die sie tragen muss - gehen weit über das individuelle Fehlverhalten von zwei Krankenhausmanagern hinaus, meine Damen und Herren.

Wir haben also, wenn wir diese beiden Faktoren in Betracht ziehen, welchen sich die kommunalen Kliniken in Bremen stellen müssen, mehrere Themen, die heute auch schon angesprochen wurden, zu denen ich konkret etwas sagen möchte. Das Erste, habe ich am Ende gerade gesagt, ist die Besetzung der Stellen der Geschäftsführer sowohl der Holding als auch der Einzelkliniken. Ich kann ganz klar sagen, dass ich davon ausgehe, dass die lange Dauer der Vakanz, und ich finde, man kann es hier ganz offen sagen, ein großes Problem darstellt. Das finde ich gar nichts Besonderes, sondern das ist natürlich richtig, fachlich und sachlich, dass, wenn Geschäftsführerposten über eine so lange Dauer nicht besetzt sind, wir in diesem System ein großes Problem haben.

Ich gehe davon aus, dass der Senat teilweise noch in diesem Monat, teilweise noch in diesem Jahr diese Probleme löst, die geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten findet und die Stellen dann entsprechend besetzt und dass wir dann, wenn diese Stellen wieder besetzt sind, wesentlich besser aufgestellt sind, uns diesen Herausforderungen auch zu stellen.

Das ist eine Erwartung, denke ich einmal, des gesamten Parlaments, die wir heute dem Senat mitgeben können. Da besteht auch gar kein Unterschied zwischen Opposition und Regierungsfraktion. Diese Stellen müssen besetzt werden, die Betreffenden müssen sorgfältig ausgesucht werden, aber die Stellen müssen im Rahmen dieser Sorgfalt so schnell wie möglich besetzt werden. Dem kann sich hier doch das ganze Haus anschließen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Etwas schwieriger ist der zweite Problembereich der einzelnen Strukturprobleme, die auch zwischen Holding und den einzelnen Kliniken und all den Dingen, die dort laufen, angesprochen worden sind.

In der Tat ist es nicht richtig, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, wenn Sie sagen, hier habe es nur Absichtserklärungen gegeben, und sonst sei nichts passiert. Es hat natürlich Entscheidungen über die Struktur zwischen Holding und Einzelkliniken gegeben. Es gibt viele Dinge, die dort längst in Be-

wegung gesetzt worden sind. Die Antwort des Senats gibt hierzu auch Auskunft. Ich finde aber, Sie haben einen wichtigen Punkt angesprochen, wenn Sie sagen, hier seien viele Dinge, die noch im Verfahren sind, noch nicht zu Ende gebracht und noch nicht gelöst. Diese Sorge teilen wir an dieser Stelle auch.

Dazu gehört natürlich die Frage des Personalinnenmarkts, die am Ende gelöst werden muss, und zwar nicht gegen die Personalvertretung, die Sie hier ein bisschen als Problem dargestellt haben, sondern man muss das in dem, was uns durch das Bremische Personalvertretungsgesetz überrollt, seit der Personalrat sich in den gGmbHs in einen Betriebsrat umgewandelt hat, gemeinsam - Geschäftsführung und Beschäftigte - lösen.

Ich kann auch hier nur appellieren, dass wir möglichst schnell die Fragen Personalinnenmarkt und IT-Support, der Investitionsentscheidungen und der Zusammenarbeit in vielen anderen Kleinfällen - das kennen Sie ja, dass hier auch sehr viele Details zwischen Holding und Einzelkliniken zu regeln sind - möglichst schnell entscheiden, weil dann alle vier Häuser, um die es hier geht, davon profitieren werden. Auch hierauf sollte das Parlament einen Nachdruck legen, dass es sorgfältig, gemeinsam und zügig - ich finde, der Faktor Zeit ist angesichts der Jahre 2010 und 2011 in der Tat ein Problem, das auf uns zukommt - zu Entscheidungen kommt und dass auch der Faktor Zeit hier berücksichtigt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es bleibt der letzte Punkt, der sicherlich der schwierigste ist, weil diese Regierung ein Problem geerbt hat, das niemand auch nur geschenkt haben möchte, nämlich über die Tatsache zu entscheiden, dass wir eindeutig dafür sind, dass das Klinikum Bremen-Mitte umgebaut, umgestaltet wird, dass die Pavillonstruktur geändert wird hin zu einem kompakten Bau an der Bismarckstraße und dass der Masterplan umgesetzt wird. Das ist der Konsens. Aber die schwierige Frage ist, wie wir diesen Umbau finanzieren. Wie finanzieren wir diesen Konsens? Dies ist in der Tat so hoch verrechtlicht - Sie haben sich sicherlich auch damit beschäftigt -, das ist inzwischen ein so kompliziertes Problem, dass viele Sachverständige, Stimmen und kluge Geister sich an diesem Problem versuchen. Das versteht man jetzt.

Es gilt, dass wir natürlich umso früher mit den Problemen konfrontiert werden, die ab 2010 und danach für das Klinikum Bremen-Mitte vorhergesagt werden, je später wir zu einer Entscheidung kommen. Auch hier plädiere ich im Namen meiner

Fraktion dafür, dass der Faktor Zeit selbstverständlich eine ganz entscheidende Rolle spielt, die wir nicht einfach ausklammern können.

Zu den restlichen Fragen, die sich nun um die Fragen PPP-Finanzierung, Standortsicherungserklärung, Bürgerschaft und so weiter ranken, kann man in der Tat an dieser Stelle zu den Einzelheiten wenig sagen. Das ist ja das Verfahren - das im Übrigen vom alten Senat in Gang gesetzt worden ist, an dem Sie sozusagen als Teil dieses Verfahrens beteiligt waren -, dass bestimmte Dinge der Geheimhaltung unterliegen, dass bestimmte Folgen eintreten, wenn sie denn öffentlich gemacht werden. Dann dürfen Sie das uns und auch dem Senat nicht vorwerfen, dass er sie nicht veröffentlicht. Hinterher können Sie ihn dann dafür kritisieren, dass er für irgendwelche Vertragsverletzungen Strafe zahlen muss dafür, dass er es veröffentlicht hat. Vorher wollen Sie es gern öffentlich hören. Das ist auch ein bisschen schizophran! Davon bitte ich Sie auch in Zukunft Abstand zu nehmen, sehr verehrte Frau Dr. Mohr-Lüllmann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich glaube, dass hier eine klare Entscheidung zu treffen ist. Die Fraktion und insgesamt die Partei der Grünen hat eine sehr intensive Auseinandersetzung vor der Wahl gehabt - die Sie vielleicht öffentlich verfolgt haben -, um eine klare Wahlausage zu treffen. Sie hat sich nicht einmütig, weil es hier viele verschiedene Stimmen gibt, aber dann doch klar mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass für die Kliniken und auch für Bremen in dem PPP-Modell ein höheres Risiko liegt und dass wir immer noch glauben, dass eine reguläre Finanzierung ohne die Beteiligung privater Investoren möglich ist.

Wir stecken aber nun mitten in einem Verfahren. Es wird sehr fraglich sein, wie man mit diesem Verfahren umgeht. Es gibt nur zwei Alternativen: Entweder führt man dieses Verfahren auch mit den privaten Investoren zügig erfolgreich zum Ende, oder wenn das nicht geht oder aufgrund der gutachterlichen Stellungnahmen nicht wirtschaftlich für die Kliniken und für Bremen zu machen ist, dann ist es zwingend erforderlich, dass wir zu einer anderen Finanzierung, zu einer Eigenfinanzierung kommen und der Senat auch hinter einer solchen Alternative steht.

Das muss in den nächsten Wochen klar entschieden werden. Meines Erachtens werden wir noch heute oder in den nächsten Tagen das Ergebnis des entsprechenden Rechtsgutachtens zu erwarten haben. Ich glaube, dass wir dann eine klare

Entscheidung zwischen diesen beiden Modellen treffen müssen.

Das Einzige, das in dieser Entscheidung nicht zur Disposition steht - zur Disposition stehen der Weg der Finanzierung und die Vorgabe der größeren Wirtschaftlichkeit -, ist Folgendes: Wir können auf den Masterplan, auf den Umbau in Bremen-Mitte nicht verzichten, wie auch immer er finanziert wird! Das formuliert sozusagen die Erwartungshaltung auch der Fraktion der Grünen in den kommenden Wochen. - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zuerst ein Grußwort von Peter Erlanson, der jetzt leider nicht spricht! „Auch nach meinem Rausschmiss müssen Sie sich mit meinem Geist befassen, und Sie dürfen sich sicher sein, dass ich mit meinen besten Wünschen für die Sache den vier kommunalen Klinika draußen beim Radio oder via Bildschirm bei Ihnen bin. Vielen Dank für die relativ große Geduld, mit der Sie diesen Gruß entgegengenommen haben!“

Ich verlese nun die Rede von Peter Erlanson, die ich mir vollständig zueigen mache, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der Linken - Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Können Sie keine eigenen Worte finden? - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das von der Geschäftsordnung gedeckt?)

Keine Sorge, ich kenne mich auch ein Stück weit aus! Wir können dies in der Diskussion noch vertiefen.

Richtig an den Darstellungen von Frau Mohr-Lüllmann ist, dass sich der Klinikverbund monetär in einer prekären Lage befindet, aber halt: nicht der ganze Klinikverbund! Wie Herr Röwekamp im „Weser-Kurier“ vom 16. November schon richtig bemerkt hat, muss das Klinikum Mitte bei einem Eigenkapital von 52 Millionen Euro einen Kontokorrentkredit in Höhe von 40 Millionen Euro in Anspruch nehmen. Am Ende des Jahres sollen es ähnlich wie im Vorjahr offiziell 5 bis 6 Millionen Euro Verlust sein. Das Klinikum Bremen-Ost musste Droh-Verlustrückstellungen in Höhe von

15 Millionen Euro wegen der Machenschaften seines kriminellen Geschäftsführers anzeigen. Eine ganze Reihe dieser Verluste erweist sich zum Glück als leere Drohungen, das Klinikum Bremen-Ost ist also wieder auf einem guten Weg. Das Klinikum Links der Weser geht seit Jahren das erste Mal mit einem nur kleinen Überschuss von einer halben Million Euro in das nächste Jahr. Das Klinikum Bremen-Nord weist, wie übrigens kontinuierlich über die letzten Jahre, eine satte schwarze Null aus.

Richtig ist also, wenn man von der Zukunft der kommunalen Kliniken reden will, muss man zuallererst über die Zukunft des Klinikums Bremen-Mitte reden. Was ist also los mit dem großen Krankenhaus in der Mitte von Bremen? Die Antwort lautet: Die Bauart des Krankenhauses, nämlich viele auf dem großen Gelände verteilte Pavillons, führt unweigerlich zu Unwirtschaftlichkeit - eine Erkenntnis, die nicht neu ist. Schon vor Jahren hatten Wirtschaftsprüfer dem damaligen Verwaltungsdirektor Spindler bescheinigt, dass 10 Millionen DM Verlust bei einer Bauweise wie dieser ein durchaus hinnehmbares Ergebnis seien. Ich kann ergänzen: Aus dem Krankenhausausschuss haben wir anerkennende Worte von Prüfungen bezüglich der Arbeitsweise des Klinikums Mitte ebenfalls zu hören bekommen in jüngerer Zeit.

Inzwischen hat das Klinikum Bremen-Mitte mit dem Beginn der Privatisierung der Zentralkrankenhäuser für sich einen sogenannten Masterplan entwickelt. Grob vereinfacht sagt er, dass auf baulicher Seite zwei Drittel der Bauten und des Geländes gesprengt würden und ein Drittel mehr oder minder verdichtet neu gebaut würde. Auf der organisatorischen Seite soll ein interdisziplinärer und Berufsgruppen übergreifender Workflow baulich und EDV-unterstützt generiert werden, Doppelarbeiten und Schnittstellenprobleme werden der Vergangenheit angehören - ein ehrgeiziges Projekt, das in der Bundesrepublik, aber auch im Ausland noch nirgends so realisiert ist. Auf jeden Fall sollen durch diesen Neubau und die Organisationsformen die heutigen Strukturdefizite behoben werden. Das Klinikum soll ab 2010 pro Jahr 30 Millionen Euro Gewinn machen. Doch wer soll diesen Umbau bezahlen?

Sehr geehrte Damen und Herren, hier wird es nun spannend! In Bremen gibt es wie in allen anderen Ländern ein Krankenhausfinanzierungsgesetz, KHG. Nach diesem KHG finanzieren die Krankenkassen das operative Geschäft, die Länder und die Kommunen finanzieren die Investitionen. Der Neubau müsste also von Bremen finanziert werden, doch weder Gesundheitssenatorin Röpke noch Frau Rosenkötter waren bisher bereit, diese

*) Vom Redner nicht überprüft.

gesetzlich vorgeschriebene Finanzierung zu tätigen.

Das ist aus unserer Sicht das Problem! Ein klarer und fortgesetzter Rechtsbruch, meine sehr verehrten Damen und Herren! Damit ist die Frage, woher das Geld kommen soll, ungeklärt. Die Antwort der Großen Koalition hatte ganz klar Privatisierung geheißt. Rot-Grün hat zumindest im Wahlkampf etwas anderes versprochen. Die nun gewählte Lösung heißt ÖPP, Öffentlich-Private-Partnerschaft. Dies kommt aus dem Angelsächsischen, wo es PPP, Private Public Partnership, genannt wird.

Ein ÖPP-Modell für das Klinikum Bremen-Mitte würde folgendermaßen aussehen: Ein privater Investor soll 200 Millionen Euro bereitstellen und damit das neue Klinikgebäude planen, bauen und finanzieren. Außerdem soll der Investor anschließend den technischen Gebäudebetrieb einschließlich der Medizintechnik langfristig übernehmen. Was bekommt der private Investor von der Stadt? Die Stadt zahlt einen über 30 Jahre festgelegten Mietzins, damit werden aus den 200 Millionen Euro, die die Stadt eigentlich nicht bezahlen will, 700 Millionen Euro verteilt über 30 Jahre. Dieser hohe Betrag ergibt sich aus den Zinsen, den Kosten und natürlich aus den von dem Privaten erwarteten Profit in Höhe von üblicherweise sechs bis zehn Prozent.

Außerdem steht in dem Gutachten zum Masterplan der Firma SOLVE, dass sich das Ganze erst so richtig für den Privaten rechnen - wir haben es von der FDP in einer Andeutung so verstanden -, wenn auch die Medizintechnik und der technische Gebäudebetrieb der anderen drei Kliniken übernommen würden. Damit würden nicht unwesentliche Teile der vier Kliniken privatisiert werden.

Das ÖPP-Modell ist eben nur ein Synonym für Teilprivatisierung mit all seinen negativen Folgen für die Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Arbeitsentgelte der dort Beschäftigten und - ich darf hinzufügen - auch für Fragezeichen in der Qualität und der gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung unabhängig vom Einkommen.

Die Kosten für Bremen beliefen sich auf 700 Millionen Euro in 30 Jahren, zusätzlich der anstehenden Vertragsstrafen und der Insolvenzkosten - sollte vielleicht doch etwas schief gehen -, denn trotz Insolvenz der Klinik würde der Versorgungsauftrag für Bremens Bevölkerung nicht einfach wegfallen. Auch würde nach 30 Jahren, in denen die Gebäudetechnik und die Medizintechnik auf den Privaten durch Outsourcing ausgegliedert werden würden, die Stadt durch den Know-how-

Verlust nur noch sehr schwer in der Lage sein, ein Krankenhaus eigenständig zu betreiben.

Dem Privaten wären die 700 Millionen Euro und die Gebäude und die Medizintechnik immer noch zu wenig. Von Anfang an gäbe es Gezerre um zusätzliche Garantien für den Privaten, einmal ist von einer Bürgerschaft, einmal von einer Patronats-erklärung, jetzt sogar von einer weitreichenden Standortsicherungsgarantie die Rede. Welche ist die Position der Linken? Die Zukunft des kommunalen Klinikverbandes liegt darin, dass man endlich die Probleme des Klinikums Bremen-Mitte löst, ohne die anderen drei Kliniken weiter zu beschädigen.

(Beifall bei der Linken)

Wir brauchen einen Klinikverbund mit Maximalversorgung an vier Standorten. Zweitens: Hoffentlich können wir die ÖPP-Modelle oder die PPP-Modelle, wenn Sie das original Angelsächsische nennen wollen - woher es ja, wie gesagt, kommt, aus dem Land der Profite durch die Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge, was wir ja leider hier auch erleben - gemeinsam bremsen. ÖPP-Modelle sind nur scheinheilige Umschreibungen für Privatisierungen und von daher abzulehnen!

(Beifall bei der Linken)

Danke schön! Aufgrund der Renditeerwartungen werden sie auch immer teurer sein. Im konkreten Fall im Klinikum Bremen-Mitte sind sie auch Jobkiller, denn die größere Wahrscheinlichkeit des Neubaus wird mit dem Abbau von 1300 bis 1500 Stellen bezahlt.

Drittens: Der Versuch der Großen Koalition, sich mithilfe eines privaten Investors - also durch das ÖPP-Modell - aus der Finanzierungsverantwortung gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz zu stehlen, ist gescheitert. Pochte Finanzsenator Nußbaum noch darauf, dass Bremen keine Bürgerschaft oder Patronats-erklärung für den fälligen Neubau des Klinikums Mitte abgeben sollte, hat das vertraulich stattfindende Bieterverfahren die neue Finanzsenatorin Frau Linnert in arge Bedrängnis gebracht. Mittlerweile ist von einer Standortsicherungsgarantie für ein 750-Bettenhaus auf universitärem Niveau im Klinikum Mitte die Rede, was zu erheblichen Auswirkungen in den anderen drei Klinikstandorten führen würde. Frau Linnert und Herr Böhrnsen müssen sich entscheiden, ob sie noch Politik gestalten wollen oder sich die Entscheidungen von Lobbyisten und Investoren vorschreiben lassen.

(Beifall bei der Linken)

Die Standortsicherungsgarantie, unter Ausschluss der Öffentlichkeit und des Parlaments verhandelt, würde für die Stadt Bremen nicht nur ein Finanzrisiko von 700 Millionen Euro in 30 Jahren bedeuten, sondern die Absicherung aller Risiken von den Privaten auf die Stadt verschieben. Standortsicherungsgarantie hat nichts mit Sicherung von Krankenhausstandorten oder von Arbeitsplätzen zu tun, sie ist ausschließlich eine Renditegarantie auf Kosten der Stadt, des Landes und der Beschäftigten und der Bremerinnen und Bremer ganz allgemein.

(Beifall bei der Linken)

Gibt es Alternativen? Im Bericht des Untersuchungsausschusses „Klinikverbund“ heißt es auf Seite 104: „Der Ausschuss stellt fest, dass, ohne dass im Rahmen von Paragraf 7 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung eine Untersuchung der verschiedenen Finanzierungsmodelle Eigenbau, Generalunternehmerschaft, ÖPP-Modell geprüft wurde, durch das Klinikum Mitte ausschließlich die Realisierung und Finanzierung unter Beteiligung eines privaten Partners vorangetrieben wurde.“

Wenn man es noch nicht einmal versucht, kann man auch keine Alternativen finden! Die Linke fordert den Senat und die Senatorin auf, endlich Alternativen zu prüfen, statt für Bremen ruinöse Standortsicherungsgarantien abzugeben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte meine Antwort in fünf Oberpunkte einteilen, zunächst über die allgemeinen Rahmenbedingungen, die neue Struktur des Verbundes, über das Führungspersonal, die wirtschaftliche Gesundung und über den Masterplan reden und dann am Schluss sozusagen ein kleines Fazit ziehen.

Die vier kommunalen Kliniken stellen wesentliche Säulen der medizinischen Versorgung Bremens und seines Umlandes dar und stehen zudem als bedeutender Arbeitgeber für die regionale Bedeutung der Gesundheitswirtschaft. Das breite Leistungsspektrum mit einer Fülle von Spezialkompetenzen, die Qualität ihrer Arbeit und das gute Renommee der Kliniken führen dazu, dass das Einzugsgebiet der Verbundkliniken zum Teil weit über die Region Bremens hinausgeht.

Wesentliche Rahmenbedingungen für die Kliniken haben sich - das ist nicht nur in Bremen so, sondern bundesweit - ganz entscheidend verändert und damit auch deutlich verschlechtert. In diesem Zusammenhang sind aus jüngster Zeit insbesondere - ich will nur die Beispiele noch einmal in Erinnerung rufen - zu nennen: Mehrwertsteuererhöhung, Energiekostensteigerung, Personalmehrkosten infolge der Tarifabschlüsse und der Umsetzung des Arbeitszeitgesetzes, Entwicklung der Budgetsteigerungsraten für das Jahr 2008 um lediglich 0,64 Prozent und die Sanierungsabgabe der Kliniken um 0,5 Prozent, um hier nur einige Punkte zu nennen. Der Wettbewerb aller Kliniken untereinander wird zunehmend härter, das können wir sicherlich bundesweit beobachten.

Wir stellen fest, dass die Kliniken in unserem niedersächsischen Umland gezielte Anstrengungen unternehmen, um Patientinnen und Patienten an sich zu binden und auch Bremer Patienten anzusprechen. Mehr als ein Drittel der Patientinnen und Patienten in unseren Kliniken kommt noch aus dem niedersächsischen Umland. Dieser Konkurrenz muss mit einer hohen Qualität und Effizienz der Leistungen, einer stärkeren Patientenorientierung, dem Ausbau von Kooperationen mit Einweisern und auch mit geeigneten Marketingstrategien begegnet werden.

Für die Kliniken und ihren Träger, die Freie Hansestadt Bremen, bedeuten diese Faktoren insgesamt große Herausforderungen. Der Senat und die ihn tragenden Koalitionsparteien sind sich dieser Herausforderung bewusst. Der Senat hat sich in Kenntnis dieser schwierigen Situation eindeutig zum Erhalt der vier Klinikstandorte in kommunaler Trägerschaft bekannt. Eine hochwertige, wohnortnahe medizinische Versorgung ist und bleibt somit gewährleistet. Allerdings, das sei hier auch gesagt, ist damit keine Rundum-sorglos-Versicherung für die kommunalen Kliniken abgegeben worden. Vielmehr verbindet der Senat mit seiner Positionierung eine hohe Erwartungshaltung an die Kliniken und ihre Leistungen sowie insbesondere an die zukünftige Holding-Geschäftsführung.

Ich will zum zweiten Punkt, neue Struktur des Verbundes, etwas sagen. Durch die Beschlüsse des Senats vom 17. Juli dieses Jahres sind der gesellschaftsrechtliche, strukturelle und organisatorische Rahmen sowie die strategische Perspektive für eine nachhaltige Qualitätsentwicklung und klinikübergreifende, wirtschaftliche Konsolidierung definiert und damit die entscheidenden Weichenstellungen vorgenommen. Die Balance zwischen der notwendigen Stärkung der Steuerungs- und

Entscheidungskompetenz der Holding einerseits und dem Erhalt der Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der vier Standorte andererseits wird damit hergestellt.

Dazu gehört auch die zentrale Verantwortung in der Holding für wesentliche Elemente der Unternehmenssteuerung. Dabei sind insbesondere patientenferne Dienstleistungen wie Reinigung, Radiologieverbund, Zentraleinkauf, Logistik, Facility Management oder auch Zentral-IT angesprochen. Die im Verbund vorhandenen medizinischen und pflegerischen Kompetenzen werden weiter durch die Etablierung eines medizinischen Geschäftsführers in der Holding gestärkt. Damit wird die besondere Bedeutung der strategischen medizinischen Entwicklung der Holding und der standort-spezifischen medizinischen Profilbildung deutlich unterstrichen.

Lassen Sie mich drittens etwas zu dem Führungspersonal sagen! Eben auf Grundlage dieser neuen Struktur, die am 17. Juli 2007 vom Senat beschlossen worden ist, haben wir die bundesweite Suche nach geeigneten Führungskräften in der Holding sowie im Klinikum Bremen-Mitte und Bremen-Ost neu ausgerichtet. Mit diesem Konzept der Struktur ist deutlich geworden, dass wir nicht nur einen Geschäftsführer in der Holding, sondern einen kaufmännischen und einen medizinischen Geschäftsführer suchen.

Diese Suche hat, das muss ich sagen, leider zu Verzögerungen geführt. Neben den im Einzelfall notwendigen fachlichen Qualifikationen sind insbesondere Führungskompetenz, Teamfähigkeit, Innovationskraft sowie eine hohe soziale Kompetenz erforderlich. Damit zukünftig alle Kliniken auf der Grundlage eines gemeinsamen Verbundverständnisses und mit gemeinsamer Zielsetzung die bevorstehenden Aufgabenstellungen lösen, sind die Besetzungen der Vakanzen auch unter dem Gesichtspunkt zu treffen, inwieweit die Kandidaten eine solche Kultur verkörpern und forcieren können. Ich gehe davon aus, dass wir noch in diesem Jahr ein entsprechendes Personalpaket vorstellen können.

Ich will hier etwas zu den Personalzuwächsen sagen. Frau Dr. Mohr-Lüllmann hat es angesprochen, es verwundert mich ein wenig. Sie sollten wissen,

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Ja! Natürlich!)

dass diese Personalzuwächse, die wir in den Kliniken zu verzeichnen haben, der Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie geschuldet sind und dies somit auch nach dem Arbeitsschutzgesetz eine Maß-

nahme für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kliniken ist, für die Sie sich ja hier so vehement eingesetzt haben. Übrigens sind diese Personalzuwächse nicht ein Zuwachs an Mitteln und an Kosten, sondern sie sind ein Zuwachs an Kopfszahlen.

(Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann?

Senatorin Rosenkötter: Ja!

Präsident Weber: Bitte, Frau Dr. Mohr-Lüllmann!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Ja, das ist richtig, was Sie sagen! Natürlich musste mehr Personal eingestellt werden aufgrund der Arbeitszeitrichtlinie. Nur, dann können Sie doch nicht zwei Seiten vorher in Ihrer Antwort als eine erfolgreiche Maßnahme zu der Erlösverbesserung mitteilen, dass eine Maßnahme Personalreduzierung ist!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben Personalreduzierung an einigen Stellen zu verzeichnen. Sie wissen ganz genau, dass wir hier mit dem KBM auch eine Verabredung haben, Personalreduzierungen im Rahmen der Umsetzung des Masterplanes durchzuführen. Dass wir hier in der Tat die vorgesehenen Personalreduzierungen für das KBM in der Folge noch nicht haben umsetzen können, ist Ihnen, glaube ich, auch klar. Aber ich darf noch einmal deutlich darauf hinweisen, dass wir aufgrund der Einstellung, um die Umsetzung der Arbeitszeitrichtlinie vorzunehmen, hier keine Personalkosten in den einzelnen Kliniken haben verstärken müssen an diesen Stellen. Das ist ganz eindeutig!

Ich würde gern fortfahren und etwas über die wirtschaftliche Gesundung sagen. Gemeinsam mit den Geschäftsführungen des Verbundes werden wir trotz der schwierigen Ausgangslage möglichst mit auch rasch wirkenden Maßnahmen zur Erlössteigerung auf der einen Seite und/oder Kostensenkung eine Entwicklung anstoßen, die zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Gesundung der Kliniken im Verbund führt. Das sind Maßnahmen, die im Übrigen in der Aufsichtsratssitzung am 9. November auch angesprochen worden sind, die finanziell jetzt konkretisiert und im Januar vorgelegt werden.

Die Krankenhäuser müssen sich in der Zukunft verstärkt der neuen Instrumente bedienen, die ihnen vom Gesetzgeber zur Verfügung gestellt werden. Ich denke hier insbesondere an die Schnitt-

stelle zum ambulanten Bereich mit den Instrumenten medizinisches Versorgungszentrum, Integration und ambulante Spezialleistungen. Auf der Seite der Kostensenkung stehen unter anderem natürlich Prozessoptimierung, Konzentration von Leistungen, größere Flexibilität beim Personaleinsatz, Delegation von Aufgaben und Outsourcing von Dienstleistungen auf der Agenda.

Der Aufsichtsrat der Gesundheit-Nord hat sich am 9. November unter anderem auch mit der mittelfristigen Businessplanung 2007 bis 2012 befasst. Dabei ist unmissverständlich klar geworden, dass im Jahre 2012 ein kumuliertes negatives Ergebnis des Verbundes in Höhe von rund 22 Millionen Euro erreicht werden würde, wenn nicht zügig Wirtschaftlichkeit verbessernde Maßnahmen eingeleitet würden. Ein entsprechendes Maßnahmenpaket liegt in fachlich definierter Form vor. Es wird - das habe ich bereits gesagt - im Januar 2008 hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen insgesamt und auf die einzelnen Klinika konkretisiert. Auf dieser Basis werden wir eine Priorisierung der Maßnahmen auch unter zeitlichen Gesichtspunkten vornehmen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist davon auszugehen, dass mithilfe dieses Maßnahmenpaketes und weiterer Maßnahmen bis 2012 eine Ergebnisverbesserung in Höhe von 20 Millionen Euro erzielt wird, sodass ein ausgeglichenes Ergebnis in 2012 weitgehend erreicht werden wird. Vor dem Hintergrund, dass allein aus den abgeschlossenen Tarifverträgen mit ver.di und dem Marburger Bund für den Zeitraum von 2007 bis 2012 eine gegenüber der ursprünglichen Businessplanung von 2006 zusätzliche Belastung in Höhe von 44 Millionen Euro resultiert, muss mit Nachdruck auf die enorme Herausforderung, die alle Beteiligten zu bewältigen haben, hingewiesen werden.

Ich will zum vorletzten Punkt, Masterplan, kommen. Ein wesentlicher Meilenstein auf dem Weg zur finanziellen Konsolidierung ist die möglichst rasche Umsetzung des Masterplans für das Klinikum Bremen-Mitte. Allerdings erfordert dieses Projekt wegen seiner enormen Tragweite sowohl in finanzieller, baulicher als auch zeitlicher Hinsicht eine sorgfältige Prüfung aller denkbaren Facetten. Auf Erfahrungen mit vergleichbaren Projekten auf der Basis einer Public Private Partnership kann dabei nicht zurückgegriffen werden. Projekte einer solchen Größenordnung hat es bisher in Deutschland im Krankenhausbereich nicht gegeben. Niemand stellt jedoch die Umsetzung des Masterplanes infrage; die politischen Entscheidungen zur Finanzierbarkeit der Investiti-

onen des Masterplanes werden noch im November getroffen.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Das ist keine Debatte, das ist ja eine Lesestunde!)

An dieser Stelle weise ich ganz entschieden zurück, dass in der Zwischenzeit nichts passiert sei. Ich glaube, das ist auch durch meine Ausführungen deutlich geworden.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Nein!)

Die Aussage wird auch den Anstrengungen der vor Ort in den Kliniken tätigen Geschäftsführungen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht gerecht. Wir akzeptieren nicht, dass hier die fachlichen Leistungen der Kliniken und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter derart ins Gerede gebracht werden!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine destruktive und skandalisierende Haltung, Gerüchte und Mutmaßungen, teilweise öffentlich vorgetragen, schaden dem Ansehen und der Zukunft unserer Kliniken. Gerade jetzt ist es erforderlich, dass die eingeleiteten Umsetzungsschritte nicht zurückgenommen, sondern konsequent weitergegangen werden. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke)*): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wie angekündigt: Dadurch, dass ich im Krankenhausausschuss bin und weil es überhaupt meine Pflicht ist, habe ich mich ein bisschen sachkundig gemacht und auch zugehört. Ich habe auch zugehört, was die Kollegen und unter anderem Herr Güldner und Herr Brumma gesagt haben, und es kommen da ja immer wieder Ansätze vor, die mit unseren übereinstimmen, und wir versuchen, Sie darauf festzunageln. In diesem Fall ist es der Wille, die Krankenhäuser in öffentlicher Hand zu finanzieren. Herr Kollege Güldner, Sie müssen nicht zuhören, aber Sie bekommen es ja sicher auch so mit.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich sitze ja nur zwei Meter von Ihnen weg, das geht schon!)

Der Kollege Brumma hat sich dankenswerterweise in ähnlicher Weise geäußert. Ich habe hier von der Senatorin aber dazu kein klares Wort mitbekommen, und ich denke, es ist auch vor allen Dingen der Druck vom Parlament und von Ihnen, dass in diese Richtung etwas geschehen muss, denn ich habe ja in der Rede vorher ausgeführt, dass es bisher vernachlässigt wurde, da eine Planung, geschweige denn eine qualifizierte Planung zu machen, sodass man dann unter Druck gerät und womöglich aus zeitlicher Not die Dinge an Private abgeben muss. Ich hoffe, dass Sie das nicht wollen. Bitte äußern Sie dazu einmal Ihre Ansicht! - Danke!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/39 S, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Stephaniquartier sichern

Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. Oktober 2007
(Drucksache 17/38 S)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Dr. Loske.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Stephaniviertel, ein Wohnquartier mitten in der Stadt, an der Weser gelegen, besser kann es kaum sein, zu Fuß zum Theater, die Straßenbahn vor der Tür, nach dem Krieg als Wohnidyll am Fuße von St. Stephani wiederauferstanden, so war es im „Weser-Kurier“ im Jahr 1958 nachzulesen! Seitdem ist viel passiert. Mit der Beschaulichkeit ist es zumindest im Bereich der Randbebauung zur B 75 lange vorbei.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Trotzdem: Ein Quartier, in dem sich die Bewohner trotz mancher Belastung durch Geruchs- und

Lärmeinflüsse bisher sehr wohl fühlen, wenn da nicht ein nicht mehr benötigtes Schulgebäude oder, besser gesagt, das Grundstück, auf dem dieses Gebäude steht, auf einen potenziellen Investor warten würde!

Natürlich muss darüber nachgedacht werden, wie nicht mehr benötigte Gebäude umgenutzt beziehungsweise Flächenpotenziale für eine neue Nutzung umgewidmet werden können. Dass hier neben den städtebaulichen Gesichtspunkten auch finanzielle Aspekte eine Rolle spielen, ist völlig unbestritten. Schließlich sollen vom Nettoverkaufserlös auch 75 Prozent in den Topf des Bildungsressorts fließen. Im Planungsrecht gilt es jedoch, die Grundsätze Trennungsprinzip und Konfliktbewältigung zu beachten. Grundsätzlich sind im Rahmen der Bauleitplanung Konfliktpotenziale abzumildern und nicht zu verschärfen.

Die Anwohner befürchten durch den Bebauungsplanaufstellungsbeschluss der Baudeputation vom 12. April dieses Jahres weitere Belastungen für ihre Wohnqualität, für den Wert ihrer Immobilien. Dieser Beschluss sieht bekanntlich für das Schulgrundstück die Ausweisung als Kerngebiet vor. Ob diese Kerngebietsausweisung, sollte es denn dazu kommen, zu einer Abmilderung von Konfliktpotenzialen führen kann, darf zumindest stark bezweifelt werden.

Stadt am Fluss, Wohnen im Herzen der Stadt, das sind auch in Bremen wichtige städtebauliche Zielsetzungen. Was für die Überseestadt nun zu gelingen scheint, sollte zumindest auch im Stephaniquartier intensiv als Ziel verfolgt werden: eine gesunde Mischung aus Wohnen und gewerblicher Nutzung! Wer in einer attraktiven Innenstadtlage wohnen will, der muss sich auch vorher über die Probleme, die gleichzeitig damit verbunden sind, im Klaren sein, und die kennt er in der Regel auch. Wenn es in den nächsten Monaten nicht gelingen sollte, doch noch eine Nachnutzung für das vorhandene und von der Bausubstanz her auch für eine Schulnutzung noch, ich betone noch, intakte Schulgebäude zu finden, plädieren wir für einen städtebaulichen Wettbewerb mit dem Ziel, mit den Bewohnern im Umfeld diskutierte neue Nutzungsmöglichkeiten mit möglichst geringem Konfliktpotenzial zu finden.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte auch daran erinnern, dass es durchaus Investoren für eine schulische Nutzung gab. Die Friedehorst-Stiftung hatte geplant, dort eine Privatschule einzurichten, und hat auch mit der Stadt verhandelt, und diesen Investor hat man verprellt.

Durch den nun eingerichteten runden Tisch, der bisher einmal getagt hat, ist zunächst etwas der zeitliche Druck aus dem Verfahren genommen. Trotzdem sollten wir Ernst machen mit unserem gemeinsamen Anspruch einer stärkeren Bürgerbeteiligung, insbesondere auch in Fragen der Weiterentwicklung bestehender Stadtquartiere.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen bitte ich, unserem Antrag zuzustimmen! Setzen wir gegenüber der Anwohnerinitiative Stephanitor ein Zeichen durch einen eindeutigen Beschluss, den Bebauungsplan 2376 nicht mehr mit der Zielsetzung Kerngebietsausweisung für das Schulgrundstück weiterzuverfolgen! - Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Werte Kollegen, zwei an der Zahl von der FDP!

(Abg. Woltemath [FDP]: Drei!)

Drei, ich verbessere mich! Ihren Antrag zum Stephaniquartier werden wir ablehnen, und zwar deshalb, weil er mitten in ein laufendes Verfahren eingebracht wird, das ja genau zum Ziel hat zu prüfen, welche Nutzung an der aufgegebenen Schule möglich ist und welche nicht. Insofern finden wir Ihren Antrag zum jetzigen Zeitpunkt und überhaupt völlig überflüssig.

Herr Kollege Richter, das möchte ich doch an dieser Stelle auch noch einmal sagen, Sie sollten sich vielleicht in Zukunft doch überlegen, mit welchem Hut auf dem Kopf Sie hier für dieses Stephaniquartier sprechen. Ich sage das deshalb, weil es einmal einen Menschen im Sportressort gegeben hat, der hatte den Spitznamen der dreifache Hoffmann. Wenn Sie nähere Erläuterungen brauchen, warum ich das an dieser Stelle sage, ich glaube, dass Sie sich für eine Rolle entscheiden müssen, für die Sie hier stehen und sprechen, Genaueres später!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger im Stephaniquartier machen sich Sorgen, dass möglicherweise ein Bürogebäude in diesem Gebiet, wo jetzt die Schu-

le steht, entstehen könnte und dass dieses Bürogebäude das Gesicht des Quartiers negativ verändern könnte und vor allen Dingen, dass dort noch mehr Verkehr in ein ohnehin vom Verkehr belastetes Wohngebiet gezogen werden könnte. Angesichts der Lage, die B 75 vor der Nase und die neue Anbindung an die Überseestadt, muss ich sagen, dass wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger im Stephaniquartier ernst nehmen.

Dass der Bausenator diese Sorgen und die Proteste vor Ort sehr ernst nimmt, hat er bewiesen. Er ist vor Ort gewesen, hat mit den Menschen dort gesprochen, und er hat, darauf hat Herr Richter ja schon hingewiesen, auch ein Beratungsgremium einberufen. Dieses Beratungsgremium hat genau den Zweck, strittige Fragen zu klären und gemeinsam mit der Bürgerinitiative vor Ort zu einer verträglichen Lösung zu kommen, also ist doch dieses jetzige Verfahren absolut begrüßenswert und in der richtigen Reihenfolge vollzogen, Herr Richter, und deswegen verstehe ich Ihren Antrag auch nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie laut ist es nämlich wirklich an welchen Stellen, und was ist überhaupt an neuer Nutzung im Stephaniquartier möglich, welchen Gerüchen ist ein mögliches Gebäude ausgesetzt, und sind deswegen eingeschränkte Nutzungsmöglichkeiten vorhanden? Diese Untersuchungen finden genau jetzt statt, und wenn die Ergebnisse vorliegen, werden sie selbstverständlich dem runden Tisch, dem Beratungsgremium, vorgestellt, und ich kann für die Grünen sagen, wenn es irgendwie möglich sein sollte, dass dort ein Mischgebiet entsteht, wo man zum Beispiel wohnen und arbeiten kann, dann werden wir dies selbstverständlich auch unterstützen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erst dann, Herr Richter, kann man darüber beraten, ob ein städtebaulicher Wettbewerb an dieser Stelle überhaupt sinnvoll ist, aber eben erst nach Abschluss dieser Lärm- und Geruchsuntersuchung. Zum jetzigen Zeitpunkt macht ein solcher Wettbewerb überhaupt keinen Sinn, da mehr Fragen als Antworten existieren.

Das jetzige Bebauungsplanverfahren und die vorgeschriebene Bürgerbeteiligung dienen gerade dazu, Anregungen und Sorgen der Menschen aufzunehmen und diese zu bewerten. Die Menschen, die jetzt im Stephaniquartier leben, haben ein Recht, vor unzumutbarem Lärm geschützt zu werden, und dieser Lärm geht ja vor allen Dingen von den Verkehrsachsen aus, die die Weser queren, die B 75, aber auch die Eisenbahnlinie, und

* Von der Rednerin nicht überprüft.

dies ist auch das Hauptproblem für eine künftige Nachnutzung des jetzt leer stehenden Schulgebäudes. Die vorhandene Bebauung wurde unter ganz anderen Bedingungen realisiert. Es gab eine andere Rechtsgrundlage, und es war früher auch deutlich leiser als heute.

Die heutige Rechtsprechung erlaubt in vielen Fällen in Gebieten, die zu laut sind oder erheblichen Gerüchen ausgesetzt sind, keine neuen Wohnungen mehr - wir haben das in der Überseestadt ja sehr deutlich erfahren müssen -, auch dort nicht, wo vor 30 Jahren wie im Stephaniquartier Wohnungen errichtet wurden. Dass diese Tatsache aus Sicht der Stephanibewohnerinnen und -bewohner als völlig ungerecht empfunden wird, kann ich sehr gut verstehen, aber, Herr Richter, das ändert überhaupt nichts an Ihrem Antrag!

Wir befinden uns in einem guten, in einem transparenten, in einem laufenden Verfahren, in dem all diese Fragen, die Sie hier vorgetragen haben, beraten und entschieden werden sollen. Insofern bleibe ich dabei, Ihr Antrag ist einfach nicht der richtige, er kommt zur falschen Zeit mit den falschen Forderungen. Ich glaube, dass wir im Laufe des Prozesses gemeinsam zu richtigen Lösungen kommen werden. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Pohlmann.

Abg. **Pohlmann (SPD)*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man die Debattenbeiträge hört, einmal von Ihnen, Herr Richter, auch noch einmal in der Erwiderung von meiner Kollegin Frau Krusche, so kann man doch eines feststellen: Die Antwort von meiner geschätzten Kollegin Frau Krusche ist ganz eindeutig, und das teile ich auch. Wir befinden uns in einem gesetzlichen Verfahren, in einem gesetzlichen Gang! Ich möchte noch einmal betonen, dass dies auch im Baugesetzbuch vorgeschrieben ist. Nach diesem Baugesetzbuch wird auch Bürgerbeteiligung zwingend abzuwickeln sein.

(Zuruf von der FDP: Haben wir das bezweifelt?)

Ich glaube, Sie versuchen hier wieder einmal zum wiederholten Mal in einem Verfahren, das auf der einen Seite - wir waren vor Ort vonseiten der Koalition als baupolitische Sprecher, Sie, Herr Buhler und auch Herr Richter, da nehme ich das noch einmal auf, das ist immer so ein Problem - als

Geschäftsführer von einem Interessenverband zu vertreten, oder sind Sie Bürgerschaftsabgeordneter oder Moderator einer Anwohnerversammlung? Dazu müssten Sie auch noch einmal Stellung nehmen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber wir waren vor Ort und haben das gemeinsam diskutiert und haben auch am 17. Juli in der Baudeputation einen Bericht bekommen vonseiten des Ressorts, in dem noch einmal ganz eindeutig auch dargelegt worden ist, dass die Sorgen und Nöte und auch die Anregungen der Bewohnerinnen und Bewohner im Stephaniviertel ernst genommen werden.

Darüber hinaus waren Sie, Herr Bausenator, am 1. Oktober, wenn ich das noch richtig weiß, vor Ort und haben sich ebenfalls informiert und sind in einen unmittelbaren Dialog mit der Bevölkerung eingetreten. Ein Ergebnis war, dass anschließend am 17. Oktober der erste runde Tisch einberufen wurde, wo vonseiten der Baubehörde mit den Anwohnerinitiativen, mit dem Arbeitskreis, mit dem Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt, mit den Beiräten diskutiert worden ist.

Ich glaube, das ist ein richtiger Weg, und es ist doch auch notwendig, wenn wir ernsthaft über Möglichkeiten auch weiterer Wohnbebauung oder einer Mischnutzung in diesem Gebiet diskutieren und das auch anstreben wollen, was hier und auch in der Baudeputation alle Fraktionen gesagt haben, und dann ist eine wichtige und notwendige Voraussetzung, weil sie elementar für so eine Perspektive ist, wie eigentlich die Gutachterergebnisse im Einzelnen aussehen. Das ist die Voraussetzung.

Deshalb - jetzt komme ich noch einmal zur fachlichen Seite zurück - ist es doch so, dass wir uns in diesem Verfahren befinden, dass alle Möglichkeiten von Initiativen, von Beiräten, von einzelnen Bewohnerinnen und Bewohnern bestehen und sie sogar aufgefordert sind und auch noch unterstützt werden vonseiten des Bausenators und seiner Behörde, hier im Rahmen des runden Tisches in einen konstruktiven Dialog einzutreten. Das ist außerordentlich positiv, das unterstützen wir als sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion.

Ich möchte noch einmal sagen, die Frage stellt sich wirklich, weil wir hier schon einmal eine ähnliche Debatte noch im Zusammenhang mit der A 281 hatten. In einem laufenden Verfahren, in dem sich viele Menschen engagieren, kommt ein Teil dieses Parlaments von der FDP, nimmt sich einige Forderungen aus diesem laufenden Verfah-

*) Vom Redner nicht überprüft.

ren heraus und erhebt das hier zu einem Antrag. Das ist, und das möchte ich einmal sagen, für mich einfach billiger Populismus.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das geht nicht, das ist keine Sacharbeit, und ich fordere Sie wirklich auf, hier in diesen Prozess des Dialogs zurückzukommen! Da sind die Bürgerinnen und Bürger, die Sie hier mit Ihrer Rede so eingefordert und in Ansätzen auch in dem Antrag beschrieben haben, eine ganze Ecke weiter. Ich hoffe nur, dass Sie dies auch erkennen.

Deshalb meine Bitte: Kommen Sie wieder zurück, kommen Sie in diesen fachlichen Dialog, kommen Sie auf den Weg dieses gesetzlichen Verfahrens zurück! Aus diesen Gründen wird meine Fraktion nicht naturbedingt, sondern aus fachlichen Gründen und insbesondere auch aus dem Grund, dass wir es ernst nehmen, wenn wir in einen Dialog mit der Bevölkerung eintreten, diesen Antrag ablehnen. Wir nehmen es sehr ernst, was dort diskutiert wird, und diese Ergebnisse werden wir dann in der Deputation und mit Sicherheit hier auch in diesem Parlament diskutieren. Aus diesen Gründen lehnen wir aus voller Überzeugung Ihren Antrag ab. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (Die Linke)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich glaube, es gibt in der Tat die Anforderung, die beschrieben wird, die Bedenken der Anwohnerinnen und Anwohner ernst zu nehmen, und klar ist, dass sie in der Vergangenheit durch die Entwicklung des Verkehrs und anderer Dinge einer zunehmend hohen Belastung ausgesetzt sind und skeptisch sind, ob durch diese Form von geplanter Nutzung diese Belastungen steigen, und dass sie ein berechtigtes Interesse daran haben, dass für sie selbst diese Belastungen nicht steigen.

Zweitens ist, glaube ich, ein gemeinsames Ziel, deutlich zu machen, dass in diesem Gebiet nicht nur Gewerbe, sondern auch Wohnen möglich wird, und klar ist auch, dass das durch eine bestimmte Form der Ausweisung von Gebieten nur gewährleistet werden kann. Deswegen ist es möglicherweise keine gute Idee, das nicht als Kerngebiet auszuweisen, denn soweit ich infor-

miert bin, erlaubt es auch Wohnen, und es muss nicht unbedingt Mischgebiet sein.

Überdies, glaube ich, wäre es ein gutes Anliegen, deutlich zu machen, dass man den Bebauungsplan durch entsprechende textliche Erweiterungen und Einschränkungen so gestaltet, dass die gewerbliche Nutzung begrenzt wird, dass da möglicherweise Kneipen oder irgendeine Form von Lärmemissionen induzierendes Gewerbe nicht hineinkommt. Von daher teile ich zunächst das Anliegen, dass man mit einer solchen Initiative noch einmal auf die Problematik hinweist. Ich befürchte aber, dass ein Verzicht auf das Ausweisen des Kerngebiets nicht allein die Lösung ist.

Ich glaube also, dass es notwendig ist - bei jeder Form von Prozess, in dem man sich gerade befindet, und auch jeder Form von Verfahren, in dem man sich befindet -, die inhaltlichen Ziele gemeinsam deutlich zu machen und diese versuchen durchzusetzen.

An diesem Antrag ist mir sehr sympathisch, dass man diese Frage des Wettbewerbs noch einmal aufgreift. Das muss ja nicht unbedingt gleich morgen ein neuer städtebaulicher Wettbewerb sein. Ich habe persönliche Erfahrungen mit einer Form von Wettbewerb und Ausschreibung, als es um das TÜV-Gelände in der östlichen Vorstadt ging. Da gab es schon Planungen, das war schon fast alles eingetütet, aber dann gab es eine Idee zu fragen: Gibt es eigentlich nur die einzige Antwort? Es war eine sehr produktive Geschichte. Wir haben eine Fachtagung durchgeführt und Ingenieurbüros und ähnliche Gruppen dazu gebracht, von sich aus für vergleichsweise wenig Geld Entwürfe und Planungen zu machen, und es kamen ausgesprochen vernünftige Ideen dabei heraus, von denen heute ein Teil realisiert wird.

Das heißt, ich glaube, wenn man dieses Verfahren oder das Beteiligungsverfahren, das jetzt eher im Rahmen, so wie ich es verstanden habe, des normalen Planungsrechts läuft, ein Stück weit erweitert um eine Form von Bürgerbeteiligung, bei der auch eine gewisse Form von Wettbewerb möglich ist, dass man dadurch dieses Verfahren verbessert und Bürgerinnen und Bürger besser als bisher einbeziehen kann.

Wir werden uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten, weil wir auf der einen Seite den Ansatz richtig finden. Wir finden auch, dass es möglich sein muss, solche Anträge hier zu stellen, und man muss, glaube ich, auch nicht so darauf hauen, wie es gemacht worden ist. Auf der anderen Seite ist es meines Erachtens inhaltlich bei ein paar Dingen nicht ausgegoren genug, dass wir dem zustimmen können. - Vielen Dank!

*) Vom Redner nicht überprüft.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Focke.

Abg. **Focke** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden den Antrag der FDP ablehnen, denn, Herr Richter, Sie tun in Wirklichkeit für die Menschen in diesem Ortsteil Stephaniviertel überhaupt nichts mit diesem Antrag!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das Ärgerliche dabei: Sie tun so, als ob Sie etwas für die Leute tun würden, und wecken vielleicht sogar Hoffnungen, und dabei kommt überhaupt nichts dabei heraus. Der Aufstellungsbeschluss ist das Entscheidende dafür, dass untersucht wird, was in dem Gebiet zu machen ist. Da muss natürlich alles untersucht werden, die Lärm- und die Geruchsproblematiken, und da muss man auch sagen: Es gibt ja neue Entwicklungen, die zusätzlich zu Lärm und Geruch führen, indem zum Beispiel die Eisenbahn ihre Züge in den nächsten Jahren verdoppeln wird, weil so viel Güter über die Schiene transportiert werden, was zu ganz anderen Anforderungen an Lärmschutz führt.

Das muss alles untersucht werden in diesem Gebiet, und Sie können entweder sagen, stellen Sie den Bebauungsplan ein und füllen Sie die Schule wieder, oder aber Sie müssen sagen, es muss untersucht werden! Sie können hier nichts Halbes machen, wie Sie das vorschlagen. Das geht nicht!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen sind wir der Meinung, dass der Aufstellungsbeschluss, wie er am 12. April 2007 gefasst worden ist, jetzt anständig, sauber und ordentlich bearbeitet werden muss, und wir begrüßen es sehr, dass die Bürger dort mit einbezogen werden, es ist allerdings auch vorgesehen. Dass jetzt zusätzlich noch ein runder Tisch gemacht wird, ist ja auch in Ordnung. Wir müssen uns aber, glaube ich, auch sagen: Es sind viele Möglichkeiten für die Bürgerbeteiligung im Rahmen dieser Aufstellungsverfahren da, und wenn wir uns bei jedem Bebauungsplan einen runden Tisch leisten, dann werden wir in den nächsten 4 Jahren bei vielen Plänen nicht mehr zur Abarbeitung kommen. Ich glaube, es gibt im Rahmen dieser Aufstellungsbeschlüsse genügend Möglichkeiten für die Bürgerbeteiligung, sodass niemand übergangen wird, und das sollten wir jetzt auch in Ruhe durch das Bauressort abarbeiten lassen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, verehrte Abgeordnete! Das meiste ist gesagt. Der Antrag der FDP enthält drei Elemente, erstens eine Prüfung, ob das Schulgebäude einer anderweitigen Schulnutzung zugeführt werden kann, zweitens sollte sich in den nächsten Monaten keine Nachnutzung für das vorhandene Schulgebäude finden, wird die Durchführung eines städtebaulichen Wettbewerbs vorgeschlagen, und drittens wollen Sie, dass wir im Planaufstellungsbeschluss zum Bebauungsplanverfahren die dort vorgesehene Kerngebietsnutzung aufheben. Das sind die drei Kernforderungen, und dazu nehme ich wie folgt Stellung:

Erstens, was die schulische Nutzung anbelangt: Zurzeit gilt im Bebauungsplan 168 die Festlegung Gemeinbedarfsfläche, also Schulgelände. Sollte das Schulgrundstück einer anderweitigen schulischen Nutzung zugeführt werden können, ist dies im Rahmen des geltenden Planungsrechts möglich. Sollte es einer anderen Nutzung zugeführt werden, dann sind planungsrechtliche Voraussetzungen zu schaffen. Wenn also nichtschulische Nutzung vorgesehen wird, muss entsprechendes Planungsrecht durchgeführt werden. Das zu Ihrem ersten Punkt!

Zum zweiten Punkt, städtebaulicher Wettbewerb: Voraussetzung für so einen Wettbewerb - das haben auch alle gesagt -, ist natürlich, dass man weiß, wozu man einen Wettbewerb ausschreibt und dass wichtige städtebauliche Rahmenbedingungen geklärt sind. Das betrifft vor allen Dingen die Lärmemissionen und die Geruchsemissionen, und da sind wir mitten in den Messungen, das wissen Sie eigentlich auch. Deshalb kann städtebaulicher Wettbewerb nur mit klaren Vorgaben und mit abgesicherten Nutzungsvorstellungen durchgeführt werden. Was wir im Moment machen, ist eine Beteiligung der Menschen vor Ort.

Vielleicht einmal zu dem Begriff runder Tisch: Manchmal hat man das Gefühl, in dieser Stadt gibt es gefühlte 20 runde Tische, es wird ja immer so getan, und man warnt davor. In Wahrheit haben wir nur bei der A 281 in der Tat einen runden Tisch. Alles andere sind Formen der intensiven Bürgerbeteiligung. Das ist gerade im Stephaniquartier besonders wichtig, Sie kennen sich dort ja auch aus, ich war auch selbst dort: Wir wollen das soweit wie möglich im Einvernehmen hinbekommen.

Drittens zu Ihrer Forderung einer Aufhebung der geplanten Kerngebietsfestsetzung: Das wäre gerade falsch, denn mit der Festsetzung des Kerngebiets wird die Absicht verfolgt, eine Mischnutzung aus Wohnen und Arbeiten zu ermöglichen, und insofern wäre diese Aufhebung gerade das Gegenteil von dem, was eigentlich von allen politisch - so wie ich es verstanden habe - gewollt wird. Wenn sich im Laufe des Planungsverfahrens Erkenntnisse ergeben sollten, die eine Änderung der geplanten Gebietsfestsetzung erfordern, könnte das Planverfahren ohne besonderen Aufhebungsbeschluss mit neuen Planungszielen fortgesetzt werden.

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Das haben wir auch gewusst!)

Da wir aber mitten im Verfahren sind, möchte ich doch darum bitten, das geordnet abzuarbeiten und jetzt nicht einfach sozusagen Teilelemente herauszuziehen und sich damit für das Quartier zu profilieren. Ich glaube, vom Ergebnis her ist das, was wir machen - dieses Vorgehen, diese umfassende Bürgerbeteiligung -, zielführender als das Herausreißen einzelner Aspekte und das populistische Werben um Zustimmung. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 17/38 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Die Linke)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Finanzierung der Innenstadt- und Stadtteilinitiativen sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 9. November 2007
(Drucksache 17/41 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Hessler.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Herr Kollege Kau.

Abg. **Kau** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Wir befinden uns im letzten Quartal, die Anzeichen sind ganz deutlich überall zu sehen, und wir haben nur noch 6 Wochen bis zum Jahresresultimo. Das heißt, sämtliche Haushalte befinden sich in Planung, man stellt seine Budgets auf, man plant seine Kosten, man entwickelt Konzepte für die folgenden Zeiten, stellt Vorhaben ein, beschließt Projekte, kurzum: Alle Sach-, Personal- und Mietkosten werden recherchiert und in Haushalte eingestellt. Dann muss man noch Ideen entwickeln, um entsprechende Lücken zu schließen, und dazu benötigt man aber - das wissen Sie alle - eine vernünftige Planbasis und Plansicherheit. Das ist eigentlich Allgemeingut und in allen Haushalten üblich. Soweit zum Allgemeinen!

Im Speziellen muss ich mich zurzeit hineindenken in die Situation der Innenstadt- und Stadtteilinitiativen hier in Bremen. Ich nehme Bezug auf unsere Antragsbegründung, die Ihnen als Drucksache vorliegt. Das ist in der Tat sehr speziell, zumal da Initiativen zur Planung 2008 aufgefördert werden

durch ein Schreiben des Staatsrates aus dem Wirtschaftsressort von Anfang Oktober. Das Besondere daran ist, dass sich zwei Ressorts überlappten, das Bau- und das Wirtschaftsressort. Früher hat man die Dinge gemeinsam finanziert, jetzt sollen sie getrennt je nach Bedarf aus den Ressorts finanziert werden.

Das ganz Spezielle daran ist, dass keine Aussage über Mittelverfügbarkeit getroffen wird, und zwar nicht nur für das kommende Jahr, das in 6 Wochen beginnt, sondern auch für die Folgejahre. Das heißt auf Deutsch: Planen ohne Planbasis, Verunsichern, wo ehrenamtliches Engagement eigentlich meines Erachtens gefördert werden müsste!

Was war und ist nun die Folge dessen? In den Büros, in den Vereinen, bei den Initiativen und deren Mitgliedern und Förderern herrscht Planungsunsicherheit, und dies exakt 6 Wochen vor dem Jahreswechsel. Es herrscht Unklarheit und Sorge über die Frage, welche Drittmittel man noch einwerben kann oder ob man sogar ihrer verlustig wird, weil ja niemand gern in eine ungeklärte Gesamtfinanzierung hineinspendet oder -sponsert.

(Beifall bei der CDU)

Es besteht Unklarheit darüber, ob man seine Büroräume weiter behalten kann, ob nicht eventuell Personalkündigungen kommen. So soll es, wie ich einem Zeitungsartikel entnommen habe, in Gröpelingen schon der Fall gewesen sein, und das, man beachte auch, 10 Monate vor dem 30. September 2008! Gute Leute kündigen immer zuerst und suchen sich neue Aufgaben, und wer nicht einmal weiß, wie es in den Folgejahren weitergeht, kann sich nicht erklären zu seiner Aufgabe in der jetzigen Initiative.

(Beifall bei der CDU)

Ich will allerdings eine Ausnahme zugestehen, bei der ich selbst in der Wirtschaftsdeputation anwesend gewesen bin! Wir haben für Vegesack und Gröpelingen für 2008 insgesamt 180 000 Euro gemeinsam besprochen und bewilligt.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Liegt das nur daran, dass Sie in der Deputation sind?)

Es wäre schön, wenn es so wäre!

Ich glaube, über die Wertigkeit dieser Innenstadt- und Stadtteilinitiativen brauchen wir gar nicht zu streiten. Sie sind ganz wichtig für unsere Bürger vor Ort, und sie bieten unschätzbare Vorteile.

(Beifall bei der CDU)

Bremen, so wie ich es als Zugereister schätzen und lieben gelernt habe, ist ja ein ganz buntes Mosaik von diversen, recht unterschiedlichen Stadtteilen, die sich entlang der Weser ziehen. Sie bieten Lebensqualität für die Bürger vor Ort, und die Attraktivität nimmt zu. Dort erleben die Leute das Einkaufen, dort nehmen sie ihre Dienstleistungen in Anspruch, sie haben Begegnungen, sie feiern ihre Viertelfeste, ihre Events, sie können an Kulturveranstaltungen teilnehmen, kurzum: Es gibt eine riesige Vielzahl an Aktivitäten und ein tolles Angebot, das ich zu schätzen weiß.

Weitgehend findet das im Ehrenamt statt. Das sind geringe Personalstärken mit wenigen Vollzeitkräften, das sind relativ überschaubare Budgets, und wir haben eine sehr hohe und starke Bürgerpartizipation und auch steigende Zahlen bei den Mitgliedern dieser Vereine, und wir dürfen nicht vergessen: Bremen steht im Wettbewerb zu umliegenden Regionen. Man ist zum Einkaufen und zum Erleben auch sehr schnell in Oldenburg, in Münster oder Hamburg, und deswegen müssen wir unsere Stadtteile weiter fördern.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, liebe Kollegen, die Einsichten bei den Initiativen sind vorhanden. Dass wir alle sparen müssen vor dem Hintergrund unserer Haushaltslage, ist ein Allgemeingut, und dass man für seine Aktivitäten auch in massivem Maße Drittmittel und Sponsorengelder einfordern muss, ist auch selbstverständlich, aber diese Leute haben meines Erachtens Klarheit verdient, Klarheit, Transparenz über den Planungsprozess, und - das ist das, was mir alle Verantwortlichen gespiegelt haben - sie brauchen Verlässlichkeit. Wir brauchen einfach Anerkennung für diese ehrenamtliche Arbeit, und wir sollten diese Mittel auch als investive Ausgabe verstehen, denn hier erfolgen Rückflüsse, hier werden Dinge angestoßen, hier kommen Steuermittel zurück, hier werden Bürger gebunden, hier werden neue Bürger eingebunden, und hier wird nicht einfach Geld ausgegeben.

Abschließen möchte ich mit einem Appell, und ich hoffe auf einen einvernehmlichen Beschluss unserer Fraktionen, dass wir die finanziellen Rahmenbedingungen schaffen für diese Innenstadt- und Stadtteilinitiativen und ihnen die notwendigen Mittel für die Folgejahre sicherstellen und dies auch in den Haushalt einplanen!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Leute vor Ort brauchen meines Erachtens rasche Zusagen, um wieder Verlässlichkeit zu erzeugen. Wir sollten aber auch hier an dem Kon-

zept „Fordern und Fördern“ festhalten, das heißt, sie durchaus eindringlich bitten, Eigenwerbung intensiv weiterzubetreiben. Dabei könnte man sie mit unseren Kontakten auf allen Ebenen unterstützen, denn wir wollen ja eines erreichen: Wir wollen die Abhängigkeit dieser Leute von öffentlichen Mitteln auf Dauer vermindern. Hier ist eine Möglichkeit, das Subsidiaritätsprinzip zu verwirklichen.

Wenn mir gestattet ist zu zitieren, darf ich einmal einen Blick in die Koalitionsvereinbarung der Regierung werfen. Da wird das Stadtteilmaking interessanterweise im Ressort von Herrn Loske, bei Bau aufgeführt, und da heißt es ganz deutlich: „Die Vitalität der gewachsenen Stadtquartiere ist zu pflegen und in den Quartieren die Mischung der städtischen Funktionen zu verstärken.“ Hier werden ganz großmundige Ankündigungen gemacht, was in den einzelnen Stadtteilen gefördert und besser gemacht werden soll. Wenn Sie das einmal nachlesen, denke ich, werden Sie unserem Antrag zustimmen!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Ich denke, die beste Aussage dazu hat Carsten Sieling heute Morgen in anderem Zusammenhang im „Weser-Kurier“ gemacht, ich zitiere: „Es müsse sichergestellt werden, dass funktionierende Strukturen vor Ort nicht beschädigt werden und die im Koalitionsvertrag beschriebenen Schwerpunkte einzuhalten sind.“ - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Liess.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Müssen wir den Anfang für den Vertreter des Senats noch einmal wiederholen?)

Abg. **Liess** (SPD)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eben in der Mitte des Plenums festgestellt, offensichtlich wird der Koalitionsvertrag zum Bestseller, weil er jedes Mal, in jeder Sitzung mindestens einmal zitiert wird. Das ist sehr erfreulich.

(Beifall bei der SPD - Abg. Röwekamp [CDU]: Aber von uns! - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn nicht von der CDU, dann von der Linken! - Abg. Röwekamp [CDU]: Wir müssen Sie daran erinnern!)

Ich möchte dann an einer Ecke, sehr geehrter Herr Kollege Kau, vielleicht daran erinnern, dass sogar ein extra Abschnitt zum Stadtteilmaking im Koalitionsvertrag ist, und mit Genehmigung des Präsidenten werde ich diese drei Sätze jetzt auch noch einmal verlesen, da heißt es: „Das Stadtteilmaking hat die Aufgabe, die innerhalb eines Stadtteils Tätigen aus den verschiedensten Bereichen, zum Beispiel Einzelhandel, Kultur, Schule et cetera, zusammenzuführen mit dem Ziel, den Stadtteil sowohl innerhalb als auch außerhalb des Stadtteils vorzustellen, stadtteilbezogene Aktivitäten zu bewerben, das ehrenamtliche Engagement und vor allem eine Identifikation mit dem Stadtteil zu fördern. Während sich das Standortmarketing nach außen richtet, zielt das Stadtteilmaking auf die Bremerinnen und Bremer ab.“ Nun kommt der entscheidende Satz, der für uns hier gilt: „Die bestehenden und geförderten Initiativen zum Stadtteilmaking werden hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft und entsprechend dem Ergebnis weiterhin unterstützt.“ Soweit der Koalitionsvertrag!

Meine Damen und Herren, das macht deutlich, dass wir nach wie vor auf die Stärkung der Stadtteile setzen. Selbst wenn wir nicht mehr das gemeinsame AIP-Programm haben, in dem Bau und Wirtschaft sich eng verzahnt miteinander über die Schwerpunkte auseinandergesetzt haben, gehen wir trotzdem nach wie vor davon aus, dass diese beiden Ressorts ein gemeinsames Interesse haben, diese Stadtteile zu entwickeln. Ich bin der festen Überzeugung, dass es ihnen für Innenstadt und Stadtteile auch so gelingen wird.

(Beifall bei der SPD)

Es gilt natürlich auch, wenn wir uns die finanzielle Situation ansehen, dass wir die Mittel, die bisher eingesetzt worden sind - und das gilt ja für fast jeden Bereich, da können wir schauen, wohin wir wollen -, nicht mehr in dem Umfang wie bisher zur Verfügung gestellt werden können. Das bedeutet, dass es zu Kürzungen kommen kann. Das bedeutet auch, dass die Initiativen sich überlegen müssen, welche anderen, welche zusätzlichen Quellen sie erschließen können oder welche zusätzlichen Aufgaben sie übernehmen können, die ihnen auch weiterhin die Finanzierung sicherstellen. Citymarketing in Vegesack ist genannt worden und soll eine zusätzliche Aufgabe der Tourismusförderung in der Region Bremen Nord erhalten, insofern durchaus auch eine zusätzliche Aufgabe!

Insofern finde ich die Formulierung, wie sie in dem Antrag der CDU auch deutlich wird, dass es eine aufgabenadäquate Finanzierung geben soll, richtig. Ich glaube, es ist eine richtige Beschreibung dessen, und Herr Kau hat, glaube ich, auch richtig

*) Vom Redner nicht überprüft.

dargestellt, dass wir und vor allem auch die Initiativen Wege finden müssen, sich andere, zusätzliche Quellen zu erschließen.

Von daher, meine Damen und Herren, rennen Sie hier so ein Stück weit offene Türen ein mit dem, was Sie hier gefordert haben. Wir wollen, dass die Mittel bereitgestellt werden. Wir wissen, und nach meinem Kenntnisstand hat das Ressort den Initiativen auch mitgeteilt, womit sie zu rechnen haben, die Mittel werden reduziert. Ich räume ein, dass wir in Zukunft eine bessere Kommunikation herstellen müssen und dass wir im Sinne der Planungssicherheit frühzeitiger werden deutlich machen müssen, wie viel wann zur Verfügung steht. Deshalb, meine Damen und Herren, wird meine Fraktion trotz einer Anmerkung meines Vorredners, die ich natürlich nicht teile, dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anders als die Vorgängerkoalition lehnen wir Anträge nicht naturgemäß ab, sondern wenn Anträge vernünftig gestellt sind, dem Inhalt und auch der Form nach auch unser Interesse bekunden, stimmen wird dem zu, das vorweg!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Diesem Antrag werden wir auch zustimmen. Das hat Max Liess soeben schon kundgetan.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Vielleicht sind auch einfach die Anträge besser geworden!)

Gleichwohl möchte ich doch noch ein paar Gedanken zu der Frage Einzelhandel und vor allen Dingen auch zu der Frage Förderung der Marketinginitiativen, die es vielerorts in den Stadtteilen gibt, vortragen. Erstens glaube ich, man muss aufpassen, dass man die Aktivitäten nicht unterschätzt. Ich war kürzlich in Gröpelingen. „Feuerspuren“ hieß das Event, 3000 Gröpelinger auf der Straße, es war eine super Veranstaltung! Ich bin fest davon überzeugt, dass solche Veranstaltungen künftig auch in dieser Stadt möglich bleiben müssen.

Dafür zu sorgen ist Aufgabe des Wirtschaftsressorts, nämlich in der Frage Förderung, die Sie, Herr Kau, auch angesprochen haben. Wir haben ganz klar die Aussage gemacht, und dazu stehen wir auch, dass wir die Initiativen weiter fördern wollen. Damit da überhaupt kein Missverständnis entsteht, die Frage ist allein, in welcher Höhe. Ihr Antrag formuliert das sehr geschickt, nämlich adäquate Förderung. Adäquate Förderung ist genau das, was wir auch gern erreichen möchten. Wir würden sehr gern versuchen, dass der Einzelhandel noch aktiver in diese Initiativen mit einsteigt. Das ist auf einem guten Weg. Es sind auch zunehmend Einzelhändler mit im Boot, die auch finanziell einsteigen. Das ist auch richtig und gut so, weil letztendlich diese ganze Geschichte dem Einzelhandel zugute kommt. Das ist auch richtig und soll auch so bleiben.

Wenn man sich allerdings das Konzept der Handelskammer zum Einzelhandel in Bremen anschaut und dann solche ehrgeizigen Projekte wie zum Beispiel, dass man die Bahn aus der Oberstraße in die Martinstraße verlegen muss, damit man da eine Flaniermeile hat und ähnliche Dinge mehr, kann ich nur sagen, das ist eine super Idee, Klasse, das können wir sofort machen, aber da kann man wirklich das Lied singen: Und wer soll das bezahlen?

Ich weiß nicht, ob Sie das kennen, ich halte das einmal hoch, das ist das Einzelhandelskonzept der Kammer! Da kann man im Übrigen sehr gut, deutlich und schön die Entwicklung auf den ersten drei Seiten, nämlich von der Analyse her sehen. Da hat man dann einen guten Begriff davon, wie sich der Einzelhandel in Bremen und gerade im Vergleich dazu auch im Umland entwickelt. Wir haben da Nachholbedarf, das ist gar keine Frage. Die Innenstadt wollen wir sicherlich auch stärken, ohne dabei die Nebenzentren zu vernachlässigen, das muss einem immer klar sein.

Eines möchte ich an dieser Stelle allerdings doch noch einmal sagen: Wenn man einmal eben so relativ flott 44 000 Quadratmeter Einzelhandelsfläche „Waterfront“ neu auf den Markt bringt, muss man sich nicht wundern, wenn das zulasten der Innenstadt geht. Die ursprüngliche Planung, dass in diesem „Waterfront“ die Idee bestand, man möchte darüber Kunden aus dem Umland nach Bremen locken, war verbunden und verknüpft mit einer Ansage eines ganz bestimmten, gezielten Sortiments. Was wir jetzt bekommen, ist eine ganz normale Einkaufsmall. Das wird genau das sein, was in der Diskussion ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Das hat damit, neue Kunden aus dem Bremer Umland zu werben, so gut wie nichts zu tun. Das ist direkte, unmittelbare Konkurrenz sowohl zum Einkaufszentrum in Walle als auch zur Bremer Innenstadt. Darüber müssen wir uns klar sein. Die Schwierigkeit ist natürlich die Frage, die uns dann auch oft gestellt wird: Ja, in Gottes Namen, wollt ihr denn, dass diese Bauruine dort als Bauruine bleibt? Nein, das wollen wir auch nicht, das ist auch klar. Man muss da ganz sorgfältig schauen, wie man das künftig weiterentwickelt. Ich weise an dieser Stelle nur auf ein Problem, das den Einzelhandel betrifft, hin. Das kann durchaus auch für das Walle Center und für ähnliche Einkaufsgeschäfte ein riesiges Problem werden.

Ich glaube aber, dass wir mit dem Beschlussantrag, den die CDU hier vorgestellt hat, zumindest absichern, dass die Stadtteilinitiativen, Citymarketing und Ähnliches mehr arbeitsfähig bleiben. Wir hoffen im Übrigen auch, dass es dort deutlich bessere Zusammenarbeit gibt.

Es bahnt sich an, dass das Viertel und die Innenstadt doch näher zueinander rücken, was ich für ausgesprochen positiv und richtig halte, weil die beiden Teile dieser Stadt durchaus auch von der baulichen Struktur her zusammenwachsen, wenn man das einmal genau verfolgt. Wir haben nicht nur das alte Polizeigebäude sozusagen als Brückenstein hinein in das Ostertor, sondern ähnliche Dinge mehr. Das ergibt viel Sinn, die sollen sich da an der Stelle zusammentun. Ich rufe dem Einzelhandel zu, macht munter mit, bringt auch Geld ein, auch für die Weihnachtsbeleuchtung in der Innenstadt, dann werden in Bremen auch die Lichter im Einzelhandel nicht ausgehen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (Die Linke)*): Herr Präsident, verehrte Damen und Herren! Ich hoffe, dass die Frage, ob in Bremen die Lichter an- oder ausgehen, nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Weihnachtsbeleuchtung gestellt werden muss, denn zwangsläufig hält sie nicht das ganze Jahr!

Wir sind ebenfalls dafür, dass man diese Finanzierung der Innenstadtinitiativen fortsetzt und sie unter den Bedingungen, wie sie genannt werden, sicherstellt. Wir werden diesem Antrag auch zustimmen, und ich will auch sagen, warum: Wir

wissen um die Zwangslage und die Dilemmata, in denen man sich regelmäßig befindet. Würden wir den Eindruck haben, dass die Mittel für diese Form von Initiativen beispielsweise zulasten des Anpassungskonzeptes Jugendarbeit/Jugendhilfe gehen, wären wir dagegen, dieses Geld dafür auszugeben, aber der Bürgermeister hat ja schon deutlich gemacht, dass es die Kürzung in diesem Bereich nicht geben wird. Von daher können wir jetzt auch sagen, dass wir die Finanzierung - -

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Ich dachte, das wäre Herr Sieling gewesen!)

Entschuldigung, Herr Sieling war es!

(Abg. Dr. Buhlert [FDP]: Der ist noch nicht Bürgermeister! - Zuruf von der CDU: Aber er arbeitet daran!)

Stimmt, aber vielleicht wird er es irgendwann! Ich muss mich korrigieren, es war natürlich der Herr Dr. Sieling, der das gemacht hat, aber ich nehme an, dass es deswegen trotzdem einen gewissen Wert hat, wenn er das sagt, und die Kürzungen nicht stattfinden.

Ich möchte zwei, drei Kleinigkeiten sagen. Wir sind skeptisch, nicht ablehnend, gegenüber dem Gedanken, dass das schon eine Form von Partizipation ist, weil ich weiß, dass an dieser Form von Initiative nur Leute teilnehmen und gestaltend wirken können, die auch entsprechend Geld mitbringen.

(Beifall bei der Linken)

Das ist eine gewisse Form von Eingrenzung, deswegen sind wir da, wie gesagt, skeptisch, nicht ablehnend, und wir würden uns freuen, wenn man das irgendwie aufbrechen kann.

Wir sind auch skeptisch im Hinblick auf die in dem Antrag formulierte Orientierung auf Tourismus und Events, also einer eher nach außen gerichtete Form. Es wurde ja angesprochen, dass es eher auch darum geht, das Innenverhältnis zu stärken. Die Entwicklung des Viertelfestes ist so ein Beispiel. Das hat sich ja über die Jahre auch wieder zurückentwickelt, mehr zu einem Viertelfest, als es vorher gewesen ist. Das finden wir positiv.

Wir sind, wie gesagt, für die Beibehaltung dieser Form von Förderung, weil wir natürlich eines wissen: Regionale ökonomische Zusammenhänge, auch ganz kleine regionale ökonomische Zusammenhänge, sind in Bremen eine ganz wichtige Säule für die Wirtschaftsentwicklung, für die Arbeitsplätze, für die Ausbildungsplätze und so weiter. Ein Leben dieser Form von Ökonomie muss

* Vom Redner nicht überprüft.

man auch fördern. Deswegen ist es gut angelegtes Geld. Überdies ist es natürlich Wohn- und Lebensqualität und somit auch eine ganz wichtige soziale Komponente.

(Beifall bei der Linken)

Vor Jahren habe ich einmal einen Antrag in den Beirat eingebracht, dass man -

(Zuruf von der SPD)

ja, einen mindestens - darüber nachdenken soll, inwieweit man die Beiräte nicht nur mit globalen Mitteln zur Förderung von Vereinen und so weiter ausstattet, sondern sich auch einmal mit dem Gedanken befasst, ob es investive Mittel gibt, die man den Beiräten zur Verfügung stellen kann, natürlich in gewissem Maße.

Damals wurde das eher belächelt und als Form von Utopie abgetan, mittlerweile ist an der einen oder anderen Stelle der Gedanke aufgetaucht. Vielleicht kann man im Zusammenhang mit dieser Form von Förderung die Beiräte und somit auch Menschen, die sich nicht unmittelbar finanziell an diesen Projekten beteiligen können, in diese Form von Konzepten einbeziehen und den Gedanken in diese Richtung aufmachen, dass man die Partizipation der Menschen in den Stadtteilen mit dieser Form von Förderung kombiniert, indem man möglicherweise auch den Beiräten ein bisschen mehr Mitspracherecht darüber gibt, was man mit dieser Form von Geld tut.

(Beifall bei der Linken)

Als Letztes wäre mir noch ein Anliegen, dass man vielleicht noch einmal einen Blick auf die Breminale wirft. Es sind einige Dinge genannt worden. In diesem Jahr hat sie nicht stattgefunden. Möglicherweise ist es auch da noch einmal lohnend hinzuschauen, weil das auch sowohl eine Form von Event als auch Förderung von nicht kommerzieller Kultur ist, die meines Erachtens insbesondere in der Bremer Innenstadt eine Funktion für die Bremerinnen und Bremer hat, aber auch ein Magnet nach außen ist. Wenn man das noch in die Gedanken aufnehmen könnte, wäre es vielleicht nicht schlecht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die im Antrag der CDU-Fraktion beispielhaft genannten Innenstadt- und Stadtteilinitiativen haben

in den vergangenen Jahren in der Tat eine große Anzahl von Aktivitäten und Veranstaltungen auf den Weg gebracht und so dazu beigetragen, die Attraktivität in ihren Stadtteilen zu stärken beziehungsweise erheblich zu steigern. Sie haben vor allem auch bewirkt, wieder mehr Engagement bei den Bürgerinnen und Bürgern zu wecken - Herr Kau ist darauf eingegangen -, das zeigen die Zuwachszahlen bei verschiedenen Stadtteilinitiativen deutlich.

Dafür war und ist sicherlich auch in den meisten Fällen ein entsprechender finanzieller Beitrag aus öffentlichen Mitteln erforderlich, doch unsere Haushaltskassen sind nicht erst seit heute chronisch leer. Wir haben in den nächsten Tagen das Thema Beamtenbesoldung auf der Tagesordnung, im Jugendbereich wird über Kürzungsansätze in einer Größenordnung von 400 000 Euro pro Jahr gesprochen - -.

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Abwarten!)

Über Kürzung wird in anderer Form trotzdem gesprochen: die Schließung des Notrufs für vergewaltigte Frauen, kein Geld mehr für die Beratungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution zum Beispiel. Da stellt sich für die FDP-Fraktion in der Tat die Frage der richtigen Prioritätensetzung.

(Beifall bei der FDP)

Mit dem Füllhorn durch die Lande zu ziehen und alle befriedigen zu wollen, ist schön, geht aber leider nicht. Wir haben in Bremen nun einmal keinen Goldesel oder Dukatenscheißer. Wir haben nur die Bremer Stadtmusikanten, und die waren bekanntlich arm, als sie in Bremen einreisten. Sie tun viel für das Image Bremens, aber die leeren Kassen können sie auch nicht füllen.

(Abg. Frau Troedel [Die Linke]: Aber sie sind zu Hauseigentum gekommen! - Heiterkeit)

Zu einem bescheidenen Hauseigentum sind sie gekommen, ich hoffe, auch grundbuchlich abgesichert!

(Heiterkeit)

Die FDP-Fraktion begrüßt die vielen engagierten, oft ehrenamtlich arbeitenden Initiativen in den Stadtteilen, aber in der näheren Zukunft ist sicherlich, von Einzelmaßnahmen abgesehen, mehr das Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ angesagt. Vielleicht geht es ja bei manch einem Stadtteilstück auch mit einer Bühne weniger oder mit mehr ehrenamtlichem Engagement, was dann nicht bezahlt werden muss. Im Beiratsbereich Mitte wurde ja be-

reits über einen freiwilligen Kulturbürgeretat nachgedacht. Das BID-Rahmengesetz ist auch schon seit einiger Zeit in Kraft. Die FDP hat hier hinsichtlich der geringen Zustimmungsqüoren Bedenken angemeldet, allerdings sollte man vielleicht auch einmal testen, welche Spielräume dieses in Kraft getretene Gesetz denn wirklich für die Stadtteilinitiativen mit sich bringt. Leider ist bisher noch kein Projekt richtig in Gang gekommen, Bremerhaven ist kurz davor, aber für Bremen wäre es auch ganz schön.

Deswegen haben wir leider Probleme, die Ziffer 1 des CDU-Antrags zu befürworten, weil zwar auch von adäquater Finanzierung die Rede ist, aber was heißt adäquat? Das hätten wir schon gern ein bisschen mehr mit konkreten Zahlen hinterlegt, dann würde es uns vielleicht einfacher fallen. Mit Ziffer 2 hätten wir keine Probleme. - Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Dr. Heseler.

Staatsrat Dr. Heseler: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ja richtig ein Vergnügen hier angesichts der großen Eignigkeit innerhalb des Parlaments, zwischen Parlament und Senat, innerhalb des Senats sowieso. Der Senator für Bau, Umwelt, Verkehr und Europa und der Senator für Wirtschaft und Häfen sind sich da sehr einig, dass wir hier eine wichtige Aufgabe haben, was die Unterstützung und die aufgabenadäquate Ausstattung der Stadtteilinitiativen angeht. Insofern ist das ein positives Thema.

Ich will auch sagen, dass wir in den letzten Wochen, in den letzten ein, zwei Monaten trotz der schwierigen Haushaltslage dazu beigetragen haben, dass wir die Stadtteilinitiativen, Citymarketing und andere doch aufgabenadäquat ausstatten können. Insofern setzen wir die Koalitionsvereinbarung um und werden wir auch das, was hier im Antrag der CDU steht, für uns, ich glaube, trotz der geringeren Möglichkeiten, der geringeren Spielräume, die wir haben, in unserem Haushalt darstellen können.

Ich will aber auch deutlich sagen, Max Liess hat in seinem Beitrag gesagt, wir müssen Planungssicherheit herstellen. Planungssicherheit unter Bedingung der Haushaltsnotlage ist aber auch ein schweres Thema. Deswegen finde ich, dass es auch im nachhinein noch richtig war, dass wir zunächst einmal darauf hingewiesen haben, dass die Initiativen nicht sicher davon ausgehen können, dass sie im Jahr 2008, im Jahr 2009 soviel Mittel zur Verfügung haben wie in der Vergangenheit. Dies hat zu Verunsicherung geführt, das ist

klar. Aber ich fand, das war eine produktive Verunsicherung, denn wir sind dann in ganz gute Gespräche mit den Initiativen eingetreten, und viele haben gesehen, dass sie auch neue Prioritäten setzen müssen, dass sie sich stärker um die Darstellung, die Vermarktung, die touristische Attraktivität ihres Viertels kümmern müssen. Insofern war dieser Schritt, Verunsicherung zu schaffen, weil wir weniger Mittel haben, auch ein richtiger Schritt.

Wir werden nach unseren Planungen, was den Senator für Wirtschaft und Häfen angeht, im Jahr 2009 wahrscheinlich noch rund 750 000 Euro für diese Stadtteilinitiativen zur Verfügung haben, gegenüber dem Jahr 2006 ist das eine Reduzierung von einer Million Euro auf 750 000 Euro. Das ist angesichts der Haushaltsnotlage notwendig, unvermeidbar, aber vor dem Hintergrund der Möglichkeiten der Initiativen auch eine vertretbare Kürzung.

(Abg. Röwekamp [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Staatsrat, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Staatsrat Dr. Heseler: Gern!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Kollege Röwekamp!

Abg. **Röwekamp** (CDU): Herr Staatsrat, ich bin so begeistert von Ihrem Begriff der produktiven Verunsicherung, und deswegen wollte ich Sie an dieser Stelle fragen, ob ich alle Sparvorschläge des Senats als Versuch der produktiven Verunsicherung begreifen soll.

(Heiterkeit - Beifall bei der CDU)

Staatsrat Dr. Heseler: Ich beziehe das im Moment nur auf diesen Bereich. Ich muss Ihnen allerdings auch sagen - ich will das gern verbreitern -, wir sind im Moment auch dabei, produktiv die Unternehmer dieser Stadt zu verunsichern, indem wir sagen, ihr könnt euch nicht sicher sein, dass ihr so wie in der Vergangenheit Zuschüsse bekommt. Wir sind mit den Unternehmern im Gespräch und stellen fest, dass die Unternehmer und die Handelskammer uns alle sagen, das sehen wir ein, dass man unter einer Haushaltsnotlage nicht einfach weiter wie in der Vergangenheit Zuschüsse vergeben kann.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Das ist das Problem!)

Eine gewisse Verunsicherung! Wir brauchen eine Neuorientierung, das muss man ganz einfach se-

hen, und die Leute müssen verstehen, dass wir weniger Geld haben und mit weniger Geld handlungsfähig sein müssen. Insofern, Herr Röwekamp, versuchen wir, vielleicht auch noch produktive Verunsicherung in anderen Bereichen hinzubekommen. Sie werden wir dadurch ja wahrscheinlich nicht verunsichern können, aber wir versuchen es.

Ich habe die Zahlen noch einmal genannt, wir werden wahrscheinlich von rund einer Million Euro, die die Initiativen im Jahr 2006 bekommen haben, auf 750 000 Euro zurückgehen. Das ist eine maßvolle Reduzierung. Es wird jede Initiative auch in der Zukunft damit ihre Möglichkeit haben, weniger Möglichkeiten als in der Vergangenheit, aber wir müssen auch einmal das Problem sehen, das wir haben. Wir haben AIP-Dauereinrichtungen gefördert, und dann haben wir das AIP beendet, die Dauereinrichtung und Dauerfinanzierung zum Beispiel des Musical-Theaters und anderer bleiben. Wir haben als Senator für Wirtschaft und Häfen deutlich weniger Möglichkeiten. Deswegen wollen wir diese Initiativen auch dazu auffordern zu sehen, ihr könnt weitermachen, wir können aber aus Wirtschaftsförderungsmitteln nicht jedes Straßenfest unterstützen. Wir müssen Maßnahmen unterstützen, die nach außen den Stadtteil attraktiver machen, die Tourismus fördern - das muss ja kein großer, von weit her kommender Tourismus sein -, aber die in die Region auch hineinwirken.

Ich glaube, die meisten Initiativen, soweit wir mit ihnen gesprochen haben, verstehen dies. Insbesondere freue ich mich, dass wir sogar schon ein Dankeschreiben bekommen haben, obwohl wir noch gar kein Geld bereitgestellt haben.

(Abg. Beilken [Die Linke]: Das war eine Erinnerung!)

Feuerspuren, Kultur vor Ort in Gröpelingen! Das sind sinnvolle Einrichtungen, und das sind auch Beispiele, von denen wir sagen können, da ist eine Wirkung nach außen. Das ist das eine!

Die andere Seite ist aber wirklich die, dass wir eines deutlich machen müssen: Jeder muss sparen! Wir haben unter Haushaltsnotlagebedingungen nicht mehr die Möglichkeiten wie in den vergangenen Jahren, und deswegen werden wir die Mittel weiter kürzen. Die Initiativen müssen sich darauf einrichten, dass es 2008 noch relativ gut geht, 2009 wird es weniger. Das wird für Einzelne schon schwieriger. Da muss man auch darüber nachdenken, intensiver zusammenzuarbeiten, auch dass Initiativen, in der Innenstadt etwa, zusammengehen oder zusammenarbeiten, oder wir können die Frage stellen - ich stelle sie einmal als

Außenstehender -, ob es in Gröpelingen unbedingt zwei Initiativen geben muss.

All diese Fragen werden wir stellen, und wir werden darüber hinaus - und das, was Herr Möhle gesagt hat, finde ich sehr sinnvoll - großes Interesse daran haben, dass sich die Initiativen selbst - wir wollen sie dabei unterstützen - darum kümmern, dass sich der Einzelhandel, der lokale Handel stärker engagiert, dass die Privaten stärker mit ins Boot gehen.

Das ist, glaube ich, eine ganz wichtige Voraussetzung, und wir werden dann auch mithelfen, wie es im CDU-Antrag im zweiten Teil steht. Wir werden die Initiativen gern dabei unterstützen zu sehen, wie man dann noch weitere Drittmittel einwerben kann. In diesem Sinne glaube ich, dass wir da auch mit Unterstützung durch EFRE-Mittel einen vernünftigen Weg gefunden haben, um die Arbeit auf vermindertem Niveau in all diesen Stadtteilen weiter zu fördern. Gleichzeitig müssen wir die Privaten stärker ins Boot nehmen. Dann haben wir auch unter Haushaltsnotlage eine ganz gute Bedingung für die Stadtteile. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich war eigentlich mit meiner Rede fertig, ich dachte, alles Wichtige sei gesagt worden, aber, Herr Richter, was Sie hier vorgetragen haben, finde ich unterirdisch. Verstehen Sie, die Initiativen sind ja nicht nur dazu da, den Einzelhandel zu fördern, das auch, sie sind aber vor allem auch dazu da, die Lebensqualität in den Stadtteilen zu fördern. Jeder Hauseigentümer ist doch froh, wenn das soziale Umfeld stimmig ist. Da geben Sie mir doch mit Sicherheit recht. Wenn Sie sich diese Initiativen, gerade in Gröpelingen, Feuerzauber, anschauen, was glauben Sie, was diese Initiative dazu beiträgt, den Stadtteil sozial aufzubessern! Das darf man doch nicht unterschätzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Sie tun in Ihrer Argumentation ja so, als sei das Geld, das man aus dem Füllhorn in die Stadtteile schüttet, völlig beliebig und völlig ohne Augenmaß und ohne jede Wirkungsanalytik, das stimmt aber nicht. Herr Heseler hat das gerade gesagt, wir

*) Vom Redner nicht überprüft.

schauen sehr genau, wie welche Mittel auch in den Stadtteilen wirken und wo man mit weniger Mitteln mehr Effekte erzielen kann. Auch das ist ein großes Interesse, das wir aus Haushaltsnotlage haben.

Aber wenn Sie diese verschiedenen Sachen gegeneinander rechnen, die Sie angesprochen haben - Jugend wird gekürzt, wobei das ja alles überhaupt nicht stimmt und noch gar nicht sicher ist -, da warten wir doch erst einmal ab, wir machen am Ende einmal eine haushaltspolitische Gesamtschau auf den Haushalt, und dann werden wir sehen, was am Ende der ganzen Veranstaltung im Haushalt steht. Auf jeden Fall kann ich Ihnen sagen, so zu argumentieren, so den Stadtteilen den Hahn zudrehen zu wollen, das hätte ich von der FDP, mit Verlaub gesagt, nicht erwartet. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muss ganz einfach erwidern, ich habe in keiner Weise in irgendeiner Form in Frage gestellt, dass die Initiativen von großer Bedeutung für die Entwicklung in der Innenstadt und in den Stadtteilen sind. Ich habe in keiner Weise davon gesprochen, dass es nicht notwendig ist, solche Initiativen auch zukünftig zu unterstützen. Im Gegenteil, ich habe gesagt, dass man auch über weitere Dinge, Ideen nachdenken muss - BID-Projekte, freiwillige Kulturevents in den Stadtteilen und andere Dinge -, um das Engagement weiter nach vorn zu bringen.

Selbstverständlich ist es auch Meinung der FDP-Fraktion, dass wir hier nicht auf Null fahren können. Wenn man aber nur von adäquater Finanzierung spricht, aber nicht konkret auf die einzelnen Belange eingeht, halte ich das für etwas dünn. Deswegen habe ich auch gesagt: Leider in dieser Form nicht! Selbstverständlich geht es doch der FDP-Fraktion nicht darum, die Stadtteilentwicklung nicht weiter nach vorn zu bringen. Wir sind uns doch wohl alle über das eigentliche Ziel einig.

Ich glaube, so undeutlich habe ich nicht gesprochen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/41 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 4 vom 13. November 2007
(Drucksache 17/46 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Weihnachtsbeihilfe für Arbeitslosengeld-II-Empfänger/-innen

Antrag der Fraktion Die Linke vom 15. November 2007
(Drucksache 17/47 S)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (Die Linke): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Heute auf den Tag genau sind es noch 16 Tage bis Nikolaus, 34 Tage bis Heiligabend. Die soziale Lage

von Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II hat sich entgegen der wirtschaftlichen Entwicklung in Bremen weiter verschlechtert. Die geringfügige Regelsatzerhöhung deckt nicht einmal die aktuelle Teuerungsrate. Mehrwertsteuererhöhung, steigende Strom- und Energiekosten, erhöhte Lebensmittelpreise seien an dieser Stelle nur exemplarisch für die finanziellen Einschnitte genannt.

Mit der Schaffung der Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV, wurden Pauschalleistungen für Hilfebedürftige und Arbeitslosengeldempfängerinnen und -empfänger gestrichen, sogenannte Einmal- und Sonderleistungen sollen seitdem im Regelsatz enthalten sein, müssen also erst von den Betroffenen angespart werden. Mit dem bestehenden Regelsatz in Höhe von 347 Euro pro Monat ist aber das Ansparen etwa für Weihnachtsgeschenke nicht möglich. Für Geschenke an Kinder sind in der Einkommens- und Verbrauchsstatistik gerade einmal 1,47 Euro pro Kind pro Monat vorgesehen. Ich wiederhole: 1,47 Euro! Selbst bei konsequenter Sparleistung über 12 Monate könnten dann einmalig zu Weihnachten 17,64 Euro ausgegeben werden. Das würde natürlich bedeuten, dass Geburtstagsgeschenke unberücksichtigt blieben.

Für viele Menschen in Bremen naht mit der Advents- und Weihnachtszeit die schönste Zeit des Jahres. Aber wie viele Bremer Eltern werden ihren Kindern erklären müssen, dass in diesem Jahr der Gang über den Weihnachtsmarkt erneut ausfällt und keine Geschenke gekauft werden können? Kein Geld für Geschenke, kein Geld für ein Festessen mit der Familie oder wenigstens Geld für eine Kleinigkeit zur Freude der Kinder!

Wie werden die Kinder reagieren? Vielleicht dichten sie einige Weihnachtslieder, zum Beispiel „Advent, Advent, kein Lichtlein brennt“ oder „Oh du traurige Weihnachtszeit“. So oder ähnlich müssen Kinder zukünftig wohl „Alle Jahre wieder“ singen. So sarkastisch das klingt, aber für viele Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger ist das zu Weihnachten bittere Realität.

(Beifall bei der Linken)

Die Position der Linken ist hier eindeutig. Erstens: Es geht nicht, dass SGB-II- und SGB-XII-Empfängerinnen und -empfänger meilenweit hinter dem wirtschaftlichen Aufschwung zurückbleiben, sie sollen ebenfalls davon profitieren.

(Beifall bei der Linken)

Zweitens: Der Preisanstieg von bis zu 30 Prozent für Adventsschmuck, Weihnachtsbäume und

Weihnachtsartikel kann nicht über den Regelsatz finanziert werden.

(Beifall bei der Linken)

Drittens: Ein massiver Kaufkraftverlust während der Vorweihnachtszeit schadet sowohl dem Einzelhandel als auch dem produzierenden Gewerbe in Bremen.

(Beifall bei der Linken)

Die Koalition möge wenigstens einmal ihrem Wahlversprechen, das sie ja auf dem Papier fixiert hat, nachkommen und tatsächlich Verbesserungen für einkommensschwache Menschen in Bremen unterstützen. Meine Damen und Herren, diese Möglichkeit haben Sie jetzt mit unserem Antrag! Anderenfalls bleibt es ausschließlich bei leeren Versprechen und Worthülsen. Bremen ist finanziell zwar hoch verschuldet - das stimmt! -, aber nicht, weil Arbeitslose zu viele Leistungen erhalten, nicht, weil Kinder zu hohe Ansprüche stellen, und auch nicht, weil Rentner und Rentnerinnen ihre Ersparnisse nicht anrühren wollen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Grotheer.

Abg. **Grotheer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegen von der Linken! Ich finde, so kann man dieses Thema nicht bearbeiten!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben ja hier in den letzten Tagen, und wir werden es in den nächsten Wochen noch weiter erleben, ganz viele Themen zu besprechen und am Ende zu entscheiden, die kommunalen Ausgabenfelder betreffen. Da geht es insbesondere um die Frage, wie wir den Sozialhaushalt sozial gerecht organisieren, und das muss man schon im Zusammenhang sehen. Also, wenn hier die Themen Jugendanpassungskonzept, Notruf für vergewaltigte Frauen, Beratungsangebote für Opfer von Zwangsprostitution angesprochen sind, wenn wir über die Verbesserung von Kinderbetreuungsangeboten in der Stadt reden, dann hängt das alles irgendwie miteinander zusammen, nämlich nicht nur dadurch, dass es sich im Bereich des Sozialressorts abspielt, sondern weil es alles Geld kostet, und natürlich müssen wir ent-

scheiden, was wir in Bremen mit stadtbremischen Mitteln finanzieren können.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hier haben wir nun einen Antrag, der sich - was ja lobenswert ist - auf die Lebenssituation armer Kinder bezieht. Das heißt, arme Kinder gibt es ja eigentlich nicht in dem Sinne, dass sie arm sind und dem Rest der Familie geht es gut, sondern arme Kinder sind die Kinder armer Eltern. Armut hat Ursachen, die auf langfristige Arbeitslosigkeit zurückgehen, in vielen Fällen übrigens auch auf Scheidung, Trennung oder langfristige Krankheit. Es gibt zahlreiche Untersuchungen dazu, die sich mit diesen Sachverhalten beschäftigen.

Nun haben wir seit einigen Jahren, lange gefordert von der Politik, auf allen Ebenen, in den Kommunen, in den Ländern und auf Bundesebene, die Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in Form von Neuregelungen im Sozialgesetzbuch. Dort gab es, das haben wir schon diskutiert, eine breite politische Koalition über viele Parteigrenzen hinweg, die ein kompliziertes Regelwerk im Bundestag dann am Ende beschlossen hat. Dabei sind - und das war Absicht - die sogenannten einmaligen Leistungen, die Hilfen in besonderen Lebenslagen, aus dem Sozialhilferecht in die Berechnung der Regelbeträge einbezogen worden.

(Abg. Frau Nitz [Die Linke]: Das macht es ja nicht richtiger!)

Wir wissen heute, dass es dort Nachsteuerungsbedarf gibt, aber die Frage ist ja: Wie gehen wir damit um?

Natürlich wissen wir, dass die Regelsätze von 347 Euro für Erwachsene oder 207 Euro für Jugendliche nicht ausreichen, um ein angemessenes Leben zu führen. Das wollen wir verändern. Dafür müssen wir aber den richtigen Weg finden, und wir müssen natürlich das im Auge behalten, was damals im Zusammenhang mit der Einführung von Hartz IV verabredet worden ist, das war eben auch eine bestimmte Finanzverteilung zwischen dem Bund, den Ländern und den Kommunen.

Danach ist es so, dass das ALG II und die Grundversicherung vom Bund bezahlt werden, die Kommunen bezahlen die Kosten der Unterkunft und zusätzlich einige Beratungsangebote. Wir bekommen dann wiederum als Kommune einen Teil unserer Kosten der Unterkunft vom Bund erstattet, das sind jetzt etwa 30 Prozent. Das muss - so ist es gesetzlich vorgesehen - immer wieder neu verhandelt werden, aber das ist ein kompliziertes Gefüge, und wir lehnen es ab, das einmal eben so

„bei Wege“ durcheinanderzubringen und zusätzliche Leistungen hier zu beschließen, sondern wir wenden uns mit unseren Forderungen dorthin, wohin wir uns richtigerweise wenden müssen, nämlich an den Bund. Das ist nämlich die Instanz, die dafür auch die notwendigen Steuereinnahmen aus dem Gesamtsteueraufkommen erhält, um genau diese Dinge zu finanzieren.

(Zuruf der Abg. Frau Troedel [Die Linke])

Nein, ich finde, die Linke muss auch den Kindern und den Eltern armer Kinder erklären, weshalb sie hier solche populistischen Anträge stellt. Unabhängig von dem, was ich eben gesagt habe, was ich alles für richtig halte, ist es doch so, dass wir nicht einfach einmal eben am Ende eines Haushaltsjahres beschließen können, Mittel auszugeben, die wir im Haushalt nicht vorgesehen haben. Dazu sind wir nicht in der Lage, das dürfen wir auch gar nicht!

Also, wir sind dafür, dass es zu Verbesserungen kommt, wir sind aber dafür, dass sich diese Forderung an den Bund richten muss. Wenn Sie ganz ehrlich mit sich selbst sind, dann fragen Sie sich einmal - ich weiß es nicht, vielleicht können Sie die Frage beantworten, die PDS als ein Teil der jetzigen Linken ist auch in zwei Ländern an der Landesregierung beteiligt gewesen -: Welche Initiativen sind denn von diesen Bundesländern ausgegangen in Bezug auf die Änderung des SGB? Ich habe davon nichts gehört. Das mag daran liegen, dass wir weit weg sind von Mecklenburg-Vorpommern

(Zuruf des Abg. Rupp [Die Linke])

oder von Berlin, aber das würde mich in diesem Zusammenhang durchaus auch einmal interessieren, wie damit auch über längere Zeit umgegangen wird.

Wir finden es gut, und wir unterstützen es nachdrücklich, dass der Senat eine Initiative auf den Weg gebracht hat mit dem Ziel, die Regelsätze im SGB zu verändern, das ist dringend notwendig. Wir finden es richtig, dass der Senat damit auf die anderen Bundesländer zugeht mit dem Ziel, eine Bundesratsinitiative in Gang zu setzen.

(Abg. Rupp [Die Linke] meldet sich zu einer Zwischenfrage. - Glocke)

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Senat auch mit dieser Initiative beabsichtigt, einmalige Leistungen für Kinder auf Bundesebene wieder einzuführen. Das ist unser ehrlicher, seriöser Beitrag zu dieser Debatte. Wir werden den Antrag der Linken ablehnen müssen. - Danke!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Grotheer** (SPD): Ja, selbstverständlich!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Rupp!

Abg. **Rupp** (Die Linke): Ist Ihnen bekannt, dass wir in Berlin als Die Linke Initiativen für Einmalzahlungen für Hartz-IV-Empfängerinnen und -empfänger und SGB-II-Empfängerinnen und -empfänger angeregt haben, unter anderem zum Schuljahresbeginn, oder ist Ihnen das nicht bekannt?

Abg. **Grotheer** (SPD): Das war mir bisher nicht bekannt. Ich kann Sie nur fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass der Senat beschlossen hat, mit dieser Bundesratsinitiative dazu beizutragen, dass Schulkinder künftig jeweils zum Schuljahresanfang eine einmalige Beihilfe für Schulmaterial bekommen können. Ich finde, das ist der richtige Weg.

Wir sind übrigens damit auch deshalb auf dem richtigen Weg, weil dieses Geld, das ja gegen Nachweis gezahlt werden soll, auch den Kindern direkt zugutekommt. Also, es gibt eine Diskussion um die Frage, ob es richtig ist, pauschale Zahlungen an die Familien zu leisten, oder ob es nicht besser ist, auch die Leistungen so zu organisieren, dass sie direkt bei den Kindern ankommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auch das, finden wir, macht der Senat richtig. Habe ich Ihre Frage damit beantwortet? - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Buhlert.

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir erleben zum wiederholten Mal einen Antrag der Linken, die sich damit befassen, dass ihnen die Regelsätze nicht passen und sie Sonderzahlungen haben wollen. Es gibt Fälle, in denen man meiner Meinung nach darüber diskutieren kann, diese sind gerade angeklungen, nämlich die Frage, wie man Geld direkt an Kinder gibt, beispielsweise für Bildung, damit es nicht irgendwo im Haushalt versi-

ckert, denn bei den knappen Geldern kann das ja passieren.

Aber bei der Weihnachtsbeihilfe ist doch die Frage, ob dies nicht wirklich besser in den Regelsätzen aufgehoben ist. Da sind wir der Meinung, man muss auch den Leuten die Konsumentensouveränität lassen. Es gibt Leute, die feiern kein Weihnachten, kein Zuckerfest, kein Chanukka oder sonstige Feierlichkeiten, zu denen man sich Geschenke macht, sie feiern vielleicht nur ihre Geburtstage - da müssten wir dann auch noch eine Beihilfe einführen, sie feiern vielleicht nur ihre Namenstage.

Wollen wir dafür auch Beihilfe? Nein, wir wollen Konsumentensouveränität, und dann muss man das doch auch, bitte schön, in den Regelsätzen lassen und dort diskutieren, ob die Regelsätze hoch genug sind, und dann den Menschen auch die Souveränität lassen, selbst darüber zu entscheiden, wo sie in ihrem Haushalt das Geld einsetzen wollen und wofür! Das können wir ihnen nicht vorschreiben, und das wollen wir ihnen auch nicht dadurch vorschreiben, dass wir sagen, das musst du aber beantragen; und ein Nachweisverfahren für Weihnachtsgeschenke wird dann auch ein bisschen schwierig, um es einmal so zu sagen.

Insofern denken wir: Lassen Sie uns doch weiter auf der Ebene, die dafür zuständig ist, diskutieren, nämlich auf der Ebene des Bundes, der nämlich die Gelder bezahlt, wie eine Grundsicherung aussehen kann. Die FDP hat ein Grundsicherungskonzept in Form des Bürgergeldes. Da können wir auch gern über die Höhe diskutieren, nämlich - über die Frage: Kommt genügend Geld an?

Das ist eine berechtigte Frage, aber es ist keine Frage für uns in der Entscheidung, wollen wir eine Souveränität auch der Bezieher von Hartz IV, nämlich in der Frage, wofür sie ihr Geld einsetzen. Dafür setzen wir uns ein, und deswegen wehren wir uns dagegen, jetzt wieder viele Einzelfall- und damit bürokratische und aufwendige Verfahren einzuführen, die dann immer zu Sonderzahlungen führen. Dagegen wenden wir uns!

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Dr. Buhlert, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage vom Abgeordneten Frehe anzunehmen?

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Auch wenn es eigentlich keine Zwischenfrage mehr wird, weil ich am Ende war, gern!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege Buhlert, stimmen Sie mit mir überein, dass die Konsumentensouveränität relativ eingeschränkt ist, wenn die Regelsätze deutlich zu niedrig sind?

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Herr Frehe, ich habe ja deutlich gesagt, dass man mit uns über die Höhe und die Frage des Grundsicherungskonzeptes reden kann, aber nicht über die Frage, ob man hier hingeht und sagt, wir wollen aus den Pauschalen heraus und wieder in Einzelzahlungen hinein. Da ist, glaube ich, der richtige Weg, den Menschen die Freiheit zu lassen, selbst zu entscheiden, wofür sie ihr in der Tat spärliches Geld einsetzen.

Vizepräsident Ravens: Herr Dr. Buhlert, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage vom Abgeordneten Rupp anzunehmen?

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Ja, bitte!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abg. **Rupp** (Die Linke): Habe ich Sie richtig verstanden: Sie sind unter anderem deswegen gegen diese Form von Einmalzahlungen zu Weihnachten, weil es neben den vielen, die Weihnachten feiern, einige gibt, die möglicherweise nicht Weihnachten feiern?

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Nein, ich sage, es bleibt bei der Souveränität der Leute zu entscheiden, wie viel Geld sie für Geschenke ausgeben, wie viel Geld sie für andere Dinge ausgeben, denn es ist eine Gewichtung, die sie dann vornehmen müssen. Diese Pauschalsätze sind Durchschnittsgewichtungen, das wissen wir auch! Wir wollen über die Höhe reden. Ich wollte damit aber deutlich machen, dass die Menschen ihre Souveränität wahrnehmen und nicht dazu gezwungen werden sollen, einmal Anträge stellen zu müssen, weil ihnen ansonsten Geld entgehen würde.

(Beifall bei der FDP - Abg. Beilken [Die Linke]: Bekommen Sie denn Weihnachtsgeld, aus Niedersachsen vielleicht?)

Vizepräsident Ravens: Das war keine Frage, die Sie beantworten müssen! Herr Kollege Buhlert!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Insgesamt, um das Ganze abzuschließen, will ich jetzt nur eines sagen: Wir sind der Meinung, dass wir nicht dazu kommen sollten, von dem Grundsatz der Pauschalierung abzugehen, begründete Einzelfälle in den Fällen, in denen es darum geht, im Bildungsbereich Kinder direkt zu unterstützen, können wir einsehen. Ansonsten sollte aber dieser Grundsatz gelten. Das ist unser Petikum. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mohr-Lüllmann.

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kindern ein gerechtes und fröhliches Leben zu ermöglichen sollte das Ziel aller in unserer Gesellschaft sein, egal, ob es sich um Eltern, Politiker oder Lehrer oder andere handelt. Die steigende Anzahl der Kinder, die in Armut leben, ist erschreckend und wurde uns jüngst erst wieder mit der Veröffentlichung des Kinderreports Deutschland 2007 aktuell vor Augen geführt. Angesichts dieser Tatsachen und des bevorstehenden Weihnachtsfestes ist es ein leichtes Spiel, die Erhöhung von Regelsätzen von Hartz-IV-Empfängern und -Empfängerinnen oder die Zahlungen von Einmalleistungen, in diesem Fall die Zahlung einer Weihnachtsbeihilfe, zu fordern.

Diese Forderungen nützen uns jedoch nichts, denn sie sind erstens in ihrer Umsetzbarkeit unrealistisch, zweitens wecken sie bei den ALG-II-Empfängern und -Empfängerinnen falsche Hoffnungen, und drittens tragen sie nicht zu der Lösung des eigentlichen Problems, nämlich der hohen Arbeitslosigkeit und der Abhängigkeit von Transferleistungen, bei.

Lassen Sie mich kurz die Position der CDU-Fraktion erläutern! Die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe ist unrealistisch, weil sie nicht finanzierbar ist. Es fehlt an allen Ecken und Enden. So sind zum Beispiel die Kürzungen, die hier auch gerade schon erwähnt wurden, bei Kinder- und Jugendeinrichtungen, Institutionen in unserer Stadt, die gute, zielorientierte und präventive Arbeit leisten, geplant, möglicherweise geplant, die zu Recht auf lauten Protest aus den Stadtteilen treffen. Einmalige Zahlungen in Form von Weihnachtsbeihilfen wären nicht zu rechtfertigen. Bremen kann sich diese Zusatzleistungen nicht leisten. Die Fraktion Die Linke sollte sich in Zukunft mit unrealistischen Forderungen zurückhalten, gerade in der Weihnachtszeit sollte man keine Hoffnungen schüren, die nicht umsetzbar sind.

Ich möchte auch darauf aufmerksam machen, dass das Bundesministerium, das ist auch gerade erwähnt worden, für Arbeit und Soziales im August dieses Jahres erklärt hat, dass eine Überprüfung der Anpassungsfaktoren für Hartz-IV-Regelsätze stattfindet, um den Einfluss von Entwicklungen wie den Preiserhöhungen der letzten Monate auf das Einkommen von Hartz-IV-Empfängern und -Empfängerinnen zu untersuchen. Wir sollten die Ergebnisse dieser Überprüfung abwarten, bevor wir uns in Bremen Dinge

leisten, die wir uns eben nicht leisten können. ALG-II-Empfängern und -Empfängerinnen wäre mehr geholfen, wenn man die knappen finanziellen Ressourcen Bremens in den Bereichen einsetzt, in denen Arbeit geschaffen wird und in denen auch die Zukunft Bremens gesehen wird.

Die Regierung muss sich darauf konzentrieren, Arbeitslosen eine Perspektive, eine Aussicht auf einen möglichen Arbeitsplatz in den nächsten Jahren und somit einen Ausweg aus der Abhängigkeit von Sozialleistungen zu geben, anstatt das Geld für Einmalleistungen, die in Regelsätzen bereits enthalten sind, auszugeben. Die CDU-Fraktion lehnt den Antrag der Fraktion Die Linke ab!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der Linken, das Anliegen, das Sie verfolgen, ist ja völlig richtig! Der Antrag aber und der Ort hier sind völlig falsch. Wie der Kollege Grotheer es schon gesagt hat, geht es hier darum, Leistungen, die zu niedrig bemessen sind, so aufzustocken, dass in der Tat Menschen, die Sozialhilfe oder Leistungen des ALG II beziehen, Leistungen bekommen und damit auch ein Weihnachtsfest feiern können. Ich glaube nicht, dass es eine Frage der Souveränität ist, sondern in unserem christlich geprägten Kreis hier ist das Weihnachtsfest ein besonderes Fest. Wenn man zu dieser Zeit nicht die Mittel zur Verfügung hat, um mit den Kindern feiern und Geschenke kaufen zu können, ist es in der Tat ein großes Problem.

Die Linke hat dieses Problem im Bundestag aufgegriffen, und ich wundere mich ein wenig, dass sie diesen Antrag hier stellt, dort ist es nämlich richtig angesiedelt.

(Zuruf des Abg. Beilken [Die Linke])

Schauen Sie, ich habe hier den Antrag vorliegen! Der Antrag der Linken im Deutschen Bundestag vom 14. November 2007 - also ganz frisch - sieht vor, dass eine Weihnachtsbeihilfe für Bezieher von Arbeitslosengeld II und Grundsicherungsempfänger eingerichtet wird. Diese Leistungen würde dann der Bund bezahlen. Da ist es auch richtig angesiedelt. Da sind Sie aber so vorsichtig, dass Sie auch nicht den Antrag stellen, den Leuten dort

Leistungen in Höhe von 50 Euro zu gewähren, sondern nur 40 Euro. Das heißt, für den Bund halten Sie eine solche Leistung in der Höhe von höchstens 40 Euro für angemessen.

Bremen soll hier aus seinen Haushaltsmitteln als freiwillige soziale Leistung 50 Euro zahlen. Das wären ungefähr 3 bis 5 Millionen Euro, die in unserem Etat in der Tat, und das hat der Kollege Grotheer bereits gesagt, nicht vorhanden sind. Deswegen können wir einem solchen Antrag nicht zustimmen. Gleichwohl sind wir gemeinsam der Auffassung, dass die Abschaffung von freiwilligen und einmaligen Leistungen falsch ist.

(Glocke)

Vizepräsident Ravens: Herr Kollege Frehe, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja!

Vizepräsident Ravens: Bitte sehr, Herr Rupp!

Abg. **Rupp** (Die Linke): Herr Kollege Frehe, empfinden Sie es als eine wirklich außerordentliche Belastung, wenn von irgendwie geschätzten 80 bis 110 Millionen Euro Steuermehreinnahmen in diesem Jahr 2 bis 4 Millionen Euro für diese Zwecke verwendet werden? Ist es nicht so, dass es eine Partizipation an dieser Form von wirtschaftlichem Erfolg wäre?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sagen Sie bei jedem Punkt!)

Nicht bei jedem Punkt! Vorhin habe ich zu dem Thema Stephani-Gemeinde und sonstigen Themen gesprochen, und dabei habe ich darüber nichts gesagt. Es stimmt also nicht, was Sie sagen.

In diesem konkreten Fall frage ich Sie noch einmal: Finden Sie es wirklich außerordentlich hoch belastend, wenn man ungefähr 2 bis 5 Prozent dieser Summe für diesen Zweck ausgeben würde?

(Beifall bei der Linken)

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, ich finde es schwierig, wenn wir in einem Sozialhaushalt über Beträge von wenigen 10 000 Euro streiten, um Initiativen und eine Infrastruktur zu erhalten, die unbedingt notwendig ist, um Kindern zum Beispiel eine tatsächlich angemessene Unterstützung zukommen zu lassen. Zum Beispiel bei den Ferien geht es um wenige tausend Euro. Dann finde ich es in der Tat schwierig, zusätzlich zu einem

*1) Vom Redner nicht überprüft.

Haushalt am Ende des Jahres weitere 3 bis 5 Millionen Euro, je nachdem, wie Sie es ausgestalten, aufzubringen. Das halte ich nicht für möglich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Gleichwohl bin ich der Auffassung, dass wir die nicht aus der Verantwortung lassen sollten, die für diese Regelleistungen aufkommen sollten. Das ist in diesem Fall in der Tat der Bund. Der Bund bestimmt die Höhe des Regelsatzes, und der Bund bestimmt auch, ob solche einmaligen Leistungen wieder eingeführt werden, und dort ist der Antrag richtig eingebracht worden.

Wir haben als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gerade einen Antrag zur Höherbemessung der Regelleistung eingebracht, und zwar soll die Regelleistung nach Auffassung der Grünen 420 Euro betragen. Dieser Antrag ist überwiesen worden, und darüber wird noch debattiert. Es wäre völlig fehl am Platze, wenn wir jetzt hier dieses Anliegen, grundsätzlich den Regelsatz zu erhöhen, unterlaufen würden, indem wir sagen, Bremen ist ja so reich, wir gewähren hier eine freiwillige Leistung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wenn Sie es ernst meinen, dann können Sie es nur für die nächsten Jahre fordern, zum Beispiel bei der Haushaltsaufstellung, da erwarte ich Ihre Haushaltsanträge, insbesondere dann Ihre Streichungsvorschläge in anderen Bereichen, wenn Sie es hier einführen wollen.

(Zuruf der Abg. Frau Nitz [Die Linke])

Aha, das ist unsere Aufgabe? Ja, gut! Als seriöse Opposition haben wir als Bündnis 90/Die Grünen damals auch immer gesagt, wovon wir etwas finanzieren wollen. Wir meinen, dass zu einer seriösen Opposition dazugehört, dass man sich Finanzierungsvorschläge überlegt. Wir sind jedenfalls der Auffassung, dass eine Weihnachtsbeihilfe, so gern wir sie zahlen würden, nur aus den normalen Mitteln für die einmaligen Beihilfen nach dem ALG II und auch für Leistungen der Grundsicherung zu gewähren und vom Bund zu finanzieren ist. Wir werden daher mit der Sozialsenatorin zusammen aufgrund unseres gemeinsamen Beschlusses hier in der Bürgerschaft darauf drängen und dafür kämpfen, dass wir in der Tat diese Leistung auf Bundesebene verbessern, sodass auch Menschen hier in Bremen ein würdiges Weihnachtsfest feiern können. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke)*): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir als Linke haben natürlich erwartet, dass Sie sagen, es ist kein Geld da. Ich sage Ihnen aber, die Wut wächst, denn die Leute haben einen Anspruch auf diese angemessene Unterstützung, und wenn sie diese nicht bekommen, auch Sie ihnen diese weiterhin verweigern, wächst die Wut. Die letzte Ursache, darauf auch gleich zurückzukommen, ist die Arbeitslosigkeit, denn daraus entwickeln sich auch die Ansprüche, warum. Die Arbeitslosigkeit ist meistens unverschuldet.

Um es noch deutlicher zu machen: Stellen Sie sich bitte vor, 8 Stühle sollen von 10 Personen besetzt werden, und wer dann gleichzeitig keinen Sitzplatz bekommt, bekommt auch noch die Schuld und soll dann mit dem Geld frei haushalten, womit man kaum leben kann! Vielen Dank für diese Ratschläge im Namen der Betroffenen! Sie sollen diese unverschuldete Not selbst ausbaden und werden in ihrem Elend alleingelassen. So ist es ja! Ihnen wird die Chance auf eine gleichberechtigte Lebensqualität verwehrt. Deswegen treten wir bei jeder Gelegenheit für die Schaffung von Arbeitsplätzen ein. Wir sind natürlich auch begierig, darüber zu reden. Ich möchte aber dieses Thema hier nicht zu weit ausweiten.

Neben der Schaffung von Arbeitsplätzen treten wir selbstverständlich deswegen für ein menschenwürdiges Arbeitslosengeld ein, weil es eine unverschuldete Not ist, bei der wir solidarisch verpflichtet sind, entsprechend einen Beitrag zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört auch, dass hier in Bremen etwas getan wird, auch die Weihnachtsbeihilfe, für die wir uns hier entscheiden sollten. Nicht nur unsere Wählerinnen und Wähler erwarten von der Politik, dass bei geradezu explodierendem Reichtum in diesem Land endlich Wege gefunden werden, berechnete Ansprüche von Menschen, die durchweg unverschuldet in Not geraten sind, zu realisieren.

(Beifall bei der Linken)

Ich erspare mir hier eine ausführliche Gegenüberstellung der eben schon angeklungenen zum Jahresende hin zu erwartenden Reden über Nächstenliebe in Politik und Alltag. Ich erspare Ihnen

*) Vom Redner nicht überprüft.

aber nicht einen statistischen Hinweis, der eigentlich allen von Ihnen bekannt sein müsste. In den Jahren 1996 bis 2006 hat sich das Volkseinkommen pro Jahr, in dem Fall zwischen den beiden Jahren verglichen, in etwa um 100 Milliarden Euro erhöht. Die Einnahmen durch Arbeitsentgelte jedoch sind in etwa gleich geblieben, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte auch. Jetzt frage ich Sie: Wohin gehen wohl die 100 Milliarden Euro im Jahresvergleich? Es fängt an mit G wie Gewinn und V wie Vermögen, das sind die statistischen Begriffe.

(Beifall bei der Linken)

Erklären Sie den Leuten nicht, warum Politiker und Politiker ohnmächtig sind, warum es nicht geht, berechnete Ansprüche, die Sie gelegentlich auch selbst als berechnigt bezeichnen - jedenfalls die linke Hälfte des Hauses, wenn ich das einmal so sagen darf -, warum es einfach nicht geht! Sie sind mittlerweile gut darin zu erklären, warum es nicht geht. Das ist aber nicht das, wofür Sie hier tätig sein sollten. Deswegen: Arbeiten Sie mit uns, wie es im Bund angesetzt ist, um diese Dinge zu lösen, um die Umverteilung zurückzudrehen! Im Bund versickern aber Ihre zum Teil sympathischen Bemühungen, weil Sie sie mit der CDU in Abhängigkeit koordinieren wollen, weil Sie sich auch dort nicht den Ruck geben, mit uns für deutliche soziale Verbesserungen zu stimmen. Geben Sie den Kollegen in Berlin den Rat, sich diesen Ruck zu geben, und geben Sie sich hier in Bremen diesen Ruck, und stimmen Sie für diesen Antrag! - Danke!

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann es hier relativ kurz machen. Die Genese dessen, dass das SGB II und das SGB XII zusammengeführt sind und somit einmalige Leistungen in die Regelsätze, in die Regelleistungen aufgegangen sind, ist allen hinlänglich bekannt, und somit ist auch die Erbringung von einmaligen Leistungen für Schule und so weiter in den Regelsätzen aufgegangen.

Grundsätzlich, das möchte ich deutlich sagen, wäre es denkbar, bestimmte Leistungen freiwillig als Stadtgemeinde Bremen zu erbringen. Es stehen allerdings dafür - das muss ich ganz deutlich sagen als für diesen Bereich verantwortliche Senatorin - keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Wir

setzen unsere knappen Mittel für die Verbesserung der Kinderbetreuung ein und gehen somit sehr verantwortlich mit den vorhandenen Haushaltsmitteln um.

Im Übrigen halte ich es für den richtigen Weg, dass wir die Bundesinitiative, die hier auch schon vom Kollegen Grotheer benannt worden ist, die wir von Bremen aus gestartet haben und für die ich bei den Länderministern geworben habe, hier auch weiterverfolgen und uns nicht in Einzelanträgen verzetteln, um somit auch dieser Initiative einen Erfolg zu beschere. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben mit dieser Bundesinitiative angestoßen, dass Kindern und Jugendlichen Beiträge für Ausflüge, Ausfahrten und Tagesfahrten von Schulen und Kindergärten, für Schulmaterial, aber auch für Nachhilfeunterricht Einmalleistungen zur Verfügung gestellt werden sollen. Außerdem sind wir durch einen Ergänzungsantrag der Gesetzesinitiative von Rheinland-Pfalz, die im Übrigen in die gleiche Richtung marschiert, auch beigetreten. Das alles halte ich für den Erfolg versprechenden Weg auf der Bundesebene, die zuständig ist für diese Leistungen.

Ich darf Ihnen ganz aktuell sagen, wir, und dazu gehören auch das Bundesland Berlin und seine Senatorin im Bereich von Arbeit und Soziales, haben gerade in der letzten Woche einen gemeinsamen Antrag auf den Weg gebracht, der formuliert, dass die Regelsätze explizit für Kinder - nämlich an den Bedarfen der Kinder orientiert - neu festgesetzt werden sollen und dass man hier darüber nachdenkt, in welcher Form und ob es zusätzliche Sachleistungen geben kann, die dann in der Folge auch bei den Kindern ankommen. Ich glaube, das ist der richtige Weg.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb denke ich, dass hier, wie auch von den Vorrednern vorgeschlagen, dieser Antrag heute so entsprechend nicht beschieden werden sollte. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Die Linke mit der Drucksachen-Nummer 17/47 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind am Ende unserer Tagesordnung angelangt. Ich schließe die Sitzung und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend!

(Schluss der Sitzung 17.33 Uhr)